



20. Februar 1923

MAX SCHIPPEL • DAS INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSJAHR 1922

DEUTSCHLANDS wirtschaftlicher Niedergang hebt sich nur noch schärfer hervor, wenn man die Entwicklung des Auslands während des abgelaufenen Jahres ins Auge faßt. Nicht nur haben die führenden angelsächsischen Siegerstaaten, England und die nordamerikanische Union, 1922 die Lähmungserscheinungen einer auch für sie mitunter kritischen Übergangszeit mehr und mehr überwunden; sie stehen, wenn nicht unvorhergesehene politische Ereignisse einen neuen Abgrund aufreißen, vermutlich an der Schwelle einer großen Aufschwungsperiode ihrer Wirtschaft. Aber selbst schwächere Länder zeigen überwiegend einen günstigen oder mindestens einen zu nicht geringen Hoffnungen berechtigenden Verlauf ihres, freilich einstweilen noch wider Erwarten schwierigen und langwierigen Genesungsprozesses.

Schon aus der *Valutabewegung* läßt sich der deprimierende Abstand zwischen Deutschland und den meisten Auslandsstaaten ohne weiteres ablesen. Der Dollar hat 1922 seine einsam überragende Höhe beibehalten. Das englische Pfund, das geraume Zeit nahezu ein Viertel hinter dem Dollar zurückblieb, ist ebenfalls seinem vollen Goldwert bis in Reichweite wieder nahegerückt; für England stellen daher seine Dollarzahlungen, zuletzt auch für beginnende Rückerstattung alter interalliiertes Kriegsschulden an Amerika, heute eine wesentlich geringere Last als früher dar. Für das an sich schon wertsteigende Pfund Sterling tauschte man jedoch in London am Jahresanfang 99 italienische Lire, am Jahresende 91,625 Lire ein (bei einem Goldpari von 25,225), tschechoslowakische Kronen sogar anfangs 272½ und alsdann 149 Kronen (bei einem Goldpari von 24,02). Der französische und der belgische Franc litten zwar erklärlicherweise unter den zündstoffreichen Reparationsauseinandersetzungen, sie gaben am Jahresende sogar einen Teil ihres mühsam erreichten und festgehaltenen Kursstandes wieder preis: für 1 Pfund Sterling erhielt man in London am 3. Januar 52,25, am 30. Dezember 63,62 französische (und 55,00 beziehungsweise 69,27 belgische) Francs, bei einem Goldpari von 25,225. Indes, was will diese Kursenkung besagen gegenüber einem Emporschnellen des Londoner Markkkurses von 790 auf 33 000 (bei einem Goldpari von 20,43) und gegenüber zeitweiliger Londoner Kursnotierung von sogar 43 000 bereits im Jahr 1922 für die deutsche Reichsmark?



ALLE diese sich rasch konsolidierenden Länder wissen deshalb auch nichts oder so gut wie nichts von der Preisbewegung, die in Deutschland 1922 einen immer beängstigendern Geschwindigkeit annahm und an der Jahreswende geradezu der haltlosesten Raserei verfiel. Die für die Indexberechnung verwendeten Großhandelspreise sind, wie man weiß, leider nicht in allen Ländern gleich erfaßt, doch immerhin für unsere Zwecke mit hinlänglicher Gleichartigkeit. Setzt man den Durchschnittspreis von 1913, dem letzten Vorkriegsjahr, gleich 100, so ergab sich im November 1922 (weiter reichen die internationalen Angaben im Augenblick meist noch nicht) eine Preishöhe von 115 100 in Deutschland, dagegen nur von 596 in Italien, 353 in Frankreich, 188 in Japan, 177 (für Oktober) in Indien, 163 (für September) in Australien, 158 in Holland, 157 in England und 156 in den Vereinigten Staaten. Alle diese Länder fühlten also die umwälzende Bedeutung des Valutazusammenbruchs für die Einkommensgestaltung und Klassenschichtung entweder überhaupt nicht oder nur in ganz abgeschwächtem Maß.

Noch mehr. Fast alle Länder (die nicht besonders aufgeführten, außer Polen, Österreich und Rußland, schließen sich stets entsprechenden Stufen an) erfuhren während des Jahres eine fast durchgehende *Preisermäßigung*, gewöhnlich von Monat zu Monat; sie sahen den Lebensunterhalt ihrer Bevölkerung verbilligt anstatt verteuert. Den Dezemberindex von 1921 und den Januarindex 1922 zum Ausgangspunkt genommen, sank bis November (und Dezember) 1922 die Preishöhe in England von 168 und 164 auf 157 (und 155), in Canada von 170 und 168 auf 164 (und 165), in Holland von 165 und 160 auf 158, in Schweden von 172 und 170 auf 154 (und 155), in Japan von 209 und 206 auf 188, in Indien von 180 und 178 auf 177 (bis Oktober), in Südafrika von 138 und 131 auf 129. Geringe Steigerungen erlitten, wegen ihres politischen Ursachen entstammenden Währungsdrucks, am Jahresschluß 1922 Frankreich und Italien; das eine von 326 und 314 auf 353 (und 362), das andere von 595 und 577 auf 596 (und 580). Jedoch selbst diese Staaten hatten sich gegen den Januar 1921 erheblich verbessert; Frankreich stand damals auf 407, Italien auf 642. Und wenn in den Vereinigten Staaten und ähnlich in Australien nach dem Jahresbeginn 1922 ein leichtes Anziehen der Preise beobachtet werden konnte (tiefster Stand in Amerika im Januar 1922 mit 138, in Australien im März mit 153, gegen 156 und 163 im November beziehungsweise September), so kommt darin nur der früher hier öfter erwähnte Geschäftswiederaufschwung nach der zeitweiligen Stöckung und Depression der vorangegangenen Periode, also abermals eine durchaus günstige Entwicklung zum Ausdruck.

Für England, wegen seiner Zollverhältnisse den getreuesten Spiegel des "Weltmarkts", mag die Differenzierung dieser allgemeinen Durchschnittspreisenkung weiter im einzelnen verfolgt werden. Immer wieder den Preisdurchschnitt von 1913 gleich 100 gesetzt, gingen zwischen Dezember 1921 und 1922 die Getreidearten von 153,0 auf 140,5, Fleisch und Fisch von 180,1 auf 174,0, andere Lebens- und Genußmittel von 186,4 auf 155,9, zusammen alle Lebensunterhaltswaren (food) von 173,1 auf 156,3 herab. Noch durchgreifender war die Verbilligung bei Eisen und Stahl und damit für die Produktionskosten wichtigster Industriezweige: Von 152,1 im Dezember 1921 sank hier der Index auf 131,3 im Dezember 1922. Grundlegend war dabei

wiederum die Reduktion der *Kohlenpreise*, weniger für den Export, der vor allem seit dem amerikanischen Grubenstreik stark in Anspruch genommen war, um so nachdrücklicher dagegen für die Inlandsverwendung in Produktion, Transport und Haushalt. Von den typischen Sorten kosteten (in Shilling und Pence):

Zeitpunkt	Admiralitäts- dampferkohle (Cardiff)	Yorks Hartkohle (Sheffield)	Hüttenkoks (Middlesbrough)
1921 Ende September	31 0	32 0	42 6
" " Dezember	26 0	29 6	28 0
1922 " März	27 6	23 6	28 0
" " Juni	25 3	23 6	27 6
" " September	26 6	21 6	30 6
" " Dezember	29 6	20 6	32 6

Daß in Zusammenhang hiermit Eisen und Stahl sich binnen Jahresfrist um ein Viertel und mehr im Preis ermäßigen konnten, will uns Deutschen schon fast unglaublich erscheinen. Tatsächlich notierten (in Shilling und Pence respektive in Pfund Sterling, Shilling und Pence):

Zeitpunkt	Roheisen	Schiffsstahl- platten	Stabeisen	Weißblech
1921 September	120 0	14 0 0	20 0 0	22 0
" Dezember	100 0	10 10 0	16 0 0	20 0
1922 März	90 0	10 10 0	14 10 0	19 3
" Juni	90 0	10 0 0	13 10 0	19 9
" September	92 6	9 5 0	13 10 0	19 0
" Dezember	91 0	9 5 0	13 10 0	20 0

Eine bezeichnende Ausnahme bilden in erster Linie die *Textilrohstoffe* Baumwolle, Wolle und Jute, während Seide und Flachs, allerdings nach mehrjähriger einschneidender Teuerung, im Lauf des Jahres nicht unbedeutend abwärts gleiten. An den 5 Vierteljahrenden von Dezember 1921 bis Dezember 1922 zahlte man auf dem englischen Markt für das Pfund amerikanischer Baumwolle 11,81, 10,73, 13,34, 12,78 und 15,34 Pence; für Rohwolle 21, 25, 25, 26 und 27 Pence, für Jute pro Tonne 25,75, 25,75, 35,5, 34,0 und 36,5 Pfund Sterling; dagegen für Seide pro Pfund 32, 30, 26, 26, 25 Shilling und für russischen Flachs pro Tonne 115, 95, 84, 94, 89 Pfund Sterling.

Charakteristisch ist ferner, daß alle diese Preissenkungen des Großhandels in *Kleinverschleiß* Englands sich nur abgeschwächt durchsetzen; ob lediglich wegen der weniger verbilligten Verarbeitungs- und Transportkosten oder weiter wegen der Mißbildungen und Auswüchse im Groß- und Kleinhandel, mag dahingestellt bleiben. Die Mieten sind wegen der Bauschwierigkeiten vollends fast ganz auf dem alten Niveau geblieben. Immerhin beweist die Statistik, die das englische Arbeitsministerium regelmäßig für die Unterhaltskosten der »arbeitenden Klassen« veröffentlicht, eine im großen und ganzen fortlaufende Verbilligung auch der retail prices. Den Juli 1914, also den Abschluß der Friedenszeit, gleich 100 berechnet betrug der Aufwand:

Zeitpunkt	Nahrung	Miete	Kleidung	Heizung und Licht	Gesamt- aufwand
1921 1. Dezember	195	155	250 bis 260	230	199
1922 1. März	177	155	245	220	186
„ 1. Juni	170	154	240	205	180
„ 1. September	172	153	235	190	179
„ 1. Dezember	178	150	225	185 bis 190	180

Vorher war der Höhepunkt der Konsumverteuerung im Oktober 1920 mit 276 erklommen.

FINE Preisermäßigung mag schließlich vom Standpunkt der Gesamtentwicklung noch so nützlich und notwendig sein, im kapitalistischen Wirtschaftsgetriebe ruft sie oft genug zunächst Störungen und Krisen hervor, weil eine Menge von privatwirtschaftlichen Auslagen noch aus der teureren Zeit stammen, während die Gegeneinnahmen bereits unter dem Preisdruck leiden. Weder England noch die Vereinigten Staaten sind deshalb 1922 von schmerzhaften Rückschlägen verschont geblieben: von fühlbaren Verlusten oder doch Profiteinbußen agrarischer und industrieller Unternehmer und von bitterer Beschäftigungslosigkeit der Lohnarbeitermassen. Die Wendung zum Bessern hat sich jedoch im Vorjahr vorbereitet und in vielen entscheidenden Beziehungen bereits durchgesetzt.

In den *Vereinigten Staaten* ist die Agrarkrise abgeflaut.¹ Die Eisen- und Stahlindustrie, das Barometer für den ganzen nordamerikanischen Produktions- und Verkehrsgang, ist zu etwa 85 % ihrer Leistungsfähigkeit tätig; im November waren es erst 70, im Dezember 80 %, und volltätig ist sie überhaupt nur in Zeiten wirklicher Hochkonjunktur. Die Eisenbahnen gehen von neuem zu großen Massenbestellungen über. Kupfer, das zweite große gewerbliche Metall der Neuzeit, wird seit Monaten überraschend höher bewertet, und wenn die große Anacondakupferminengesellschaft sich soeben mit mehr als 100 Millionen Dollars den maßgebenden Einfluß auf die Chilekupfergesellschaft verschafft hat, so beweist dies ein felsenfestes Vertrauen in die nächste Zukunft. Aus seiner Geldverknappung und -versteifung ist Amerika längst heraus, so daß die Elemente eines größeren Aufschwunges übersee zweifellos nunmehr wieder gegeben sind.

Weniger kräftig, doch immerhin ganz ansehnlich ist die wirtschaftliche Erholung *Englands*. Englands Finanzverwaltung vermochte 1922 49 Millionen Pfund Sterling äußerer Verschuldung abzustoßen und 427,97 Millionen Pfund Sterling fälliger und kurzfristiger Schulden in längerfristige und Daueranleihen mit einer jährlichen Zinsersparnis von 892 000 Pfund Sterling umzuwandeln. Die Passivität der englischen Handelsbilanz ermäßigte sich von 277 Millionen Pfund Sterling im Jahr 1921 auf 180 Millionen im Jahr 1922, verbesserte sich demnach um 97 Millionen. Die Kohlenausfuhr stieg auf 63 Millionen Tonnen gegen 25 Millionen im Jahr 1921. Das sind zwar noch nicht die 73 Millionen von 1913, aber die Schlußmonate von 1922 waren der Vorkriegszeit bereits so gut wie ebenbürtig, und im ganzen nähert sich die

1) Siehe Schippel Die Gärung unter den amerikanischen Farmern und Die Änderung der Kräfteverhältnisse zuungunsten der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, in den Sozialistischen Monatsheften 1921 I Seite 475 ff. und 1922 II Seite 918 ff.

Jahresproduktion (1922 250 Millionen Tons) wieder dem alten Stand (1913 287 Millionen Tons). Die Eisen- und Stahlerzeugung warf 1922 nur geringe Gewinne ab, aber im Export ist England hier wieder an die Spitze aller Länder gerückt: ein Platz, der vor 12 Jahren Deutschland und noch vor 5 Jahren den Vereinigten Staaten zufiel. Im Schiffbau ist es zwar still geblieben und 1922 noch stiller geworden, aber die Furcht, daß Englands internationaler Vorrang auf diesem Gebiet unwiederbringlich verloren sei, ist im Verschwinden. Die durch den Krieg künstlich emporgetriebene amerikanische Schifffahrtskonkurrenz entpuppte sich als zunächst wenig bedrohlich, und die Zunahme der neubegonnenen Schiffsbauten im letzten Viertel des Jahres 1922 (231 187 Tonnen, gegen 55 290 Tonnen im letzten Vierteljahr 1921 und gar nur 38 877 Tonnen im 2. Vierteljahr 1922) offenbart ein wachsendes Vertrauen des beteiligten Unternehmertums in die kommende Welt-handelsperiode. Vom europäischen Kontinent, vor allem von Deutschland aus, haben englische Reedereien in hohem Maß die überseeischen Transporte übernommen, sei es direkt sei es durch Umladung in Southampton für Nord- und Südamerika, Westindien und Südafrika. Die Baumwollindustriellen sind zwar durch Überproduktion und zum Teil durch steigende Rohstoffpreise gedrückt geblieben. Aber die Menge der ausgeführten Erzeugnisse stand 1922 um 30 bis 40 % über 1921, freilich bei nur etwa 4prozentiger Wertsteigerung, was den jüngsten Zeitraum genügend kennzeichnet. Aber die Stimmung ist selbst hier hoffnungsvoller geworden; gerade die englischen Textilbezirke, mit dem Manchester Guardian als Interessenwortführer an der Spitze, ersehnen in erster Linie die Vermeidung von politischen Konflikten und die Rückkehr zu friedlicher Verständigung zwischen den Völkern, um in Ruhe die Beute des Weltkriegs verdauen und ausnutzen zu können:

»Der "Plumps" ("slump") ist normal verlaufen; das Ausdehnungsstreben bedarf nur des ermutigenden Anstoßes. Von der Clyde, aus Südwales und Sheffield laufen Berichte über die endgültige Wiederbelebung ein. Liverpool will Millionen für den Umbau seiner Docks und Geschäftshäuser ausgeben. Manchestersyndikate halten den Zeitpunkt für gekommen große Grundstücks- und Hotelgeschäfte einzuleiten. Selbst das Baumwollgewerbe wird zuversichtlicher . . . Der Geschäftsaufschwung bedarf vor allem des Vertrauens auf eine kommende Ära der Ruhe nach außen.«



ON doppeltem Interesse sind unter solchen Umständen die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Vorgänge in *Frankreich*. Um so mehr, als die öffentliche Meinung in Deutschland über die willensstarke und erfolgreiche Spar- und Wiederaufbaupolitik Frankreichs bedauerlich wenig unterrichtet ist und deshalb fortgesetzt ratlos und verlegen, bald so bald anders, ziellos im Finstern tappt oder sich gar zu ganz haltlosen und selbstschädigenden erhitzten Einbildungen und Entschlüssen fortreißen läßt.

Zunächst hat Frankreich mit zähester Energie seine Einnahmen gesteigert und die Papiergeldflut zurückgedämmt.³ Seit 1919-1920 hat keine Notenvermehrung von seiten der Bank von Frankreich mehr stattgefunden (Ende 1913 31 055 Millionen Francs, Ende 1919 37 275 Millionen, Ende 1920 37 902 Millionen, am 25. Januar 1923 36 780 Millionen Francs). Jedes Budgetdefizit wurde im wesentlichen von einer opferwilligen, zukunftsicheren Bevölkerung durch innere Anleihen gedeckt, die für den Geldumlauf und

2) Siehe die Wochenschau des Manchester Guardian Commercial vom 11. Januar 1923.

3) Siehe darüber auch *Quesset*: Die interalliierten Schulden und die deutschen Verpflichtungen, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 II Seite 911 ff.

die Preisbewegung natürlich eine ganz andere Wirkung haben als eine stetig wiederkehrende Millionèn- und Milliardenbeschaffung durch die ebenso bequeme wie ruinöse Papiergeldausgabe. An die Ausgabenbeschneidung (vom Wiederaufbau in den zerstörten Gebieten selbstverständlich abgesehen) ist man rücksichtslos herangegangen. Für das Jahr 1922 war eine Verminderung der Staatsangestellten um 50 000 Köpfe vorgesehen. Im ganzen waren die Zivilausgaben berechnet auf 11 377 Millionen Francs im Jahr 1920, 9938 Millionen in 1921 und 7023 Millionen in 1922. Die Rüstungsausgaben beziffert der Finanzminister de Lasteyrie für 1919 auf 18 185 Millionen Francs, 1920 auf 7648, 1921 auf 6312 und 1922 auf 4910 Millionen Francs. An normalen Einnahmen erwartete man 1922 2½ Milliarden Francs mehr als 1921, bei damals im allgemeinen noch steigendem (und auch heute nur mäßig erschüttertem) Francwert. Allein die Umsatzsteuer, zu der Frankreich eher als Deutschland zu greifen sich anschickte, erbrachte in der 1. Jahreshälfte 1922 durchschnittlich monatlich 160 bis 170 Millionen, dann aber 186 Millionen im September, 208 Millionen im Oktober, 209 Millionen im November und 212 Millionen im Dezember; ohne die trügerische Aufblähung der deutschen Ziffern. Die 6 großen Eisenbahnsysteme Frankreichs zusammen mit den elsäß-lothringischen Bahnen hatten 1922 eine um 450 Millionen Francs höhere Einnahme als 1921: ohne schroffen Valutaabsturz 1922, oder vielmehr bei starker Valutabesserung zwischen 1921 und 1922. Die Textilindustriellen Frankreichs sind seit dem vorigen Hochsommer voll im Gang. Die Kohlengruben, die 1921 monatlich 2 Millionen Tonnen Ausbeute gewährten, brachten es zuletzt monatlich auf 2,8 Millionen Tonnen. An Eisen und Stahl erzeugte Frankreich im Januar 1922 312 000 und 315 000 Tonnen, im November 515 000 und 404 000 Tonnen.

Doch kehren wir zu den staatsfinanziellen Bemühungen Frankreichs zurück. Wenn trotz den beispiellosen Eingriffen und Einschränkungen eine unheimlich große Anleihe last blieb, so rührt dies von den heroischen Anstrengungen in den Wiederaufbaugebieten her. De Lasteyrie bezifferte diese Anleihen in Frankreich während der letzten 4 Jahre also: 1919 auf 51 331 Millionen Francs, 1920 auf 42 822, 1921 auf 31 120, 1922 auf 21 000 Millionen Francs. Das sind ganz riesenhafte Leistungen und Lasten für eine Nation, die länger als 4 Jahre unter Stilllegung und Vernichtung großer agrarischer und industrieller Produktionskräfte einen verheerenden Krieg auf ihrem eigenen Boden ausfechten lassen mußte, und die noch dazu trotz der Rückgewinnung Elsaß-Lothringens ihre Bevölkerungszahl um 500 000 Köpfe verringert sah: 1921 hatte, wie der Professor Charles Rist in der Wiederaufbausonderbeilage des Manchester Guardian Commercial vom 17. August 1922 feststellte, Frankreich mit Elsaß-Lothringen 39 209 000 Einwohner, gegen 39 674 000 im Jahr 1913.

Große Aktivposten für eine raschere wirtschaftliche Wiederkräftigung Europas und der europäischen Kulturwelt haben sich also in den verschiedensten Ländern allmählich herausgebildet. Es wäre eine Verblendung sondergleichen, wenn alte nationale Vorurteile und eine ganz falsche internationale Orientierung die sich überall regenden Keime des allgemeinen Aufschwungs der wirtschaftlichen Leistung, die Entfaltung der Produktivkräfte der europäischen Nationen wieder ersticken sollten.

LUDWIG QUESSEL · DER RUHRKONFLIKT



AS uns zum erstenmal im Mai 1921 von England, Frankreich und Italien angedroht wurde, ist jetzt Wirklichkeit geworden. Seit 6 Wochen stehen französische und belgische Truppen sowie italienische Ingenieure im Ruhrrevier. Wie unter der Regierung Fehrenbach Ruhrort und Duisburg besetzt wurden, so ist jetzt unter der Regierung Cuno das Ruhrrevier der französisch-belgisch-italienischen Zwangsexekution zum Opfer gefallen. Aus der Haltung der deutschen Presse ist zu ersehen, daß ganz Deutschland das Vorgehen Frankreichs als gewalttätig und ungerecht empfindet. Und die Nachrichten aus den verschiedenen Teilen Europas bekunden, daß überall das sozialistische Proletariat den französisch-belgischen Einmarsch in das deutsche Industriegebiet als einen Gewaltakt verurteilt. Jedoch die Frage entsteht: Welches sind die Ursachen dieser Tat, und wie ist ihren Folgen zu begegnen?

Unbedingt festgehalten werden muß bei der politischen Beurteilung der gegenwärtigen Lage, daß Gewalt die Grundlage der auswärtigen Politik ist. Die wichtigste Aufgabe jeder guten Außenpolitik besteht eben darin Land und Volk vor Gewaltakten zu bewahren, sei es durch Bündnisse mit anderen Staaten sei es durch kluges Entgegenkommen gegenüber der gegnerischen Macht. So war die Politik Bismarcks nach 1871 beschaffen, der Deutschland vor Gewaltakten französischer Revanchepolitiker (General Boulanger) einmal durch Bündnisse mit Österreich, Rußland und Italien, dann aber auch durch weites Entgegenkommen gegenüber dem französischen Imperialismus zu schützen wußte, indem er die französische Kolonialpolitik in weitgehendem Maß unterstützte. Mit Protesten gegen Gewaltakte ist in der auswärtigen Politik in der Regel wenig zu erreichen. Denn wo kein Richter vorhanden ist, hat die Erhebung von Anklagen im Grunde kaum eine Bedeutung. Damit soll natürlich nicht bestritten werden, daß es ein Weltgewissen gibt, und daß moralische Kräfte auch in der auswärtigen Politik wirksam sind. Aber sie haben gegenüber der tatsächlichen Macht immer nur sekundäre Bedeutung. Aus diesem Grund können wir hier auch von einer Erörterung der Rechtslage im Ruhrkonflikt ganz absehen. Auswärtige Politik treiben heißt bei dem gegenwärtigen Zustand der Zivilisation in Europa, wie gesagt, nichts anderes als Gewaltakten gegen das eigene Land vorzubeugen.

Betrachten wir von diesem Standpunkt aus die auswärtige Politik Deutschlands, so ist zu sagen, daß sie von dem Geist Bismarckscher Außenpolitik sehr weit entfernt ist. Über die Bündnisse Deutschlands tut man zunächst gut ganz zu schweigen. Wie bei allen früheren Reparationskonflikten so hat sich auch bei der französisch-belgisch-italienischen Zwangsexekution gezeigt, daß die Spekulation auf die Hilfe Englands und Amerikas völlig verfehlt war. Amerika hat seine Sympathie für Deutschland lediglich dadurch bekundet, daß es seine Truppen vom Rhein abrief und sein Okkupationsgebiet Frankreich überließ. Nicht besser steht es mit England, dessen Truppen am Rhein dem belgisch-französischen Vorgehen nicht nur keine Hindernisse bereiten sondern es teilweise sogar unterstützt haben. Wie im übrigen die englischen Regierungskreise über den Ruhrkonflikt denken, hat uns der britische Kriegsminister Lord Derby enthüllt, der erklärte: England werde nie vergessen, daß Frankreich der Verbündete Großbritanniens gegen

Deutschland war. Deutlicher als Lord Derby hat sich der Staatssekretär im britischen Auswärtigen Amt MacNeil ausgedrückt, der sich über die Ruhrbesetzung wie folgt ausließ:

»Was die deutschen Zeitungen über die Ungerechtigkeit, Gewalttätigkeit und Brutalität des französischen Vorgehens erzählen, ist leeres Geschwätz. Die Deutschen sind das letzte Volk der Welt, das sich erlauben dürfte von Ungerechtigkeit und Brutalität zu sprechen, nach der Art und Weise, wie sie Nordfrankreich geplündert, bestohlen und vorsätzlich verwüstet haben. Sie täten auch viel besser sich der Art zu erinnern, wie sie selbst 1871 Frankreich zur Bezahlung der Kriegsentschädigung gezwungen haben.«

Wer diese Worte ohne Voreingenommenheit liest, wird sich selber sagen, daß so kein Staatsmann eines Reiches sprechen kann, das die Absicht hat Deutschland gegen feindliche Übergriffe zu schützen. Im Ton etwas milder, in der Sache übereinstimmend, lautete auch die Rede, die der britische Außenminister Lord Curzon am 14. Februar im Oberhaus hielt, und in der er die Haltung der britischen Regierung zur Ruhrbesetzung als die einer wohlwollenden Neutralität bezeichnete. Die Besetzung, führte er weiter aus, habe bisher keine Vorteile gebracht; im Gegenteil, alle deutschen Zahlungen und Sachlieferungen seien eingestellt worden. Es gebe in ganz England niemanden, der nicht die größte Sympathie für Frankreich fühle, und der nicht unzufrieden damit sei, daß Frankreich die ihm geschuldete Entschädigung noch nicht erhalten habe. Die britische Regierung wünsche nichts zu tun, was geeignet wäre das Gelingen der französischen Aktion zu erschweren, obwohl sie ihr nicht zustimmen könne. Man wird sich nach diesen offiziellen englischen Bekundungen mit dem Gedanken abfinden müssen, daß Deutschland in seinem Wirtschaftskampf gegen Frankreich und Belgien über keine Verbündeten verfügt. Noch in weit höherem Maß als 1914 ist Deutschland heute isoliert. Die auch in der deutschen Sozialdemokratie weit verbreitete Ansicht, daß eine ganz neue Situation entstanden sei, weil England und Amerika sich an der Zwangsexekution nicht beteiligen, ist daher durchaus abwegig. Ob England und Amerika Freunde Deutschlands sind, ist zweifelhaft; daß sie keine Verbündeten Deutschlands sind, ist dagegen gewiß. Das erste Gebot jeder wirklichen auswärtigen Politik: sich bei Abwehraktionen gegen Gewalttaten auf Bündnisse zu stützen, konnte von der Regierung Cuno-Becker nicht erfüllt werden. Nunmehr könnte man prüfen, ob die Zwangsexekution, die die Deutschen aller Parteien und die Sozialisten aller Länder im Gegensatz zur britischen Regierung als Gewaltakt kennzeichnen, nicht durch Entgegenkommen gegenüber Frankreich verhindert werden konnte. Doch erscheint es im Augenblick, da der Konflikt ja nun einmal ausgebrochen ist, müßig sich mit dieser Frage der Vergangenheit zu beschäftigen. Wichtig aber ist es, zur Beurteilung unserer Aussichten in der Zukunft und damit zur Bestimmung unserer Gegenwartsaktion, die Natur des Ruhrkonflikts zu erkennen.

Um dies zu vermögen, ist es vor allem notwendig sich über die Motive Frankreichs bei der Ruhrbesetzung klarzuwerden. Wir haben es hier mit finanziellen, industriellen und imperialistischen Motiven zu tun, die gesondert betrachtet werden müssen.

Die bedeutendste Rolle dabei spielt das *finanzielle* Motiv. Paris braucht Geld. Unter großen Opfern ist es Frankreich gelungen dem Staatsbankrott Einhalt zu gebieten, indem es im 3. Quartal 1920 die Notenpresse stilllegte.

Seitdem hat es die großen Fehlbeträge seines Budgets (die gerade dadurch entstanden sind, daß es die Kosten für die Wiederaufbauarbeiten im verwüsteten Gebiet einstweilen selber tragen muß) durch innere Anleihen gedeckt. Dieses Hilfsmittel hat jedoch seine Grenze. Soll der Staatsbankrott vermieden werden, so müssen ungefähr 3 Milliarden Francs (etwa 1000 Millionen Goldmark) an Reparationen jährlich eingehen. Ähnlich wie die Finanzlage Frankreichs ist auch die Belgiens. Bei beiden Staaten ist das Verlangen nach "Kontributionen" weit stärker als das nach "Annexionen". Hierüber sollte man sich in Deutschland keiner Illusion hingeben. Sollte in den Kreisen der besitzenden Klassen die Anschauung vertreten sein, daß die Besetzung des Ruhrreviers die Preisgabe der französischen Forderung nach schwerer steuerlicher Belastung des deutschen Besitzes darstelle, so läge ein grundlegender Irrtum vor. Ruhrbesetzung heißt zwangsweise Steuereintreibung vom deutschen Besitz. Frankreich und Belgien wollen durch ihre Zwangsexekution für die Alliierten mindestens 1000 Millionen Goldmark herausholen, und zwar 1. durch Beschlagnahme der Erträge der staatlichen Bergwerke, Wälder, Weinberge usw., 2. durch Beschlagnahme der Zolleinnahmen im Rheinland und im Ruhrgebiet, 3. durch Beschlagnahme eines gewissen Prozentsatzes der bei der Ausfuhr erzielten Devisen, 4. durch Beschlagnahme der Kohlensteuer. Ob die Erträge dieser Beschlagnahmungen im Verlauf eines Jahres 1000 Millionen Goldmark ergeben werden, ist nicht vorzuberechnen. Jedenfalls könnte ein solcher Ertrag nur bei völlig intakter Wirtschaft erreicht werden. Geraten durch einen Wirtschaftskrieg Produktion und Verkehr ins Stocken, so müssen sich auch Zolleinnahmen, Devisenablieferung, Kohlensteuer und die Erträge des staatlichen Bergbaus und Grundbesitzes vermindern. Die 6 Wochen, die seit dem Einmarsch der Franzosen ins Ruhrrevier vergangen sind, zeigen, wie ernst es Frankreich mit der Eintreibung von Geldbeiträgen durch produktive Pfänder ist. Gleich nach der Feststellung der Verfehlungen Deutschlands durch die Reparationskommission erfolgten die Beschlagnahmen des staatlichen Eigentums. Ebenso waren Frankreich und Belgien überall bemüht die deutschen Finanzämter unter ihre Aufsicht zu bringen. Nicht ausgeführt konnte freilich die Beschlagnahme der Kohlensteuer und der Devisen werden, weil der von Deutschland als Abwehraktion eingeleitete Wirtschaftskrieg zur Ausfuhrsperr für Kohle führte, die durch eine Ausfuhrsperr für Produkte der Metallindustrie ergänzt worden ist. Wenn auch die französisch-belgischen Maßnahmen gegen den deutschen Wirtschaftskrieg dem finanziellen Ziel der Zwangsexekution zum Teil zuwiderlaufen, so wäre es doch ganz falsch daraus zu folgern, daß Poincarés Pfänderpolitik nicht von einem finanziellen Gesichtspunkt geleitet wurde, und daß das deutsche Volk die Zwangsexekution gar nicht zu fürchten brauche. Wie schon viele Illusionen der bürgerlichen Presse wird auch die Fehlannahme vor den realen Tatsachen bald verschwinden müssen, daß Frankreich gar nicht auf Geld-eintreibung sondern auf Landgewinnung ausgehe. Käme es Frankreich nur darauf an die Rheinlande und das Ruhrrevier zu annektieren, so hätte es keine Ursache sich als Steuerexekutor bei der Bevölkerung des besetzten Gebiets verhaßt zu machen. So klug ist man in Paris allemal, um einzusehen, daß Zwangsexekutionen und Annexionen Dinge sind, die einander widerstreiten. Man darf auch nicht vergessen, daß Poincaré ein parlamentarisches Mandat vom Nationalen Block nur für die Zwangsexekution erhalten

hat. Und dieses Mandat konnte er nur infolge des deutschen Gesuchs um ein Moratorium für Barleistungen erlangen. Wäre Deutschland durch eine auswärtige Anleihe in die Lage versetzt worden die Barzahlungen zu leisten, so hätte die Ruhrbesetzung nicht erfolgen können. Auch die Tatsache, daß Frankreich sich ein halbes Jahr hindurch aufs äußerste bemühte England zur militärischen Mitwirkung bei der Ruhraktion zu bestimmen und auch das größte Gewicht auf die Mitwirkung Belgiens und Italiens legte, spricht für die Auffassung, daß es Paris jetzt vor allem auf Geld ankommt. Mit einer alliierten Armee hat in Europa kaum jemals ein Staat Land für sich gewonnen. Die alliierte Besetzung eines Gebiets ist, wie Frankreich aus den Erfahrungen in Afrika und Vorderasien weiß, zwar sehr wirksam für Eintreibung von Kontributionen, aber ein ganz untaugliches Mittel für Annexiellen Erfolg, auf den sowohl Paris wie Brüssel und Rom angewiesen sind, nur erzielen kann, wenn die wirtschaftliche Einheit Deutschlands erhalten bleibt. Wirtschaftliche und politische Einheit fallen aber heute so sehr zusammen, daß die eine ohne die andere undenkbar ist. Die Zwangsexekution widerstreitet also der Ansicht, daß es Frankreich in erster Linie um die Zerspaltung der Reichseinheit zu tun sei. Auch die Haltung der französischen Presse bestätigt, daß es den an der Ruhrbesetzung beteiligten Mächten in erster Linie darauf ankommt bezahlt zu werden. Charakteristisch hierfür ist der Leitartikel des Temps vom 25. Januar 1923, in dem es heißt:

»Warum sind die französischen und belgischen Truppen in das Ruhrgebiet eingedrungen? Um eine interalliierte Ingenieurmission zu schützen, die die Kohlenlieferungen sichern, und die im allgemeinen »alle notwendigen Maßnahmen zur Zahlung der Reparationen« treffen sollte. Es handelte sich also einzig und allein darum eine Forderung einzutreiben. Wie hat die Reichsregierung darauf geantwortet? Hat sie Zahlungen und Garantien vorgeschlagen? Nein. Sie hat vielmehr dieser Differenz zwischen Gläubiger und Schuldner sofort den Charakter eines politischen Konflikts zwischen Deutschland und Frankreich gegeben. Sie tat und tut alles, was von ihr abhängt, um die Reparationszahlungen zu verhindern, um das deutsche Volk gegen die Franzosen aufzuhetzen, um zu erreichen, daß die Meinung der ganzen Welt Partei gegen Frankreich nimmt. Kurz, anstatt wie ein ehrenhafter Schuldner zu handeln, der die Dinge zu arrangieren versucht, handelt sie wie ein Feind, der entschlossen ist wieder Krieg anzufangen, sobald er dies kann.«

Mit der Erkenntnis, daß die Zwangseintreibung von Bar- und Sachleistungen das Hauptmotiv der Ruhrbesetzung ist, ist natürlich nicht gesagt, daß nicht auch andere Beweggründe daneben wirksam sind. Ein solches Nebenmotiv, *industrieller* Art, besteht zweifellos in dem Wunsch die lothringische Stahl- und Eisenindustrie mit Ruhrkoks zu versorgen. Man weiß, daß die Saarkohle, die Frankreich sich nahm, weder nach Menge noch nach Qualität den Bedürfnissen der an Frankreich angegliederten Erzgebiete genügte. Lothringen und Luxemburg können den westfälischen Koks nicht entbehren, und sie bedürfen außerdem für ihr Erz und für ihr Roheisen des deutschen Marktes. Wie sehr insbesondere Lothringen auf den Ruhrkoks angewiesen ist, zeigen folgende Angaben des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes über die Wirkungen der ersten 3 Wochen Wirtschaftskrieg auf die lothringische Industrie:

»In Lothringen waren am 1. Januar 40 Hochöfen in Betrieb, von denen bis zum 27. Januar 13 ausgelöscht werden mußten. Nur in 2 Unternehmungen konnten alle Hochöfen in Betrieb gehalten werden. Im Bezirk Longwy-Nancy steht es nicht viel besser. Von den am 1. November 1922 in Betrieb befindlichen 40 Hochöfen wurden bisher 14 gelöscht. Die Ursache dieser Betriebseinschränkungen ist ohne Zweifel

in dem Verlust des deutschen Koks zu suchen. Nach den letzten glaubhaften Informationen erhielt das Office des Hovillières Sinistrées in der Zeit vom 1. bis zum 12. Januar nur noch 151 500 Tonnen, gegenüber einer Tageslieferung von 28 000 Tonnen pro Tag im Dezember. Vom 13. bis zum 16. Januar sank die Kokslieferung auf ein Fünftel der normalen Zufuhr, und zwar auf insgesamt 22 800 Tonnen. Am 18. Januar betrug die Lieferung nur noch 600 und am 19. nur noch 20 Tonnen. Auch die Zufuhr von belgischem Koks versagt. Die französische Industrie richtet sich auf eine lange Dauer dieser Brennstoffknappheit ein. Die Journé Industrielle spricht davon, daß es 6 Wochen dauern werde, bis wieder eine normale Zufuhr von der Ruhr zu erwarten sei.«

Diese Angaben, die sich in der Hauptsache auf französische Quellen stützen, zeigen uns, daß die wirtschaftlichen Daseinsgrundlagen Lothringens und Westfalens im wesentlichen die gleichen sind wie vor dem Krieg. Beide Reviere sind darauf angewiesen durch wechselseitige Lieferungsverträge für Koks und für Erz das alte Verhältnis wiederherzustellen. Warum dies bisher nicht geschehen konnte, ist unklar. Versuche in dieser Richtung sind gemacht worden, über die Artur Feiler in der Frankfurter Zeitung vom 9. Februar 1923 folgendes berichtete:

»Bespprechungen mancherlei Art zwischen deutschen und französischen Industriellen hat es in den 4 Jahren seit Versailles natürlich öfters gegeben; doch waren sie nur privater Natur, und ihr Verlauf blieb geheim.«

Die strenge Geheimhaltung der Verhandlungen zwischen den deutschen und den französischen Industriellen macht es unmöglich ein Urteil darüber abzugeben, ob die Schuld an der Trennung der französischen Erze vom deutschen Koks auf deutscher oder auf französischer Seite liegt. Man weiß jedoch, daß es sich bei diesen Verhandlungen um die Einrichtung eines französisch-deutschen Montantrusts handelte, bei dem der Kampf um die Quote eine große Rolle spielte. Man behauptet, daß der Plan eines großen deutsch-französischen Montantrusts daran scheiterte, daß die deutsche Schwerindustrie 60 % der Gesamtproduktion für sich verlangte und der französischen Industrie nur 40 % zugestehen wollte, wofür die französischen Großindustriellen nicht zu haben waren. Man sagt auch, daß die deutsche Schwerindustrie zu ihrer weitgehenden Forderung von englischer Seite ermuntert worden sei. Daß England daran interessiert ist eine Vereinigung französischer Erze mit deutschem Koks nicht zustandekommen zu lassen, ist leicht zu verstehen. Man fürchtet in London nicht zu Unrecht, daß sich an einen französisch-deutschen Montanblock alle übrigen kontinentalen Produktionsgebiete anschließen würden: die Kohlen- und Eisenindustrie Belgiens, Polens und Tschechiens. Der ökonomische Triumph eines solchen kontinentalen Montantrusts über England flößt unseren Anglophilen natürlich Furcht und Entsetzen ein, weshalb sie glauben alles aufbieten zu müssen, um das Zustandekommen dieser Trustpläne zu vereiteln, und zwar wesentlich auch aus dem Grund, weil eine solche ökonomische Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich ihrem Ideal widerstreitet aus Deutschland eine angelsächsische Einflußsphäre zu machen. Hier braucht nicht noch einmal betont zu werden, daß die Vereinigung der lothringischen Erze mit dem westfälischen Koks eine Lebensfrage für Deutschland und ganz Europa ist. Diese Vereinigung ist ja in den Sozialistischen Monatsheften noch vor dem unglücklichen Ausgang des Krieges verlangt worden. Sie muß kommen, wenn Deutschland den Zustand tiefer Verarmung überwinden will, in den der Krieg es versetzt hat. Das industrielle Nebenmotiv Frankreichs bei der Ruhrbesetzung lothringische Erze und westfälischen Koks zusammenzubrin-

gen kann daher an sich nicht im mindesten als verwerflich angesehen werden, wie auch die deutschen Großindustriellen, die geheim mit der französischen Schwerindustrie verhandelten, durchaus im deutschen Interesse arbeiteten. Eine andere Frage ist freilich, ob sie bei diesen Verhandlungen die weise Beschränkung zeigten, die das deutsche Interesse erfordert hätte. Man muß fast befürchten, daß auch hier die angelsächsische Orientierung der deutschen Außenpolitik einen recht unheilvollen Einfluß ausgeübt hat.

Zum Schluß noch ein Wort über das *imperialistische* Moment bei der Ruhrbesetzung. Seine Existenz braucht nicht geleugnet zu werden. Es gibt gewiß in Frankreich eine kleine Gruppe extremer Chauvinisten, die, frei von politischen und industriellen Beweggründen, einer uferlosen Eroberungspolitik nachjagen. Ihr Einfluß ist jedoch sehr gering. Die Masse der französischen Kleinrentner weiß sehr genau, daß jede annexionistische Politik ihre Pauperisierung bedeuten würde. Da in Frankreich eine auswärtige Politik, die zum Ruin dieser Klasse führt, niemals eine Mehrheit in der Kammer erlangen kann, so verlohnt es sich nicht sich mit dem imperialistischen Motiv der Ruhrbesetzung näher zu befassen. Die Furcht der deutschen Presse, die bei jeder Maßnahme Frankreichs den Wunsch der Annexion auftauchen sieht, darf uns in diesem Urteil nicht irremachen. Poincaré hat sicherlich die Meinung der französischen Kammermehrheit richtig zum Ausdruck gebracht, als er am 4. Februar, in seiner Rede auf dem Bankett der Vereinigung der republikanischen Journalisten, erklärte:

»Wir verlangen Realitäten, und nicht nur flüchtige Realitäten sondern dauernde. Der Wiederaufbau unserer verwüsteten Gebiete steht auf dem Spiel, ja die Zukunft Frankreichs, der Friede Europas. Und für diesen Frieden *verlangen wir nicht einen Quadratzentimeter deutschen Gebiets*. Wir suchen in diesem Frieden nur unsere Rettung und unsere Sicherheit. Wir sind jetzt entschlossen das endlich auf unverbüster Grundlage aufzurichten.«

Also Frankreich will nicht annektieren sondern reale Garantien für die Erfüllung seiner Wiedergutmachungsansprüche. Daß Frankreich hierfür Pfänder »mit Recht verlangen« kann, hat, worauf hier besonders hingewiesen wurde, der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Hergt vor einigen Monaten in staatsmännisch besonnener Weise betont, und er hat damit sehr richtig den einzigen Weg zur Rettung für uns und für »das verzweifelte Frankreich« gezeigt.¹ Dieser Weg ist eben der der direkten Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich und, in weiterer Folge dann, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Völker.

Die Besetzung Essens (ursprünglich war wohl an eine so weitgreifende neue Okkupation, wie sie nachher Schritt für Schritt erfolgt ist, nicht gedacht worden) sollte nach ausdrücklicher und mehrfacher französischer Erklärung nichts anderes sein als, in Anwendung des bekannten Wortes von Brest Litowsk, der »Faustschlag auf den Tisch«, der Deutschland veranlassen sollte schleunigst in Unterhandlungen einzutreten und bestimmte Vorschläge mit ausreichenden Garantien zu machen; denn man ist, wie nachträglich von italienisch offiziöser Seite mitgeteilt wurde, der Meinung, daß das Vorschlagsprogramm, das von deutscher Seite auf der Pariser Konferenz überreicht werden sollte, aber nicht entgegengenommen wurde, Sicherheiten solcher Art nicht enthielt. So scharf man nun auch die Methode solche durch Besetzung deutschen Landes zu erzwingen verurteilen mag, so wird man

1) Siehe Kallski Der einzige Weg, in dem Sozialistischen Monatsheften 1922 II Seite 907 ff.

doch nicht vergessen dürfen, daß bei den Verhandlungen, die einmal kommen müssen, auch die Frage der Garantien wieder auftauchen wird. Im übrigen haben die Modalitäten dieser zukünftigen Verhandlungen, die vielen Deutschen unnütze Sorgen machen, doch nur sekundäre Bedeutung. Ihr Ziel muß jedenfalls sein aus den ewigen Reparationskrisen herauszukommen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß an der Lahmlegung der Ruhrproduktion nur England interessiert ist. Man weiß in London, daß das durch den Krieg verarmte Europa in absehbarer Zeit keinen Massenkonsum für britische Qualitätswaren aufweisen wird. Damit hat man sich in England abgefunden. Was man aber in England aufs bitterste empfindet, ist die deutsche Konkurrenz auf den äußeren Märkten. Daher der Zorn der englischen Handelskammern über den Zusammenbruch der deutschen Besitzsteuern infolge der Markentwertung, der jüngst so drastisch zum Ausdruck gelangte, weil man in London hierin eine spezielle Form des deutschen Dumping sieht. Wer begreift, daß England eine schnelle Beilegung des deutsch-französischen Konflikts nicht wünscht und wünschen kann, wird auch zu der Einsicht kommen, daß die Reparationsfragen nur durch deutsch-französische Verhandlungen wirklich gelöst werden können. Von den 3 Fragen, die Genosse Stampfer jüngst in der Parteipresse aufwarf: ob überhaupt verhandelt werden soll, wann verhandelt werden soll, und mit wem verhandelt werden soll, wäre die 1. dahin zu beantworten, daß natürlich der Konflikt nicht durch Niederzwingung eines Teils sondern nur durch Verständigung gelöst werden kann. Um Deutschland hierzu stark genug zu machen, ist eine Konzentration aller schaffenden deutschen Kräfte notwendig. Innenpolitisch bedeutet dies die Herstellung der Großen Koalition, wie sie gleich bei Beginn des Ruhrkonflikts hier der preußische Minister des Innern, Genosse Severing, als »das einzige Mittel zur schnellen Lösung der Krise« verlangt hat.² Eine Große Koalition im Reichstag und in der Reichsregierung ist das einzig wirksame Mittel gegen jede Art von Dolchstoßlegende, die ein Hindernis für die sachliche Beilegung des deutsch-französischen Konflikts werden könnte; denn es ist wohl nicht gut möglich, daß 90 % des Volkes sich selbst einen Dolchstoß in den Rücken versetzt. Auf die 2. Frage: wann verhandelt werden soll, kann ein gewissenhafter Politiker gar keine andere Antwort geben als die, daß die beiden kämpfenden Volkswirtschaften schwer leiden, und daß die schleunige Beilegung des Konflikts im beiderseitigen Interesse liegt. Zur 3. Frage endlich: mit wem verhandelt werden soll, ist zu sagen, daß Deutschland mit den kontinentalen Staaten, mit Frankreich, Belgien und Italien, verhandeln soll. Nicht England, nicht Amerika sind berufen den Ruhrkonflikt und die Reparationsfrage einer ausgleichenden Lösung entgegenzuführen, sondern die Mächte des europäischen Kontinents, unter denen Frankreich die führende Stellung hat.

Sind so die Vorfragen der Methode beantwortet, so muß man sich nun über die Substanz selber klar werden, das heißt über das Ziel, das man erreichen will. Das deutsche Volk will vor allem von dem gegenwärtigen Druck befreit und vor späterm bewahrt sein. Der einzige Schutz gegen solche Presionspolitik liegt aber in der Betätigung der gleichlaufenden Interessen Deutschlands und Frankreichs, die keine anderen sind als das solidarische Interesse des europäischen Kontinents, in gemeinsamer wirtschaftlicher Ar-

2) Siehe Severing Das Gebot der Stunde, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 1 ff

beit. Hier gilt es nur den Beginn zu finden; die Fortsetzung folgt dann mit innerer Logik von selbst. Europa muß, um ein Wort Bismarcks zu variieren, in den Sattel gehoben werden; reiten wird es dann schon können. Was Deutschland für solche Verhandlungen mitbringen kann, formuliert die Wiener Arbeiterzeitung vom 14. Februar 1923 also:

»1. die unverzügliche Vorlage eines konkreten deutschen Reparationsplans, der den ersten Willen der deutschen Regierung erkennen läßt bis zur Grenze des Könnens Wiedergutmachungen zu leisten; 2. die unverzügliche Vorlage eines konkreten deutschen Sanierungsplans, der den ersten Willen der deutschen Regierung erkennen läßt das Reichsbudget innerhalb eines genau befristeten Zeitraums in Ordnung zu bringen.«

Nur wenn Deutschland sich selbst hilft, wenn es seine produktiven Kräfte in volle Tätigkeit setzt und so den innern Wirtschaftsneuaufbau vollbringt, kann es Europa helfen. Dann, und nur dann, wird ihm auch Europa helfen.

Begreift das deutsche Volk die Notwendigkeit den Frieden des Kontinents auf dem Kontinent zu suchen, macht es sich von dem Wahn frei, daß es mit Unterstützung von England und Amerika sich seiner Wiedergutmachungsverpflichtungen gegenüber den Kontinentalstaaten entledigen könnte, sieht es endlich ein, daß es von den angelsächsischen Imperien, die den Krieg zur Niederwerfung der deutschen Wirtschaftsmacht bis zum knock out geführt haben, auch in Zukunft nichts zu erwarten hat, so kann der deutsch-französische Konflikt an der Ruhr zu einem Wendepunkt in der deutschen Geschichte werden, an dem ein neuer Weg aus tiefer Nacht zum Licht und zur Freiheit sich u.s. öffnet.

MARK LEWIN · DIE SCHULD AM ZUSAMMENBRUCH

KEIN Zweifel: Die revolutionäre Welle, die Europa seit dem Krieg in Schwankung hielt, gleitet in schnellem Tempo abwärts. Und, darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben, die Talbewegung wird diesmal viel länger dauern als dies nach früheren revolutionären Wallungen der Fall zu sein pflegte; denn der Wellenberg war diesmal höher und der Absturz intensiver. Es handelt sich um einen Rückschlag, und es muß erst eine rückwärtige Bewegung durchgemacht werden, bevor wieder ein Aufwärts beginnen kann, das wiederum zum Teil auf das Durchlaufen schon früher zurückgelegter Strecken verschwendet werden wird. Die Schuld an dem Zusammenbruch der Revolution ist vorwiegend moralischer Natur. Sie liegt in erster Linie in dem Versagen der revolutionären Führer auf moralischem Gebiet, und dieses allein genügte bereits, um ein Wiederaufleben dieser selben Kräfte in der Zukunft unmöglich zu machen. Die gefehlt haben, werden das verheißene Land nicht erblicken, und es müssen andere kommen, um die Menschheit aus ihrer Wanderung durch die Wüste in die neue Heimat hinüberzuleiten. Noch nie war die Gelegenheit so günstig wie nach dem 4jährigen Völkermord, um dem Sozialismus und der Revolution wirkliche und überzeugte Anhänger in unbeschränkter Anzahl und, man darf wohl sagen, aus allen Klassen zuzuführen. Noch nie lagen die Krebschäden der sozialen Ordnung so klar zutage wie während des Krieges und nach dessen Beendigung, seit Beginn des sogenannten Friedens. Noch nie war es so leicht jedem ehrlichen und nicht hoffnungslos blinden Menschen das vor Augen zu führen,

was Krapotkin mit folgenden Worten sagen wollte: »Ordnung nennt man den unaufhörlichen Krieg von Menschen gegen Menschen, von Gewerbe gegen Gewerbe, von Klasse gegen Klasse, von Nation gegen Nation. Zur Ordnung gehört der Kanonendonner, der in Europa nicht zum Schweigen kommt, die Verwüstung ganzer Länder, das Hinopfern ganzer Generationen auf den Schlachtfeldern. Ordnung ist die Knechtschaft, Ordnung die Fesselung der Gedanken, die Erniedrigung der Menschheit durch Waffengewalt und Peitschenhiebe.« Wie intensiv wurde all dies uns deutlich durch den 4jährigen Kanonendonner, die Hinopferung einer ganzen Generation, die Verwüstung ganzer Landstriche und Länder: in Ostpreußen, Polen, Belgien, Nordfrankreich, bis zur Fesselung der Gedanken durch Kriegszensur und Erniedrigung der Menschheit durch die Peitschenhiebe der Friedensverträge. Und wer dieses Bild in sich aufgenommen, nachdem er alle seine Phasen selbst miterlebt hat, hätte in den allermeisten Fällen und vielfach selbst gegen seine direkten Klasseninteressen auch den anderen Phasen Verständnis abgewonnen, die wir skizzieren können, ohne die selbe zitierte Stelle zu verlassen: »Ordnung ist der plötzliche Tod durch schlagende Wetter oder der langsame Tod durch Verschüttung in den Bergwerken.« Und was dergleichen mehr ist und heute durch das internationale Schiebertum wiederum eine glänzende, allgemein verständliche Illustration findet.

Jedoch hier hieß es der Aufgabe durch sittliche Kraft und Überzeugungstreue gewachsen sein. Um dieser Ordnung entgegnetreten zu dürfen und sich für die Unordnung einsetzen zu können, nämlich für »die Empörung der Völker gegen diese schändliche Ordnung, die Empörung der Vernunft, die morgen zur Revolution führen soll, das Umwerfen der falschen Begriffe . . . und das Aufpflanzen neuer Ideen«, hätten die Träger der revolutionären Lehren, nach deren Taten die leichtgläubigen Massen den Wert ihrer Ideale einzuschätzen pflegen, sorgfältig darauf bedacht sein müssen der Welt ja klar und unzweideutig den Beweis zu liefern, daß die bisherige Ordnung mit den antisozialen Tendenzen des bisherigen Regimes steht und fällt und unter sozialistischer Herrschaft unmöglich fortbestehen kann.

Dieser Beweis ist *nicht* geliefert worden, es wurde vielmehr das gerade Gegenteil bewiesen. Aber nicht damals ging der Beweis in die Brüche, als zu Beginn des Weltkriegs die meisten Sozialisten aller Länder sich für die nationale Verteidigung einsetzten. In diesem Punkt hätte sich alles, was ehrlich und nicht ganz demagogisch war, schließlich verständigen können. Ein jeder hätte eingesehen, daß sein eigenes Volk abschlachten und sein eigenes Land verwüsten zu lassen noch keine schönere Ordnung bedeutet als anderen das selbe zuzufügen. Mißlungen ist der Beweis vielmehr zu dem Zeitpunkt, als die Revolution, die bereits im Gang war, irreführt und die revolutionäre Moral in einem ganz falschen Licht gezeigt wurde.

Noch bevor die revolutionäre Welle sich nach Westeuropa fortgepflanzt hatte, war bereits in *Rußland* die Revolution niedergedrungen, und an ihren Taten konnte jeder mit Leichtigkeit erkennen, was Geistes Kind ihre Besieger waren. Keine einzige von den Schandtaten der frühern Ordnung ließen die neuen Sieger unübertroffen, und weil sie sich Sozialisten und später Kommunisten nannten, war die leichtgläubige Welt gleich bereit die Hypertrophie der Schandtaten für die Verwirklichung oder wenigstens die Ausgeburt sozialistischer Ideale zu nehmen und mit Schrecken vor der Unord-

nung zurückzuweichen, die in den Schilderungen Krâpotkins und anderer durchaus nicht so ausgesehen hatte wie in der Praxis Lenins und Trotzkijs. Da war nun das Schibboleth der Revolution gegeben, und da galt es den richtigen Laut zu finden, um den Sozialismus zu retten. Die westeuropäischen Sozialisten und namentlich die in ihren ersten Reihen stehenden Lehrer hätten gleich zu Beginn der bolschewistischen Gegenrevolution die moralische Kraft aufbringen sollen ohne Zögern und ohne geheimdiplomatische Rücksichten ihr Schibboleth richtig auszusprechen und in die weite Welt sofort unzweideutig hinauszurufen: Unsere Hände und unsere Lehre sind unschuldig an dem Blut, das dort unter dem Schutz von entwendeten sozialistischen und kommunistischen Fahnen vergossen wird; wo bestialischer Krieg von Menschen gegen Menschen ist, da ist kein Sozialismus und kein Kommunismus zu suchen, sondern da herrscht, trotz veränderten Aushängeschildern, diejenige "Ordnung", die ihr seit Jahrzehnten und namentlich seit Jahren so sehr gut kennt; da dient man bewußtermaßen gerade denjenigen Elementen, deren System wir durch unsere "Unordnung" abschaffen wollen. Dann, und nur dann, wäre die moralische Anziehungskraft der Revolution erhalten geblieben, hätte ihr praktischer Erfolg welterrettend fortwirken können. Zu dieser moralischen Sauberkeit hat es aber nicht gelangt. Statt Überzeugungstreue begann demagogische Geheimdiplomatie. Der Sieg einer Clique, die sich sozialistisch nannte, in einem Riesenland wie Rußland, schien guter propagandistischer Köder zu sein, und wer wird sich denn eines solchen Mittels für Propagandazwecke begeben? Damit war es aber auch schon um den moralischen Inhalt der Revolution geschehen, und eine Rechtfertigung der alten Ordnung als rocher de bronze stabilisiert. Wollte jetzt noch jemand behaupten, es sei nur die kapitalistische Wirtschaft, die eine Verdrehung der gesunden Begriffe derart möglich mache, daß unaufhörlicher Krieg von Menschen gegen Menschen, von Gewerbe gegen Gewerbe, von Klasse gegen Klasse, von Nation gegen Nation synonym mit Ordnung sei, so brauchte man ihn nur auf Rußland zu verweisen, um ihn zu belehren, daß der Krieg von Menschen gegen Menschen selbst innerhalb eines und des selben Gewerbes, einer und der selben Klasse, einer und der selben Nation noch viel fürchterlicher herrschten, wenn "linke" Sozialisten am Ruder stehen. Wollte jetzt noch jemand die kapitalistische Ordnung dafür verantwortlich machen, daß der Kanonendonner nicht zum Schweigen kommt, so mußte er sich leicht davon überzeugen lassen, daß es ein zweifelhafter Vorzug der sozialistischen Ordnung ist, wenn der Kanonendonner unaufhörlich fortrollt, aber noch durch Revolverschüsse übertönt wird. Und was die Verwüstung von Provinzen, das Abschlachten ganzer Generationen, die Fesselung der Gedanken, die Erniedrigung der Menschen durch Waffengewalt und Peitschenhiebe betrifft: Gott, um wieviel kräftiger wurde doch das alles unter dem roten Schild mit der Aufschrift Revolutionäre Ordnung betrieben. Der frivol herbeigeführte Hunger hat allein an der Wolga schon mehr Menschenleben gekostet als der ganze Weltkrieg, und noch ist der bolschewistische Moloch nicht satt, und weitere Millionen werden ihm zum Opfer fallen. Schlagende Wetter und Verschüttung töten allerdings keine russischen Arbeiter mehr in Bergwerken; aber nur deswegen, weil die Bergwerke Rußlands stillgelegt und die Arbeiter zum Teil in den Hungertod, zum Teil in die blutrote Armee, zum Teil in die Armee der Schieber und Revolutionsgewinnler getrieben wurden. Diese angeblich revolutionäre Ord-

nung war die beste Rechtfertigung der früheren bürgerlichen Traditionen, die ja darauf fußten, daß es nun einmal in der Natur der Menschen liege einander zu zerfleischen, wenn nicht aus diesem Grund, so aus jenem. Und da lag es für jeden, der sonst durch den Gang der welterschütternden Ereignisse zum überzeugten Anhänger der Revolution geworden wäre, doch noch näher mit der alten Ordnung auch weiterhin an den alten Beweggrund zu glauben, zumal damit die Erinnerung an ein leichteres alltägliches Leben verbunden ist, als das Brot nur einen Groschen kostete.

Und neben dem Zuwachs, der so leicht zu haben war und so verbrecherisch abgestoßen wurde, mußte auch ein großer Teil des alten Anhangs verloren gehen. Denn gerade die besten Elemente unter den alten, klassenbewußten Proletariern, denen der Sozialismus nicht Novemberkunst und nicht Mittel zur Bereicherung sondern Lebensaufgabe gewesen war, mußten sich fragen, ob es nicht eine Verblendung war sein ganzes Leben lang für ein Ideal zu kämpfen, das nach seiner Verwirklichung dieses gräßliche Antlitz annimmt. Gegen diesen Abfall mußte wiederum mit einer Waffe aus dem Arsenal der alten Ordnung gekämpft werden, und diese war: die Fesselung der Gedanken durch falsche Berichte. Die Rolle der Zensur unter der alten Ordnung spielten jetzt die Sozialisten: Sie verschwiegen die bolschewistischen Greuelthaten und verherrlichten nicht existierende Erfolge. Aber wie bei der alten Ordnung hat auch hier die Fesselung der Tatsachen keinen dauernden Erfolg gehabt, und der irreführte Proletarier weiß jetzt, was verschwiegen, und was verherrlicht wurde. Von den Sozialisten, die ihren Genossen weismachten, daß die Bolschewisten als einzige Partei in Rußland den Frieden wollten, und sie noch bis in die letzte Zeit hinein für den Frieden von Brest Litowsk, dieses Muster für die Friedensverträge von Versailles, Saint-Germain, Trianon usw., lobten, wollen wir lieber gar nicht sprechen. Das alles hat mit ihren geheimdiplomatischen Rücksichten die Demagogie zuwege gebracht. Bei einiger Achtung vor dem moralischen Wert der eigenen Sache hätten sich die westeuropäischen (und auch manche russischen) Sozialisten von vornherein sagen können, welches die Ergebnisse des demagogischen Köders sein werden. Heute liegen sie in ihrer abschreckenden Gestalt vor. Diese Ergebnisse sind:

1. Die russischen Sozialisten konnten ihr Land und ihre Revolution nicht gegen den bolschewistischen Pogrom verteidigen, und die Schuld daran fällt auf die Sozialisten aller Länder, die nicht sie sondern die Bolschewisten, wenn auch nur aus falsch verstandenen Zweckmäßigkeitsgründen, unterstützt haben.
2. Millionenzehnte von Menschen sind in Rußland umgekommen, kommen noch um und werden noch umkommen, und die Schuld daran fällt auf die Sozialisten aller Länder, die aus ihren Qualen und ihrem Tod propagandistisches Kapital zu schlagen gedachten.
3. Die russische Produktion hat aufgehört zu existieren und fehlt nicht nur dem russischen Volk sondern der ganzen Welt, und die Schuld daran fällt auf die Sozialisten aller Länder, weil sie nicht den Mut zur Wahrheit hatten.
4. Der Kanonendonner dauert nicht nur in und um Rußland sondern auch in der ganzen Welt fort, und es sieht nicht danach aus, als sollte er bald aufhören, und die Schuld daran fällt auf die Sozialisten aller Länder, weil sie die russische Revolution und ihre Forderung eines allgemeinen Frie-

dens ohne Sieger und Besiegte, ohne Annexionen und Kontributionen nicht unterstützten, wohl aber die bolschewistische Gegenrevolution mit ihrem Brest Litowsk förderten.

5. Sozialismus und Revolution sind in der ganzen Welt in Verruf geraten, und überzeugte Anhänger, die ihnen seit langem angehörten oder mit Leichtigkeit hätten zugeführt werden können, sind zu ebenso überzeugten Verfechtern der alten Ordnung geworden, nachdem die Lehrer des Sozialismus in dem Dilemma: ob sie moralischer Überzeugungstreue oder demagogischer Propaganda dienen sollten, sich für das zweite entschieden und damit nicht nur sich sondern auch ihre Sache entwürdigt haben.

So viel von der Hauptschuld. Ein zweiter Dolchstoß von nicht ungefährlicher Natur wurde der Revolution gleichfalls auf dem Boden der Überzeugungstreue versetzt. Es ist nun einmal der Fluch der bösen Tat, daß sie immer Böses gebären muß. So mußten die Sozialisten, indem sie sich als Helfer der Bolschewisten feilboten, nicht nur ihre Ideale sondern auch ihre Theorien verleugnen oder wenigstens in den Verdacht kommen sie zu verleugnen. Die Verfechter der materialistischen Geschichtsauffassung, die so manche überflüssige Lanze gebrochen hatten, um ja nicht einen nicht genügend waschecht materialistischen Faktor vor der Geschichtsphilosophie bestehen zu lassen, schienen nun plötzlich ihre Grundsätze aufzugeben, als sie sich für Lenin und Trotzki einsetzten, die ja offen verkündeten: Hier stehen wir und können auch anders. Statt historischen Materialismus sollten Dekrete die Welt regieren, und es sollte jedermann glauben, daß der Übergang von kapitalistischer zu kommunistischer Wirtschaftsordnung ebenso leicht von heute auf morgen bewerkstelligt werden kann wie etwa die Verwandlung eines zaristischen Polizeispitzels in einen felsenfesten "Kommunisten". Aber je mehr die Führer durch ihre Verherrlichung der erdichteten bolschewistischen Erfolge sich auf dem Boden dieser theoretischen Unwahrheiten zu "verankern" schienen, desto mehr gerieten sie in Konflikt mit ihrem eigenen Anhang, der sich für berechtigt hielt seiner heimatlichen Revolution das abzugewinnen, was Rußland mit solcher Freigebigkeit in den Schoß gefallen war. Die Führer wußten ja sehr wohl, wie es in Wirklichkeit um die bolschewistischen Erfolge bestellt war, und hatten ebenso wenig Lust wie glücklicherweise auch Macht das Wirtschaftsleben ihrer Heimatländer den selben Katastrophen auszusetzen wie denen Rußlands. Daher ihre immer größere Angst vor den Forderungen der Straße, die es bis zu russischen Zuständen bringen könnten, und daher die Heidenangst vor "Planwirtschaft" und "Sozialisierung", mit dem Ergebnis, daß 4 Jahre nach der revolutionären Entstehung eines halben Dutzends von Republiken nichts von dem verwirklicht ist, was auf dem Gebiet der Gemeinwirtschaft sehr wohl und mit gutem Erfolg durchgeführt werden konnte, und daß im Gegenteil der Gedanke an geregelte Wirtschaft mit an erster Stelle von der zurückgeworfenen revolutionären Welle weggespült wurde.

Und weil ein Verrat am Heil der Welt dreigliedrig sein muß, ist auch noch eine dritte Sünde begangen worden. Die europäische Revolution brach bekanntlich zu einer Zeit allgemeiner und höchster wirtschaftlicher Not aus, und es war klar, daß vor allen Dingen eine intensive *Produktion* erforderlich wäre, um überall und auf jedem Gebiet diese Not zu lindern. Wer war nun berufen im Namen des allgemeinen Wohls und gegenseitiger Hilfe den

Ruf nach Arbeit und Produktion ergehen zu lassen, wenn nicht die Vertrauensleute der arbeitenden Volksmassen, und wer war auserwählt diesem Ruf zu folgen, wenn nicht die klassenbewußten Proletarier, denen Aufopferung und Entbehrungen im Kampf für die Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Mitmenschen und Nachkommen längst zur Lebensaufgabe geworden waren? Jedoch auch hier rächte sich die böse Tat. Die Welt sollte ja diesmal auf dem Weg der "Diktatur" zu einer bessern Zukunft geschleift werden, und da konnte dem Proletarier nur die Rolle zufallen sich einen neugebackenen Kommunisten als Herrscher aufbinden zu lassen; von einem Aufruf zu der nur von ihm beherrschten Arbeit, von einem Appell an seine idealistische Gesinnung durfte nicht gesprochen werden. Dies um so weniger, als, wie schon erwähnt, statt auf die freventlich abgestoßenen, ehrlichen und überzeugten Anhänger, die sozialistischen Parteien nunmehr auf den Zulauf von Revolutionsgewinnlern und zweifelhaften Elementen angewiesen waren, die beim ersten Wort von Arbeit und allgemeinem Wohl ihre Stimmzettel eingepackt hätten und davongelaufen wären. Und so ist statt Steigerung und Verbilligung der Produktion und statt Aufbesserung der Lebensverhältnisse in jedem Haus Verminderung und Verteuerung der Produktion und Verschlimmerung der Lebensverhältnisse quasi zur Losung der (im Namen des Sozialismus auftretenden) Führer geworden. Dadurch haben sich aber die Sozialisten auf eine Gleitbahn begeben, auf der es keinen Halt gibt. Denn der gewissenhafte und idealistisch fühlende Arbeiter, gleichviel welchen Berufs, weiß die Arbeit und ihre Produktivität zu schätzen, und er wird es nie verwinden, daß gerade auf diesem Gebiet aus Demagogie Zugeständnisse an das Parasitentum und die Faulenzerei gemacht worden sind. Diese Erfahrung, die leicht in der ersten besten Fabrik oder Werkstätte wie auch bei dem ersten Zusammentreffen mit einem Bauern oder mit einem sogenannten Kopfarbeiter zu machen ist, ergibt die Regel für den Sozialisten: Wer unter den arbeitenden Massen aller Berufe gerade die besten Elemente hinter sich haben will, der muß vor allen Dingen ihre Leistungen, ihre Arbeit und ihre Produktivität zu schätzen verstehen. Tut er das nicht, so kann er wohl eine Zeitlang Erfolg bei Schmarotzern haben, Arbeiterführer wird er nicht bleiben.

Beobachtet man, mit welcher Ungeniiertheit die Reaktion die Herrschaft an sich reißt, und wie auch ehemals streng demokratische Kreise und ihre Zeitungen ihr huldigen, um ja das Gespenst des sozialistischen Einflusses zu verscheuchen, so muß man sich sagen: Das haben durch die von ihnen bewirkte Irreleitung der Revolution die sozialistischen Bannerträger verschuldet. Die Aussichten auf Besserung wären trostlos, wenn die Gegner in ihrem Siegesrausch Vernunft walten ließen. Doch tun sie es nicht, und damit eröffnen sie neue Möglichkeiten. Sprächen sie nur von dem Bankrott der alten sozialistischen Generation, so dürften sie mit Sicherheit und dauernd auf Gehör rechnen. Doch wollen sie den Sozialismus als solchen besiegt haben, und da werden nun auch sie zusammenbrechen. Qui trop embrasse mal étreint. Gerade das hat ihnen zum Sieg verholfen, daß der Sozialismus und seine Tendenzen gar nicht zur Geltung kamen, und nun tritt die alte Ordnung mit allen ihren Begleiterscheinungen wieder so kraß in die Erscheinung, daß, wenn nicht über kurz, so über lang, die Menschheit sich wieder darauf besinnen wird, was "Ordnung", und was "Unordnung" bedeutet. Nur wird sie dann auch standhafte Leiter finden müssen.

PAUL KAMPFFMEYER · JUNGSOZIALISMUS

MIT lebhafter Freude begrüßte der sozialdemokratische Parteitag zu Kassel im Jahr 1920 die geistige Regsamkeit der Jungsozialisten und ihr Streben nach Erringung innerer Selbständigkeit. Er verpflichtete die Parteiorganisationen zur tatkräftigen Unterstützung der jungsozialistischen Bestrebungen. Durch geeignete Veranstaltungen, durch Kurse, Vorträge, Diskutierabende sollte den jungen Genossen und Genossinnen Gelegenheit gegeben werden sich zu Sozialisten zu erziehen, durch Arbeit in eigenen Kreisen, durch pädagogische Arbeitsgemeinschaften die sozialistische Weltanschauung zu vertiefen und sich innerlich auf die hohen Aufgaben des Sozialismus einzustellen.

Schon ein Jahr vorher hatten sich in Weimar 18- bis 25jährige Genossen und Genossinnen zu einer jungsozialistischen Konferenz zusammengefunden. Es gährte chaotisch in diesen jungen Leuten. Da und dort ein kühnes Greifen nach den Sternen, ein revolutionäres Brechen mit überkommenen Ansichten und eingewurzelten Gewohnheiten. Der beste Kenner der sozialistischen Jugendbewegung, Heinrich Schulz, sprach in Kassel mit Recht noch von einer gewissen Ziellosigkeit der Jungsozialisten:

»Was sie wollen, ist im einzelnen vielleicht noch nicht klar. Das schadet auch nichts. Es handelt sich um eine neue Bewegung und um junge Männer, die selbst noch dabei sind ihr eigenes Ich zu suchen. Diese Bewegung ist übrigens keineswegs auf die Partei beschränkt. Durch die junge Schicht aller Bevölkerungskreise geht eine neue Sehnsucht, ein neues Wollen. Diese jungen Männer sind durch den Krieg gegangen, sie haben eine alte Welt zusammenbrechen sehen und haben Grauzen geboren. In diesem Übergangsstadium sagen die einen: Weg mit allen Parteien, sie haben alle versagt, schließt euch zu neutralen Organisationen zusammen! Die anderen aber sagen: Nur in der Weltrevolution, die ihre Gebote aus Moskau bekommt, ruht das Heil! Diesen Lockungen von rechts und links gegenüber haben unsere Jungsozialisten den ersten Wunsch ihre Sehnsucht und ihr Hoffen fest im Mutterboden der Partei Wurzel fassen zu lassen.«

Die katastrophalen Ausbrüche irrationaler, elementarer Leidenschaften und die explosiven Wirkungen übergewaltiger Massenwillensaktionen im Weltkrieg hatten die jungen Leute an der Existenz einer regelnden menschlichen Vernunft zweifeln lassen. In der Sozialdemokratie war aber alles auf rationell ordnende Mächte eingestellt. Fast gesetzmäßig schwollen durch klar überlegte Aktionen die Wahlziffern der Partei an, bauten sich die von einer kühl rechnenden Vernunft geleiteten Machtverbände aus. Ein streng geschäftsmäßiger, kühl verständiger Zug war in die sozialdemokratische Bewegung gekommen. Jede Phase der gesellschaftlichen Entwicklung schien bei dem ja "wissenschaftlich" erkannten Walten der ökonomischen Triebkräfte vorherbestimmbar zu sein. Ganz "wissenschaftlich" war der Sozialismus geworden. Wer konnte an der Allmacht der Vernunftkenntnis noch rütteln, nachdem man bereits den streng notwendigen Eintritt der künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung wissenschaftlich bewiesen hatte? Ein wahrer Kultus wurde in bestimmten sozialdemokratischen Kreisen mit dem Wort Wissenschaft getrieben. Die Lösung aller Welträtsel war der Wissenschaft angedichtet worden. Wagte sich die subjektive Phantasie schüchtern mit irgendeiner Eingebung hervor, so wurde sie an die objektiven Ergebnisse der Wissenschaft gemahnt und derb wegen ihrer utopistischen Schrullen und Launen gerüffelt. Der äußere Parteibetrieb vollzog sich oft mit fast stim-

mungsloser, bürokratischer Genauigkeit. Die Beiträge liefen ein und wurden ordnungsmäßig verrechnet. Die Tagesordnungen der Versammlung wurden pflichtgemäß bis auf den letzten Punkt heruntergearbeitet. Nur selten rauschten die Töne einer hingebenden Begeisterung, eines starken ethischen Gefühls durch die schmucklosen, von Tabaksqualm und Bierdunst erfüllten Versammlungssäle. Wahrlich, nicht viel mitreißende, werbende Kraft ging häufig von sozialdemokratischen Parteiversammlungen aus. Der Durchschnittssozialdemokrat las seine Parteizeitung und erfüllte treu seine Parteiverpflichtungen. Aber darüber hinaus blieb er ein gewöhnliches Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft. Er kleidete sich nicht nur äußerlich wie der Bürger, nein, er trug auch oft geistig dessen Kostüm. Die Torheiten und Geschmacklosigkeiten der bürgerlichen Umgangs- und Geselligkeitsformen nahen der ökonomisch aufstrebende Arbeiter vielfach an. Eine neue, geläuterte Geselligkeit, die sich von den rohen Trinksitten und den kulturlosen Eßgebräuchen des Bürgertums fernhielt, kam in den Kreisen der älteren sozialdemokratischen Parteigenossen meist nicht auf. Die Genossen schleppten in ihren Familien die althergebrachten kirchlichen Festlichkeiten der Taufe, der Einsegnung, der Trauung usw. noch fort, obwohl diese für sie religiös ganz inhaltslos geworden waren. Es fehlte ihnen an der inneren Wahrhaftigkeit äußerlich mit einem Kultus zu brechen, der ihrem Denken und auch ihrem Empfinden fremd geworden war. Die Genossen waren wohl politisch in ihrer äußeren Stellungnahme zum Staat Sozialdemokraten geworden, in ihrer ganzen Weltanschauung und Lebensführung blieben sie jedoch vielfach Bürger.

Da brach die Götterdämmerung des Weltkriegs und der ost- und mitteleuropäischen Revolution an. Nicht nur die alten Herrgötter des Bürgertums gingen unter, auch viele Halbgötter des Proletariats. Die flammende Lohe der großen Weltkatastrophe sengte die Hüllen und Gewänder herunter, in die Bürger und Proletarier ihr Bresthaftes, ihr Allzumenschliches gehüllt hatten. Das grauenvoll dämonische Moment, das der allweisen, aber ach so alt und grau gewordenen rechnerischen Vernunft in dem Höllenlärm blutigen Weltenschlachtens widersprach, zeigte den denkenden und empfindenden Menschen, wie schwach in dem feurigen Rot der Kriegsbrände das Dreierlichtchen vernünftiger menschlicher Überlegung und Zweckhaftigkeit leuchtete.

Die junge sozialistische Generation wurde irre an der bloßen "Vernunft", an dem verstandesmäßig-nüchternen Gebaren der Sozialdemokratischen Partei, an der inneren und äußeren Lebensführung der Genossen. Am 1. Januar 1921 stellte die Jungsozialistentagung in Kiel diese Leitsätze auf:

»1. Die den Arbeiterjugendvereinen entwachsenen Parteigenossinnen und -genossen können ihrer ganzen seelischen Einstellung nach nicht ohne weiteres den Schritt zur allgemeinen Arbeiterbewegung machen, denn diese ist in ihrem inneren und äußeren Leben so einseitig verstandesmäßig und materialistisch gerichtet, daß sie die in der Jugend vorhandenen und durch den Krieg neubelebten irrationalen Regungen nicht befriedigen kann. Daher schließen sie sich zu besonderen jungsozialistischen Gemeinschaften innerhalb der Partei zusammen, ohne zu verkennen, daß auch ihr Wirken der einigen Partei und den Gewerkschaften als den eigentlichen Kampfgemeinschaften des Proletariats gilt, die sie mit neuem Leben füllen und zu höherer sozialistischer Tatkraft führen wollen.

2. Die Jungsozialisten wollen ihr Leben in Aufrichtigkeit und Verantwortlichkeit vor sich und der Gemeinschaft gestalten. Daraus entnehmen sie auch die Verpflichtung mit besonderer Eindringlichkeit sich der Erringung wissenschaftlicher Erkenntnis des Sozialismus zu widmen.

3. Aus den jungsozialistischen Gemeinschaften sollen Menschen hervorgehen, die sich ständig bewußt bleiben, daß der Sozialismus erst mit der Beseitigung des wirtschaftlichen Kapitalismus möglich wird, die jedoch in sich die Kulturidee des Sozialismus ständig rein erhalten und unter Einsetzung ihrer ganzen Persönlichkeit um sich verbreiten.«

Diese Leitsätze scheinen mir wahrheitsgetreu die in der jungsozialistischen Bewegung arbeitenden Ideen zum Ausdruck zu bringen. Die Jungsozialisten bewerten die irrationalen Kräfte, die Gefühls- und Willenskräfte anders als die alten im Parteikampf ergrauten Genossen. Sie sagen sich: Zum Sozialismus kommt nicht jeder durch die Erörterung politischer und wirtschaftlicher Fragen. Den Weg zum Sozialismus finden viele nicht durch die Wissenschaft. Der Jungsozialismus muß an den ganzen Menschen appellieren, an seine Phantasie, sein Gefühl und seinen Willen. Der Marxismus in seiner durchschnittlich parteimäßigen Aufmachung ergreift nicht die Seele des Menschen; er ist zu materiell und zu mechanisch gerichtet. Er betrachtet die soziale Frage im wesentlichen als Magenfrage, er umfaßt alle Nöte des materiellen Daseins, nicht aber die seelischen Nöte. Von innen heraus, von einer seelisch vertieften Menschlichkeit aus, ist das ganze Leben umzugestalten. Der sittliche Wille der Menschen ist bewußt zu erziehen und zu läutern. Gustav Haase /Hamburg/ steckt einmal in der Festschrift zur Bielefelder jungsozialistischen Tagung, auf deren Bedeutung hier seinerzeit nachdrücklich hingewiesen wurde, dieses hohe religiös-sittliche Ziel der jungsozialistischen Bewegung:

»Den ganzen Menschen wollen wir erfassen und neue Wege öffnen. Verstandesmäßig war bisher alle Einstellung, nur ein kleiner Bezirk des Menschen wurde erfaßt. Das persönliche Leben blieb unberührt und lebte ruhig in bürgerlichen Formen weiter. Meist nur das Interesse, das Klasseninteresse, verband den Proletarier. Was soll führen, wenn dieses Interesse gestillt ist, wenn die materiellen Bedürfnisse befriedigt sind? Wenn dann nicht der Sozialismus die ganze geistige Macht darstellt, die mit unwiderstehlicher sittlicher Gewalt die Menschen zu sich emporzieht, dann wird seine innere Armut ganz offenbar. Noch wird dieser Mangel verdeckt durch den Kampf um materielle Dinge, aber schon spüren die Besten seine Unzulänglichkeit. Nur eine Hingabe an all die tieferen Lebensmächte, wie sie Sittlichkeit, Kunst und Religion uns bieten, als bestimmende, führende Faktoren des Lebens, kann uns helfen. Innere Verbundenheit in neuem Lebensgefühl, Gestaltung des Lebens aus Verantwortung vor dem höheren Menschentum, Weltanschauung muß Sozialismus sein.«

Ganz religiös gerichtet ist der Jungsozialismus eines Karl Bröger, des Redakteurs der Jungsozialistischen Blätter. »Straßen zum Himmel« sucht er mit inbrünstiger Seele. Die Welt ist ihm gottbeseelt, ein Gottesdienst die Arbeit, die den Menschen, die Welt fromm machen wird. »Gott ist, Gott war, Gott bleibt die ernste Tat«, und »Gott wird schaffend nur geschaffen«. Ein großer Tempel ist ihm die tief innerlich zusammenhängende Menschheit:

»Bausteine Gottes,
Wandelnd auf irdischem Grund,
Sind alle,
Jeder nur Stein.
Keiner Tempel allein,
Jeder braucht alle andern,
Daß der Tempel sich fügt,
Hoch, weit, herrlich,
Von Orgelstimmen durchbraust.«

Der Jungsozialismus strebt von innen aus, von der Seele des geläuterten, veredelten Gemeinschaftsmenschen aus, eine grundstürzende Reform der

ganzen Lebensführung an. Johannes Schult /Hamburg/ gibt seinem Aufsatz in der genannten Festschrift den bezeichnenden Titel Der Sozialismus als neue Lebensgestaltung. Das ist ein förmliches Programm, das ist ein revolutionäres, dem bürgerlichen Philisterleben den grundsätzlichen Kampf ansagendes Programm. Es heißt da:

»Die heutigen Formen dieses Lebens sind oft genug barbarisch, gedankenlos, häßlich. Man denke an "Volks"fest, Lustbarkeiten. Den Festtagen im Jahre wird man einen Inhalt geben müssen, der aus der innersten Nötigung heutigen Lebens entspringt. Das selbe wird ja heute schon oft mit dem Sonntag gemacht. So war der Sonntag in den Zeiten, als unser Volk noch ein Bauernvolk war, natürlich ein Ruhetag, der der Beschaulichkeit nach schwerer Arbeit gewidmet wurde (Kirchgang, Kaffeeklatsch). Beim heutigen Achtstundentag hat er für den Lohnarbeiter und Angestellten eine ganz andere Bedeutung. Vielleicht wird es einmal als notwendig empfunden die freie Zeit wie Abende, Sonntage, Ferien usw. mit schaffender Arbeit zu füllen, zu der das Herz drängt, im Gegensatz zur oft unbefriedigenden Erwerbsarbeit. Schon zeigen sich in manchen Kreisen Ansätze eines neuen Kunsthandwerks, nicht als Erwerbsquelle sondern als freudig ernster Lebensausdruck zum Beschenken für sich und andere, als eine neue, individuelle Ausdruckskultur. Läßt das Erwerbsleben die feinen seelischen Kräfte des Menschen ungenutzt, so drängen sie in der freien Zeit machtvoll hervor. Ebenso ist es mit der sonstigen Lebenskultur, die an die Stelle geräuschvoller, gedankenloser, abschreckender Lustbarkeiten, die von kleinbürgerlichen und kapitalistischen Ausbeutern aus Gewinnsucht unterhalten werden, die von der Jugendbewegung kultivierten Formen setzt. Es muß die Zeit kommen, wo wir die Gastwirtschaften größtenteils entbehren können, wo wir aus eigenem Drang Gemeinschaftsräume für unsere Erholung errichten, die im Grundsatz den heutigen Jugendheimen und der ursprünglichen Bedeutung der Kirchen entsprechen.«

Der tief religiöse Glaube, daß der Mensch zum Höchsten und Größten bestimmt ist, offenbart sich in der jungsozialistischen Bewegung als eine gestaltende Kraft. Der Jungsozialismus sucht in dem jungen Menschen bewußt die seelischen Kräfte zu wecken und zu veredeln, seinen individuellen Willen vom bloßen Selbst abzulenken und zu einem schaffenden Gemeinschaftswillen zu formen. Der Jungsozialismus ist eine aktivistische, ethisch-sozialistische Bewegung.

WALT WHITMAN · EINER GEMEINEN DIRNE ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK

S EI vertraulich, sei ungezwungen mit mir. Ich bin Walt Whitman, vorurteilslos und lustvoll wie die Natur,
Nicht eher, als bis die Sonne dich ausschließt, schließ ich dich aus.
Nicht eher, als bis die Wasser sich weigern für dich zu glitzern, und die Blätter für dich zu rauschen, weigern sich meine Worte für dich zu glitzern und zu rauschen.

Mein Mädchen, ich komme mit dir überein und mach dir's zur Pflicht dich zu bereiten, um würdig zu sein mir zu begeben;
Und ich mach dir's zur Pflicht gut zu sein und vollkommen, wenn ich erscheine.
Bis dahin grüß ich dich mit vielsagendem Blick: daß du meiner nicht vergessest.

VICTOR ENGELHARDT · INDIVIDUUM UND GEMEINSCHAFT



ALLE geistige Bewegung der Gegenwart ist an der Spannung Individuum und Gemeinschaft orientiert.¹ Mit beiden Begriffen sind in logischer und in historischer Sphäre Endpole des Menschheitserlebnisses bezeichnet. Die Vergangenheit vollendete extremen Individualismus, die Zukunft muß Gemeinschaft bringen. Auf dem Weg zu ihr sind Kompromisse der Ausdruck des Suchens. Hinter dem kommenden "extremen Kollektivismus" aber steht eine Aufgabe, die formal manche Ähnlichkeit mit den Versöhnungsversuchen hat; sie heißt Synthese von Individuum und Gemeinschaft. Wer wagt bei formaler Ähnlichkeit zu entscheiden, daß wir es heute erst mit Kompromissen zu tun haben, nicht mit erlösenden Synthesen? Wertgefühle sind auf diesem Gebiet alles, denn logische Beweise sind der Geschichte nicht bekannt. Wertgefühle sagen, daß die heutigen Versuche Individuum und Gemeinschaft im religiösen oder philosophischen Erleben zusammenzubringen, trotz aller Schönheit, noch nicht die Kraft einer klassischen, in sich vollendeten Epoche entfalten. Übergang ist heute alles; nicht letzte, zusammenfassende Tat, die gleichmäßig über allem Vergangenen steht. Ja, selbst wenn uns die "versöhnenden" Gedanken so hinrissen, daß wir sie für höchste Vollendung ansehen möchten, müßten wir doch auf Größeres warten. Denn die Geschichte der Tage hat das zweite Extrem, die "Gemeinschaft", noch nicht bis zur Neige gekostet.

Mag die historische Lösung noch in weiter Ferne liegen, ihre Grundbedeutung ist darum doch nicht verborgen. Alle Sehnsucht unserer Tage schreit sie hinaus. Man hat das Wort Einheitskultur geformt.² Es trifft den Kern. Disharmonieen sind in Einheit aufzulösen. Aber nicht, indem man sich an vergangene Harmonieen hält. Das "Mittelalter" ist für europäische Kultur ebenso unwiederbringlich dahin wie die Jugend für einen reifen Mann. Die Kultureinheit der Zukunft muß mit den Gewalten ihrer eigenen Gegenwart rechnen. Sie heißen, im Gegensatz zum Handwerk des Mittelalters, Technik und Industrie. Der Proletarier ist mit seiner Arbeit ein Glied in diesem technisch-industriellen Produktionsprozeß. Die technische Produktion aber führt zu einer Antinomie, die der Spannung zwischen Individuum und Gemeinschaft parallel läuft: zur Antinomie von Freiheit und sozialer Gebundenheit. Freiheit ist das notwendige Korrelat zur zielstrebigem, zweckbewußten Tätigkeit des Technikers; die starke soziale Gebundenheit Folge solchen zielstrebigem Tuns. Eine Lösung der Antinomie ist in rein technischer Sphäre nicht möglich. Aus dem technischen wird ein ethisches Problem. Als solches ist es im Menschen verwurzelt.³

Liegt die geistige Spannung unserer Kultur aber in den dem Begriff Mensch inwohnenden Problemen, so kann die Lösung nur in menschlich geistiger Sphäre gesucht werden. Liegt insbesondere die Grundursache der Spannung in der Entwicklung unserer technischen Kultur, so dürften wir der Lösung jener Spannung am nächsten kommen, wenn wir in der technischen Sphäre

1) Siehe dazu die Rundschau *Geistige Bewegung*, in den Sozialistischen Monatsheften 1921 II Seite 1128 ff., 1922 I Seite 309 ff., 1922 II Seite 673 ff.

2) Siehe die Rundschau *Geistige Bewegung*, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 I Seite 422 ff.

3) Siehe *Engelhardt Technik und soziale Ethik*, in den Sozialistischen Monatsheften 1921 I Seite 481 ff., und *Weltanschauung und Technik* /Leipzig 1922/.

den Punkt aufsuchen, in dem Individuum und Gemeinschaft zusammenstoßen. In diesem Punkt aber treffen wir auf die *Berufsarbeit* des Proletariats. Im Beruf verschmilzt das Individuum mit der Gemeinschaft. Es trägt durch seine Arbeit den sozialen Notwendigkeiten Rechnung. Nie und nimmer kann aber die verstandesmäßige Erkenntnis dieser sozialen Notwendigkeit letztes Motiv des Handelns sein. Höchst selten wird zum Beispiel Arbeitswille oder gar Arbeitsfreude aus dieser Erkenntnis entspringen. "Wille" und "Freude" gehören in die irrationalen Gebiete der Seele. Sie müssen von irrationalen Kräften aufgeweckt werden. Solche Überlegung führt uns die praktische Seite des aufgerollten Kulturproblems, dessen allgemeine Bedeutung evident ist, recht eindringlich vor Augen.

Gegeben sind Individuen und ihre soziale Gesamtheit. Aus dieser entspringen die sozialen Notwendigkeiten, die das Leben des Individuums bestimmen. Als soziale Notwendigkeiten an sich vermögen sie das Individuum niemals zu leiten. Eine Umprägung in individuelle Motive ist nötig, da nur Individuelles sich im Individuum auswirken kann. Ein Bild erläutere das. Das Individuum steht nicht nur in der Gesellschaft, es steht auch in der Natur, im Raum. Es hat sein Handeln den natürlichen räumlichen Notwendigkeiten anzupassen. Abstrakte Erkenntnis dieser räumlichen Notwendigkeiten, das heißt Geometrie, wird nur bei gewissen umfassenden Aufgaben oder in ganz speziellen Fällen das Handeln motivieren. Im täglichen Leben sind kürzere Wege zum Individuum nötig. Sie gehen durch die Sinne des Menschen, zum Beispiel durch seine Augen. Sinnliche (optische) Wahrnehmung wird zum täglichen Führer durch die räumliche Notwendigkeit. Ganz ebenso werden wir einen täglichen Führer durch die gesellschaftliche Notwendigkeit brauchen. Abstrakte Erkenntnis der Zusammenhänge kann nur bei umfassenden Aufgaben oder in ganz speziellen Fällen wirken. Im täglichen Leben sind auch hier kürzere Wege zum Individuum nötig, den Wegen durch die Sinne analog. Ebenso wenig wie die individuelle sinnliche Wahrnehmung mit der äußern räumlichen Notwendigkeit identisch ist, werden die individuellen Motive des sozialen Handelns mit dem sozialen Zwang identisch sein. Sie sind nichts anderes als die im Individuum liegenden Angriffspunkte, die die soziale Notwendigkeit braucht, um die Individuen zu leiten; genau so wie die Sinne Angriffspunkte für die räumliche Notwendigkeit darstellen.

Der Zusammenhang der individuellen Motive (oft werden sie als Triebe erscheinen) mit den sozialen Notwendigkeiten wird dem einzelnen meist nicht bewußt: ganz in Analogie zum Sehakt, dessen Zusammenhang mit den Gesetzen des Raums für gewöhnlich nicht über die Schwelle des Bewußtseins tritt. Daher werden die Triebe oft mit Namen benannt, die keine Verwandtschaft mit dem sozialen Ursprung der Triebe andeuten. Das Kunstwerk beispielsweise, die Schöpfung des Künstlers, wird durch Fertigstellung in der Werkstatt noch nicht zum Kunstwerk im sozialen Sinn. Um vollständig zu sein, braucht es aufnehmende Betrachter. Bleibt das Kunstwerk dem Beschauer auf immer verborgen, und nennen wir es trotzdem Kunstwerk, so doch nur, weil wir mit der Möglichkeit eines Zusammentreffens mit dem Betrachter operieren. Jedenfalls hat diese Möglichkeit bei der Entstehung des Kunstwerks eine Rolle gespielt, denn aller Stil und alle Werkstatttradition enthalten die Wirkung solchen Wechselspiels mit dem Betrachter in sich. Kurzum, nur durch seine soziale Seite wird das Kunstwerk zum Kunst-

werk. Könnte die abstrakte Erkenntnis dieser sozialen Seite das Handeln des Künstlers irgendwie vorwärtstreibend bestimmen? Schwerlich. Und doch muß die soziale Notwendigkeit auf den Künstler einwirken, soll er wahrhaftige Kunstwerke in sozialem Sinn schaffen. Wo ist nun der Angriffspunkt, den die soziale Notwendigkeit hier im Individuum findet? Sie liegt in den auf die Öffentlichkeit gerichteten, völlig irrationalen Trieben des Künstlers; zum Beispiel in seiner Ruhmsucht. Auch die sozial notwendige Berufsarbeit wird nicht von abstrakter Erkenntnis sondern von triebartigen Motiven geleitet werden, die durchaus individuelle Färbung tragen. Diese Motive sind aufzudecken. Hat man ihre Fülle in Händen, so wird man sehr bald erkennen, daß die dahinterstehende soziale Notwendigkeit mehr oder minder verborgen erscheint. Der Künstler zum Beispiel, der von Ruhmsucht getrieben wird, läßt sich von Motiven leiten, die die sozialen Ansprüche an den Künstler ziemlich klar durchblicken lassen. Beim Künstler dagegen, der nur im Broterwerb schafft, ist der Zusammenhang mit der Gesamtheit ganz aus dem Gebiet des künstlerischen Schaffens gerückt. Die Triebe des ersten sind daher, vom künstlerischen Bedürfnis der Gesamtheit aus betrachtet, höher zu werten als die des zweiten. Gibt aber die Klarheit, mit der sich das soziale Bedürfnis in den irrationalen Trieben widerspiegelt, eine Möglichkeit der Wertung, so ist ein Ansatzpunkt gegeben, von dem aus nunmehr versucht werden kann die Arbeitsmotive im Sinn einer zukünftigen Sozialordnung zu reinigen und zu leiten.

Die erhoffte Harmonie neuer Kultureinheit ist nur zu erreichen, wenn die Motive des Handelns im eben erwähnten Sinn als "rein" oder "wertvoll" bezeichnet werden können. Im Handwerk war das der Fall. Die "Freude am Schaffen", die "Freude am Werk" war individuelle Ausprägung sozialer Notwendigkeit in sozial wertvoller Form. Der industriell-kapitalistische Arbeitsprozeß zerstörte das Handwerk und damit die in ihm liegende triebhafte Verbindung zwischen Individuum und Gemeinschaft. Gleichwertiges vermochte er bislang nicht an seine Stelle zu setzen. Der tierisch primitivste Trieb der Selbsterhaltung blieb allein, um das Individuum an sozial notwendige Arbeit zu ketten. Das bittere Schicksal des vergangenen Jahrhunderts war damit besiegt.

Die theoretische Betrachtung gewinnt an dieser Stelle eminent praktischen Wert. Zukunft ist das, was die Gegenwart schafft. Das Ziel, zu dem dieses Schaffen hinstreben muß, steht klar vor Augen. Durch Änderung des Menschen (durch pädagogischen Willen) und durch Veränderung des mechanischen Teils der Produktion (durch technischen Willen) ist der Produktionsprozeß aufs neue zu harmonisieren. Die Harmonie muß ebenso hochwertig sein wie die, die sich auf die Motive des vollendeten Handwerks stützte, und muß trotzdem den veränderten Arbeitsbedingungen Rechnung tragen. Mensch und Maschine müssen so werden, daß Motive den Menschen zu leiten vermögen (wohlgemerkt: fast im Unbewußten liegende Triebe), die sich hoch über tierischen Selbsterhaltungswillen erheben und eine ebenso reine Verkörperung des Gesamtwillens darstellen wie die einfache Freude am Gestalten des in sich vollendeten Werkes. Die Arbeit von Generationen ist mit dieser Aufgabe umschrieben: die Arbeit, die wir heute unter scheinbar ungünstigen Sternen beginnen.



HERMANN MATTUTAT · WANDERERFÜRSORGE



LÄNGST ist das alte handwerksmäßige Wanderburschenwesen verschwunden. Die Entwicklung des Kapitalismus hat diese wie so manche andere Einrichtung der sogenannten guten alten Zeit beseitigt. Was heute von Wanderern die Landstraße bevölkert, hat mit dem frühern Wanderburschentum nur noch wenig gemein. Neben fahrendem Volk und Arbeitslosen sind es überwiegend Leute, die wirtschaftlich entgleist oder aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden sind, die, ziellos von Ort zu Ort ziehend, nach einem Unterschlupf suchen, meistens ohne ihn zu finden. Für ihren Lebensunterhalt auf den Bettel angewiesen, werden diese Wanderer zur Landplage, die lebhaftesten Klagen aus allen Kreisen der Bevölkerung und das dringende Verlangen nach Abhilfemaßnahmen hervorruft.

Unter der alten handwerksmäßigen Produktionsweise war das Wandern der Gesellen eine allgemeine, durch die Zunftordnungen vorgeschriebene Einrichtung. Der junge ausgelernte Geselle mußte sich für eine bestimmte Zeit, in der Regel für 3 bis 6 Jahre, auf die Wanderschaft begeben, ehe er daran denken konnte sich als selbständiger Meister niederzulassen. Das Wandern der Gesellen wurde als notwendig angesehen, um eine Überfüllung des Berufs am Ort hintanzuhalten und die Ausbildung des jungen Handwerkers durch das Kennenlernen anderer Arbeitsmethoden zu vervollkommen. Erleichtert wurde dies dadurch, daß der Geselle überall da, wo er Zunftgenossen antraf, auf deren Unterstützung durch Unterkunft in einer Herberge, Nachweis von Arbeit oder Gewährung eines Reisegeschenks rechnen durfte. Daneben gehörte das Fechten um Geld oder Lebensmittel mit zum Handwerksbrauch. Um das Fechten der Handwerksburschen einzuschränken, ging man in manchen Gemeinden dazu über das Betteln streng zu verbieten und den durchziehenden Wanderern ein Ortsgeschenk zu verabreichen. Derartige Gemeinden waren den Wanderern gut bekannt, und diese scheuten oft selbst weite Umwege nicht, um in den Genuß des Ortsgeschenks zu kommen.

Die fortschreitende Entwicklung der kapitalistischen Produktion führte zum Zerfall des Zunftwesens. Das Wandern hörte damit nicht auf sondern blieb wegen der bald hier bald da auftretenden Arbeitslosigkeit für die beschäftigungslos Gewordenen eine Notwendigkeit. In einzelnen Berufen erhielten sich die alten zunftmäßigen Fürsorgegebräuche noch geraume Zeit, verschwanden aber nach und nach, so daß die Wanderer schließlich lediglich auf den Bettel und gelegentliche örtliche Unterstützungen angewiesen blieben. Ein Recht auf Arbeit wurde den arbeitslosen Wanderern nicht zuerkannt, die Pflicht zu einer Fürsorge von den Gemeinden und den staatlichen Behörden abgelehnt. So mußten die Wanderer oft in die bitterste Not geraten. Arbeitslos, sich selbst überlassen, blieb ihnen zur Fristung des Lebensunterhalts nur das Betteln übrig, das zur Bettlerplage ausarten mußte, weil Arbeitsnachweise nur an wenigen Orten bestanden, die Arbeitsvermittlung rein örtlich begrenzt war, und deshalb die Arbeitslosen plan- und ziellos auf gut Glück das Land durchstreifen mußten, um eine Arbeitsgelegenheit zu suchen. Es gehörte ein starker Charakter dazu, um bei dem oft monatelangen Herumziehen in ständiger Berührung mit recht zweifelhaften Elementen den moralischen Halt nicht zu verlieren; viele hatten diese

Widerstandskraft nicht und gingen im Landstreichertum unter. Gegen die überhandnehmende Belästigung durch den Bettel wußte man kein anderes Mittel als die Anwendung von Strafen und die Überweisung der mehrfach Bestraften an die Landespolizei, die sie bis zu 2 Jahren in ein Arbeitshaus stecken konnte. Moralisch gebessert ist von dort wohl selten ein Überwiesener entlassen worden. Hiermit waren die staatlichen Maßnahmen gegen die Landstreicherei und den Bettel erschöpft. Soweit man noch eine besondere Fürsorge für notwendig hielt, überließ man diese der privaten Wohltätigkeit. In der Hauptsache waren es konfessionelle Vereinigungen, die sich mit der Wandererfürsorge befaßten; ihre beschränkten Mittel gestatteten jedoch nur geringe Leistungen. Auf die Tätigkeit dieser Vereinigungen ist die Entstehung der Herbergen zur Heimat um die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurückzuführen, die den Wanderern für eine verhältnismäßig geringe Vergütung Unterkunft und Verpflegung boten. Später wurden die Herbergen in dem Deutschen Herbergverein zusammengefaßt. Die durch die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse bewirkte starke Vermehrung der Wanderer und die zahlreichen Klagen über das Bettelunwesen veranlaßten weitere Selbsthilfe. Es entstanden die Vereine gegen Hausbettelei, die ihren Mitgliedern verboten Gaben an Wanderer zu verabreichen und diesen dafür bestimmte Vereinsunterstützungen in Geld oder Naturalien gewährten. Da sich die Geldunterstützungen nicht bewährten, ging man bald allgemein zu Sachleistungen über, woraus sich die sogenannten Naturalverpflegungsstationen entwickelten. In diesen Stationen erhielten die Wanderer gegen eine gewisse Arbeitsleistung Obdach und Verpflegung für einen Tag. Die Verpflegungsstationen fanden verhältnismäßig rasche und starke Verbreitung; im Jahr 1890 waren in Deutschland bereits 1157 derartige Fürsorgestellen für Wanderer vorhanden. Sehr bald geriet aber die Bewegung ins Stocken und ging zurück, so daß im Jahr 1905 die Zahl der Naturalverpflegungsstationen auf 300 zusammengeschmolzen war. Zu diesem Rückgang trugen nicht nur die Wirtschaftslage, sondern auch die mangelhaften Leistungen dieser Stellen bei. Die Wanderer zogen es deshalb in der Regel vor den Stationen aus dem Weg zu gehen und ihren Unterhalt durch die Inanspruchnahme der Mildtätigkeit der Bevölkerung zu bestreiten. Günstiger lagen die Verhältnisse für die gewerkschaftlich organisierten Wanderer, die von ihren Gewerkschaften Reiseunterstützungen bezogen und mit dieser Beihilfe den notwendigsten Lebensunterhalt befriedigen konnten. Außerdem bot ihnen ein weitverzweigtes Netz von Gewerkschaftsherbergen Unterkommen, so daß sie sich nicht an die Naturalverpflegungsstationen zu wenden brauchten, solange die gewerkschaftliche Unterstützung nicht abgelaufen war. In einzelnen Ländern, wie in Württemberg, ging man dazu über die Naturalverpflegungsstationen zu kommunalisieren und deren Leistungen einheitlich festzusetzen. Aber auch in dieser Form blieben sie unzulänglich und vermochten den bestehenden Bedürfnissen nicht zu genügen. Diese Verhältnisse suchte der bekannte Pastor von Bodelschwing durch die Errichtung von Arbeitskolonien zu bessern. Von der durchaus richtigen Erkenntnis ausgehend, daß man arme Wanderer, die trotz redlichem Bemühen nirgends Arbeit finden, nicht dauernd von Station zu Station irren lassen dürfe, wenn sie nicht der Verwahrlosung anheimfallen sollten, beabsichtigte er den Wanderern in den Arbeitskolonien gegebenenfalls für längere Zeit ein Unterkommen zu bieten, bis sie wieder Gelegenheit zum

Wiedereintritt in das wirtschaftliche Leben erhielten und der fremden Hilfe entraten konnten. Die erste dieser Kolonien wurde im Jahr 1882 in Westfalen errichtet, ihr folgten bis zum Jahr 1884 noch 25 weitere ähnliche Anstalten mit insgesamt 3155 belegbaren Plätzen. Dann hatte aber auch das Interesse an den Arbeitskolonien ein Ende. Bei den Wanderern erfreuten sich die Arbeitskolonien keiner besondern Beliebtheit. Der dort herrschende Geist, die geringwertige Verpflegung, niedrige Entschädigung der Arbeitsleistung sowie die strenge Hausordnung, alles das stieß die Wanderer ab. Die Arbeitskolonien wurden deshalb in der Regel nur von solchen Wanderern aufgesucht, die völlig heruntergekommen waren, und denen sich ein anderes Unterkommen nirgends bot. Als Ergänzung der Arbeiterkolonien sind die Heimatkolonien anzusehen, deren erste 1886 in Düring bei Lochstedt mit 12 Kolonisten eröffnet wurde. Ihre Aufgabe sollte darin bestehen Arbeitskolonisten die Gelegenheit zur selbständigen landwirtschaftlichen Niederlassung zu gewähren.

Bodelschwingh war sich der Mängel der privaten Wandererfürsorge recht wohl bewußt, und seine Bemühungen waren deshalb auf eine gesetzliche Regelung gerichtet. Ein durch ihn in dieser Richtung veranlaßter Gesetzentwurf kam aber 1884 im preußischen Landtag infolge der Verständnislosigkeit der Mehrheit zu Fall. Schließlich zwangen die sich immer ungünstiger gestaltenden wirtschaftlichen Verhältnisse doch zu einem gesetzgeberischen Vorgehen. Das preußische Wanderarbeitsstättengesetz, das 1907 in Kraft trat, brachte leider keine wesentliche Besserung in der Wandererfürsorge, weil es nicht einmal eine einheitliche Regelung schuf und sich im übrigen damit begnügte die Arbeitsvermittlung in den Vordergrund zu stellen, die aber mangels einer genügenden Zahl von öffentlichen Arbeitsnachweisen nicht in dem erforderlichen Umfang wirksam werden konnte.

Etwas günstiger entwickelten sich die Verhältnisse in Württemberg, wo man, dem Vorgehen in Preußen folgend, im Jahr 1908 mit staatlicher Unterstützung einen Verein zur Förderung der Wanderarbeitsstätten gründete. Das Wirken dieses Vereins hatte zur Folge, daß bereits im folgenden Jahr 27 Wanderarbeitsstätten ihre Tätigkeit aufnehmen konnten, deren Zahl sich in den folgenden Jahren auf 40 vermehrte. Damit war fast für das ganze Land ein lückenloses Wanderarbeitsstättennetz geschaffen. In anderen deutschen Ländern ging man ähnlich vor. Die Tätigkeit der württembergischen, im wesentlichen auf Rechnung der Amtskörperschaften betriebenen Wanderarbeitsstätten ist einheitlich und stützt sich auf eine gemeinsame Wander- und Arbeitsordnung. Diese bestimmt, daß in den Wanderarbeitsstätten nur mittellose, arbeitsfähige, mindestens 16 Jahre alte männliche Personen aufgenommen werden dürfen, die außerhalb ihres Wohnorts Arbeit suchen. Die Aufnahme erfolgt nur gegen Ausweis eines Wanderscheins, der gegen Vorlage der Invalidenquittungskarte, eines Arbeitszeugnisses und einer Abmeldebescheinigung der Polizeibehörde des letzten Wohnorts des Aufnahmesuchenden ausgestellt wird. Auf jeder Wanderarbeitsstätte wird der Wanderschein gestempelt und damit bestätigt, daß sein Inhaber die letzte Wanderstrecke vorschriftsmäßig zurückgelegt, angebotene Arbeit nicht abgelehnt und die ihm zugewiesene Arbeit, meist Holzerkleinern oder Steineklopfen, ordnungsmäßig verrichtet hat. In der Wanderarbeitsstätte erhält der Wanderer Abendessen, Obdach, Frühstück und

Mittagessen, wofür er vormittags eine 3stündige Arbeit zu leisten hat. Kann ihm eine Beschäftigung am Ort der Wanderarbeitsstätte oder durch Vermittlung des Arbeitsnachweises nicht zugewiesen werden, so hat er nachmittags zur nächsten Wanderarbeitsstätte weiter zu wandern. Meist ist diese in einem Halbtagsmarsch erreichbar, bei weiteren Entfernungen wird gegebenenfalls freie Eisenbahnfahrt 4. Klasse gewährt. In der Regel stehen die Wanderarbeitsstätten mit einem öffentlichen Arbeitsnachweis in Verbindung, so daß dieser für die Zwecke der Arbeitsvermittlung benutzt werden kann. Neben den Wanderarbeitsstätten bestehen besondere Obdachloseneinrichtungen für die sogenannten ungeordneten Wanderer, die keinen Wanderschein besitzen. Auch hier werden den Wanderern Nachtlager und Verpflegung gewährt; die dafür zu verrichtende Arbeitsleistung ist aber auf 4 Stunden festgesetzt.

Die mit den Wanderarbeitsstätten gemachten Erfahrungen sind im allgemeinen nicht ungünstig. Klagen über die Beherbergung, Behandlung und Verpflegung werden nur selten erhoben. Ihre Inanspruchnahme war von Anfang an sehr stark. Bereits im 1. Vierteljahr ihres Bestehens beherbergten sie 27 361 Gäste, und ihre Zahl nahm in der Folgezeit ständig zu. Während des Krieges ließ diese Inanspruchnahme begreiflicherweise nach, stieg aber sofort mit seiner Beendigung wieder, so daß zum Beispiel im Jahr 1920 44 828 Wanderer aufgenommen werden mußten. Bei den 40 Obdachloseneinrichtungen stieg die Frequenz ebenfalls; in dem genannten Berichtsjahr hatte man 26 236 Wanderer mit 38 403 Verpflegungstagen. Daraus geht hervor, daß die Unterbringungs- und Verpflegungsverhältnisse bei beiden Einrichtungen annähernd gleich sind, weshalb es viele Wanderer unterlassen, sich um die Ausstellung eines Wanderscheins zu bemühen, der sie zwingt eine bestimmte Reiseroute einzuhalten. Die Errichtung der Wanderarbeitsstätten und Obdachloseneinrichtungen hat eine überraschend günstige Einwirkung auf die Strafrechtspflege ausgeübt. Die Strafanzeigen wegen Bettels und Landstreicherei wie auch die Haftvollstreckungskosten gingen beträchtlich zurück.

Die im Jahr 1913 geplante reichsrechtliche Regelung der Wandererfürsorge ist durch den Krieg und die ihm folgende staatliche und wirtschaftliche Umwälzung zum völligen Stillstand gekommen. Der damalige Entwurf sah neben der Errichtung von Wanderarbeitsstätten die Schaffung von Arbeiterheimen vor, die Wanderern, denen eine geeignete Arbeitsstelle nicht vermittelt werden konnte, für längere Zeit Aufenthalt, Verpflegung und Lohn gegen Arbeitsleistung gewähren sollten. Die Wanderarbeitsstätten, Arbeiterheime und öffentlichen Arbeitsnachweise sollten mit einander verbunden werden, und die Wandererfürsorge sollte eine Maßnahme nicht der Armenfürsorge sondern der Sozialpolitik sein. Als Leistungspflichtige waren die Bundesstaaten in Aussicht genommen. Nach Beendigung des Krieges hat es an Bemühungen die auf eine einheitliche Regelung der Wandererfürsorge gerichteten Bestrebungen wieder in Fluß zu bringen nicht gefehlt. Auf einer im Jahr 1921 in Stuttgart abgehaltenen Tagung wurde eine für das ganze Reichsgebiet geltende Wandererordnung vereinbart, die sich an die württembergischen und westfälischen Vorschriften anlehnt, aber wenig zu befriedigen vermag. Die Vereinbarung sucht das regellose Wandern einzudämmen, läßt dabei aber die Entwicklung der letzten Jahre unberücksichtigt.

Die Wandererfürsorge erfordert heute andere Mittel und muß deshalb auf einer rationellern Grundlage aufgebaut werden. Nach dem Ausbau und der Entwicklung des Arbeitsnachweiswesens wie der Erwerbslosenfürsorge kann das Wandern zum Aufsuchen der Arbeitsgelegenheit nur noch in beschränktem Umfang als Notwendigkeit anerkannt werden. Anzustreben ist es auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Das kann am zweckmäßigsten durch die Verbindung der Wandererfürsorge mit der Arbeitslosenversicherung erreicht werden, indem man die öffentlichen Arbeitsnachweise zu Trägern dieser Fürsorge macht. Diese müssen mit den entsprechenden Einrichtungen zur Unterbringung der Wanderer vereinigt werden, was durch die Angliederung der Wandererarbeitsstätten, Obdachlosenfürsorge, Verpflegungsstationen und Herbergen an die Arbeitsnachweise geschehen könnte. Außerdem sollte ihnen Gelegenheit geboten werden heruntergekommene Wanderer wieder mit Kleidern zu versehen, sie zur Arbeit anzuhalten und gegebenenfalls dazu zu erziehen, wozu die Schaffung besonderer Arbeiterheime oder ein diesem Zweck dienender Ausbau der Wandererarbeitsstätten erforderlich ist. Der heutige Wanderzwang würde damit aufhören können oder nur so weit notwendig sein als ihn der Antritt der nachgewiesenen Arbeitsstelle erfordert. Nicht zu umgehen ist, daß die Behandlung der Wanderer streng individualisiert wird, wobei zwischen Arbeitswilligen, Arbeitsfähigen, Gesunden und Arbeitsscheuen, Kranken, Gebrechlichen unterschieden werden muß.

Im allgemeinen lassen sich die Wanderer in 4 Gruppen zusammenfassen: 1. Arbeitsfähige, 2. Erwerbsbeschränkte, 3. Erwerbsunfähige, 4. Arbeitsscheue. Die arbeitsfähigen Wanderer sind heute überwiegend Personen, die entweder einen Anspruch auf Erwerbslosenfürsorge nicht haben oder ihn verloren, durch eigenes Verschulden Arbeitslose, entlassene Strafgefangene usw. Um diese Wanderer von der Landstraße zu entfernen, kommt in der Regel nur die Vermittlung geeigneter Beschäftigung in Betracht, was bei der zurzeit bestehenden starken Nachfrage nach Arbeitskräften keine besondere Mühe erfordert. Die Schwierigkeiten entstehen erst, wenn die Nachfrage nach Arbeitern nachläßt, die wirtschaftliche Konjunktur sich verschlechtert. In diesem Fall wäre die Schaffung von Arbeitsgelegenheit ins Auge zu fassen, die selbstverständlich möglichst produktiv sein muß. Die hierbei einzuschlagenden Wege werden durch die Erfahrungen mit der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewiesen. Bei den Erwerbsbeschränkten ist zwischen dauernder und vorübergehender Verminderung der Erwerbsfähigkeit zu unterscheiden. Für die dauernd Erwerbsbeschränkten ist ohne besondere Fürsorgeeinrichtungen gewerblicher und landwirtschaftlicher Art nicht auszukommen und die Errichtung von Werkstätten, Beschäftigungsanstalten für Erwerbsbeschränkte, Ausbildungsanstalten für Umschulungszwecke nicht zu umgehen. Erfahrungsgemäß findet nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der auf sich selbst angewiesenen Erwerbsbeschränkten in der Industrie oder bei sonstigen privaten Arbeitgebern ein Unterkommen. Wesentlich günstiger liegen die Verhältnisse bei den der öffentlichen Fürsorge unterstellten Erwerbsbeschränkten. Was in dieser Richtung erreicht werden kann, zeigt die Unterbringung der Kriegs- und Unfallschwerverletzten in der Industrie, die zur Beschäftigung der vermindert leistungsfähigen Arbeitskräfte teilweise vorzügliche und mustergültige Einrichtungen geschaffen hat. Auch bei Gemeinden sind vereinzelt derartige Einrichtungen vorhanden, die

sich durchaus gut bewähren. Ein weiterer Ausbau dieser Einrichtungen ist zu fordern. Soweit es sich um vorübergehend Erwerbsbeschränkte handelt, muß das Bestreben darauf gerichtet werden sie wieder erwerbsfähig zu machen. Mittel hierzu sind; die Einleitung entsprechender Heilbehandlung, Aufnahme in Erholungsstätten usw., womit in vielen Fällen ein Erfolg zu erzielen sein wird. Den arbeitsunfähigen Wanderern gegenüber sind die angeführten Abhilfemaßnahmen nicht anwendbar. Die Humanität gebietet aber sie ihrem jetzigen Schicksal zu entziehen, was nur durch ihre Übernahme in armenrechtliche Fürsorge erreichbar ist. In ihrer gegenwärtigen Form ist unsere Armengesetzgebung für diese Aufgabe wenig geeignet. Nach dem geltenden Armenrecht hat zwar jeder hilfsbedürftige Deutsche Anspruch auf den notdürftigen Unterhalt, aber auch nicht auf mehr, und das ist außerordentlich wenig. Es kommt hinzu, daß die Geltendmachung dieses Anspruchs mit Demütigungen verbunden ist, die zu ertragen große Überwindung erfordert. Viele werden aus diesem Grund zum Verzicht auf die armenrechtliche Fürsorge veranlaßt und ziehen ihr ein Vagantenleben vor, wobei sie früher oder später zugrunde gehen müssen. Diese Verhältnisse erfordern dringend eine Änderung durch zeitgemäße Erweiterung der Fürsorgeleistungen bei nachweisbarer Erwerbsunfähigkeit sowie Einräumung eines einfachen und schnellen Rechtsverfahrens ähnlich dem der Arbeiterversicherung. Bei einer derartigen Sonderung der Wanderer bliebe nur noch die nicht allzu große Zahl der Arbeitsscheuen übrig. Überwiegend kommen als solche psychisch belastete Personen in Betracht, von denen mancher durch geeignete Einwirkung und Behandlung wieder in geordnete Verhältnisse zurückzuführen ist; für die anderen bliebe nur der Arbeitszwang übrig, der aber seines strafrechtlichen Charakters entkleidet werden sollte.

Daß eine Reform der Wandererfürsorge nicht unerhebliche Kosten verursacht, muß zugegeben werden, und bei der finanziellen Lage des Reichs, der Länder und Gemeinden wird die Kostenfrage sehr ernstlich zu prüfen sein. Berücksichtigt man aber, daß die heutige unrationelle Wandererfürsorge ebenfalls große öffentliche und daneben nicht unbedeutende private Aufwendungen verursacht, dann können diese Kosten nicht schrecken. Wirtschaftlich dürfte das Reformergebnis sogar eine Verbilligung sein, weil auf diese Weise wertvolle Arbeitskräfte gewonnen und der Gesamtwirtschaft zu nutzbringender Verwendung zugeführt werden, während sie heute unproduktiv bleiben und doch erhalten werden müssen. Außerdem ist zu beachten, daß mit einer Reform der Wandererfürsorge die schweren moralischen Verluste in Wegfall kommen, die der Gesamtheit dadurch erwachsen, daß die Wanderer sich selbst überlassen bleiben. Die private Fürsorge hat die Wege gefunden und vorbereitet, auf denen die Gesetzgebung mit der Aussicht auf eine erfolversprechende Lösung des Wandererproblems weiter vorgehen kann. Werden die von der privaten Wandererfürsorge geschaffenen Grundlagen verständnisvoll benutzt, so braucht ihre heutige Organisation, besonders wo sich diese in den Händen der Gemeinden oder Kommunalverbände befindet, nur wenig abgeändert zu werden, und nur Ergänzungen werden hinzutreten müssen. Die Wandererfürsorge kann, ja muß nach wie vor in den Händen der Gemeinden und Kommunalverbände bleiben. Denn nur so können die dort auf diesem Gebiet gemachten Erfahrungen für den weitem Ausbau fruchtbringend verwertet werden.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Max Schippel

Markkurs

Die Valutaauflösung in Deutschland nahm im Januar gewaltig zu. Anfang

Februar meldeten die Zeitungen mit einer Art Galgenhumor, die deutsche Tagesproduktion an Papiergeld, bisher 15 Milliarden Mark, belaufe sich nunmehr auf 45 Milliarden, sei aber, wie man annehmen dürfe, bis Ende des Monats auf 125 Milliarden steigerungsfähig; hauptsächlich für die Lohnzahlungen werde man 10 000 Mark-Noten drucken, mehr nach oben zu hoffe man auf einen starken Bedarf an 100 000- und 200 000 Mark-Scheinen. Auch die Zahl der beschäftigten Druckereien und Papierfabriken wurde genauer mitgeteilt. Gleichzeitig griff natürlich die Flucht vor der Mark immer unaufhaltsamer um sich, und alles, was einen Schimmer von Wertstabilität an sich hatte, stieg in Kurs und Preis im Handumdrehen schier bis ins Ungemessene. Alle Verbote, Warnungen und Ermahnungen halfen hier nicht das Geringste mehr. Um das Festhalten der Devisen zu erschweren, sollen sie nach einem Schreiben des Reichsbankdirektoriums bei den mit der Reichsbank in enger Verbindung stehenden Banken nicht mehr als »Unterlage für Reichsmarkkredite« dienen. Aber der ausländische Geldwert ist doch nun einmal etwas anderes als die Reichspapiermark, und es ist schwer einzusehen, warum gerade die zweifelhafteren und anrüchigeren Kreditgeber den Vorzug haben sollen sich an ihn halten zu können. Man ereifert sich über die Überspekulation und das überhandnehmende Börsenspiel; Kurssteigerungen von 20 000 oder 30 000 % an einem Tag seien keine Seltenheit mehr. Aber die Börsenkreise wenden ein, daß die vollkommen wesensgleiche Umwertung der Werte schon längst im Warenhandel und in der Industrie sich vollziehe, und daß die Börse »leider gar zu lange auf sich warten ließ«. Verhindere man die angemessenere Bewertung von Aktien, das heißt Unternehmungsanteilen, so mache man es nur dem Ausland um so leichter die besten deutschen Industriepapiere für ein Butterbrot an sich zu bringen. »Für einen Anzug zahlt man heute eine Viertel Million Mark, für eine Aktie durchschnittlich ebensoviel oder eine Kleinigkeit mehr.« Bei längerfristigen Darlehen und

Anleihen wird, um den Gläubiger vor einer spätern Rückzahlung in entwertetem Geld zu sichern, die Anlehnung an einen Sachwert oder einen fremden Goldwert immer häufiger, auch seitens öffentlichrechtlicher Körperschaften. So legte Sachsen Anfang Februar eine Braunkohlenwertanleihe in Höhe von 250 000 Tonnen auf, die bereits am 2. Tag mehr als 12fach überzeichnet wurde. Aktiengesellschaften setzen mehr und mehr ihre Dividenden in Goldmark fest. Die Loslösung von der Papiermark zieht immer weitere Kreise. Ob die relative Steigerung des Markkurses, die jetzt in der 2. Woche des Februars durch eine, vom Reichskanzler und vom Reichsfinanzminister aus tagespolitischen Erwägungen heraus verlangte Aktion der Reichsbank auf dem Devisenmarkt bewirkt wurde, an dieser Tendenz im ganzen irgendetwas ändert, bleibt abzuwarten. Aber der so entstehende Zwitterzustand hat wiederum seine besonderen Nachteile und Gefahren.

Kreditnot

Für ein kurzichtiges Geschäftemachertum bot der bisherige Zustand Deutschlands gewöhnlich noch den einen leidlich passablen Ausweg, daß man das, was tatsächlich schon lange an normalen, in der Produktion wurzelnden Gewinnen ausblieb, aus der von Monat zu Monat und schließlich von Woche zu Woche anschwellenden Preiserhöhung des Erzeugnisses immer wieder herausholen konnte. Die weiterblickenden Unternehmer waren sich wohl über die wahre Lage der Dinge und den notwendigen katastrophalen Abschluß eines solchen Wirtschaftsgangs klar; aber der große Schwarm ließ sich gedankenlos von den Wellen der vorübergehenden und dennoch immer wieder sich erneuernden unnatürlichen Differenzgewinne tragen, so daß schon wegen des Mangels einer innern Einheit der Beteiligten jeder ernstere Anlauf zur Selbstbesinnung und Umkehr unterblieb. Allmählich jedoch ist die Preissteigerung so rapide geworden, daß es für die Unternehmungen immer schwieriger wird aus den rechnerischen Überschüssen der einen Periode die Auslagen für Rohstoffe, Produktionsmittel, Gehälter in der Folgezeit zu decken. Dieser Kapitals- und Geldmehrbedarf entpuppte sich mit jedem folgenden Monat als so ungeheuerlich, daß alle Anstrengungen der Banken (und sogar der Notenpresse) hier er-

lahmen und versagen. Schon seit September mußte man deshalb mit einem Bankkredit von 10 % rechnen; zu den 10prozentigen Zinsen trat aber gewöhnlich noch die Umsatzprovision von $\frac{1}{8}$ %, weiter in jedem Fall die Kreditprovision von mindestens $\frac{1}{2}$ % pro Monat, dazu kamen in besonderen Fällen die Spezialsätze. Dies alles hat sich dann von Monat zu Monat verschlimmert. Neben der unerträglichen Kreditanspannung läuft daher eine uferlose Flut von Kapitalserhöhungen. Die Effekten- und die Devisenspekulation an der Börse beanspruchten Unsummen, und zuletzt verschärften die Ruhrwirren die Geld- und Kreditnot. Große Geldbeträge sind nach dem Westen abgeflossen, ohne daß ein halbwegs ausgleichender Rückfluß stattfand.

Arbeitslosigkeit Unter diesen Voraussetzungen greifen Betriebseinschränkungen und Arbeitslosigkeit immer mehr um sich. Schon Anfang Dezember war das vom Reichsarbeitsblatt entworfene Bild der Wirtschaftslage recht niederschlagend für einzelne Produktionszweige. Im Tabakgewerbe war die »Absatzstockung namentlich in der Zigarren- und Zigarettensindustrie so groß, daß immer zahlreichere Unternehmungen den Betrieb einschränken oder stilllegen, und die Zahl der entlassenen Tabakarbeiter sehr stark zunimmt«. Wo Auslandsaufträge vorlagen, war die Zigarrenindustrie noch leidlich beschäftigt, »sonst werden aber überall der Beschäftigungsgrad und die Aussichten als schlecht bezeichnet, für Anfang des Jahres stehen zahlreiche Entlassungen bevor«. Die Schuhindustrie stand gleichfalls vor einem großen Konjunktumschlag: »Die außerordentlich hohen Rohstoff- und sonstigen Betriebskosten erschöpfen die Kapitalkraft der Unternehmer und treiben auch die Preise für die Fertigerzeugnisse so sehr in die Höhe, daß die Kaufkraft der Abnehmer immer mehr erlahmt; auch der Auslandsabsatz geht zurück.« Die düstersten Nachrichten kamen jedoch schon damals aus den Textilgewerben: »Die Zurückhaltung des Handels und der Verbraucherkreise vom Bestellkauf hat sich auch im November gezeigt. Die Deckungseinkäufe, die durch die Notwendigkeit weiterer Preissteigerungen ausgelöst werden, beschränken sich möglichst auf greifbare Lagerware, die in letzter Zeit stärker zum Angebot kommt. Die Betriebe, deren ältere Auftragsbestände schwinden, versuchen zum Teil zur Lohnarbeit für ausländische

oder inländische Rechnung überzugehen. Nach Zeitungsmeldungen spinnen und weben bereits ganze Konzerne in Lohn für holländische und andere ausländische Firmen, die ihnen das Rohmaterial liefern. Den Auslandsabsatz erschwert die Annäherung der Gestehungskosten an die Weltmarktpreise immer mehr. Unter 173 000 Beschäftigten im Spinnstoffgewerbe waren 44 % gegen 55 % im Vormonat in gut, 30 % im November und im Vormonat in befriedigend und 24 % gegen 13 % im Oktober in schlecht beschäftigten Unternehmungen tätig. (Aussichten nur für 36 % als gut, für 32 % als schlecht bewertet.) Betriebseinschränkungen sind in verschiedenen Gebieten notwendig geworden. In erster Linie ist die Sonnabendsarbeit fallen gelassen; im Handelskammerbezirk Münster schränkten die Baumwollwebereien den Betrieb um 2 Tage in der Woche ein (wegen Kapitalknappheit), im München-Gladbacher Bezirk wird meist nur noch 32, zum Teil nur noch 24 Stunden gearbeitet, im Bezirk Bayreuth nur noch etwa 34 bis 36 Wochenstunden; in Augsburger Zwirnereien, Bielefelder und Lausitzer Leinwebereien wie in der Krefelder Seidenindustrie kam es zu Betriebseinschränkungen; im bergischen Land sind einzelne Firmen zu Betriebseinstellungen übergegangen, bei anderen stehen solche unmittelbar bevor.« Für Ende 1922 waren von den Mitgliedern des Textilarbeiterverbandes bereits 161 961 Kurzarbeiter und 20 246 vollkommen Arbeitslose. Im Schuhmacherverband waren von 118 000 Mitgliedern nicht weniger als 75 000 Kurzarbeiter und Erwerbslose. Auch im Fabrikarbeiterverband wurden bereits Ende 1922 67 000 Kurzarbeiter und 16 000 Erwerbslose gezählt. Alle diese Ziffern sind jedoch im neuen Jahr rasch überholt worden. Der reichsamtlliche Arbeitsmarktbericht für die Übergangswoche vom Januar zum Februar verzeichnet ein »Überangebot an Arbeitskräften aller Art« (mit Ausnahme der Melkerinnen) selbst für die Landwirtschaft; ferner eine »erhebliche Zunahme« der Arbeitslosenzahl in der Metallindustrie, die sich vorher mancher zunächst günstig wirkender Vorbedingungen erfreute. »Weitere Entlassungen erfolgten auch in der chemischen Industrie. Die Verschlechterung in der Textilindustrie zieht immer weitere Kreise. Im Buchbindereigewerbe erfolgten nur geringe Einstellungen von weiblichen Arbeitskräften. Unverändert schlecht blieb die Lage im Sattler- und Lederwarengewerbe. In der Holzindustrie

dürfte in nächster Zeit mit einer weiteren Verschlechterung des Arbeitsmarktes zu rechnen sein. Im Nahrungsmittel- und Genussmittelgewerbe fehlt namentlich für Bäcker und Fleischer fast jede Arbeitsgelegenheit. In der Süßwarenindustrie ist fast überall Kurzarbeit eingeführt. Die Zigarrenindustrie liegt still. Im Bekleidungs-gewerbe ist es zu weiteren Entlassungen von Schneidern gekommen. Für Schuhmacher ist die Lage trostlos. Unverändert schlecht blieb die Lage für Maler. Auch im Dachdecker-, Ofensetzer-, Steinsetzer- und Asphaltgewerbe ließ die Beschäftigungsmöglichkeit erheblich nach. Im Handelsgewerbe wurden nur wenige, jüngere Arbeitskräfte verlangt. Im Gastwirts-gewerbe ging die Vermittlungstätigkeit weiter zurück. Für Ungelernte lag fast keine Unterbringungsmöglichkeit vor.«

Rohstoffpreise Anfang Februar trat wieder einmal ein Tiefpunkt der Reichsmark ein (1 Pfund Sterling am 5. Februar über 198 000 Mark, 1 Dollar über 42 000 Mark). Es seien die entsprechend aufgeblähten Preise einiger der wesentlichsten Rohstoffe und Halbfabrikate angeführt. Kupfer notierte man vor dem Krieg, 1904 bis 1913, pro Doppelzentner, je nach den stilleren oder belebteren Geschäftsjahren, mit 125 bis noch nicht 190 Mark; Anfang Februar 1923 stand es pro Kilo (!) auf über 10 000 bis 13 000 Mark. Blei erreichte nur 1907 und 1913 knapp 40 Mark pro Doppelzentner; Anfang Februar zahlte man pro Kilo 4800 bis 5000 Mark. Zink überschritt nur 1905 und 1906 und dann abermals 1911 und 1912 die 50 Mark-Linie pro Doppelzentner; neuerdings klomm es auf 6000 bis 7500 Mark pro Kilo empor. Zinn galt als außerordentlich verteuert, als es 1912-1913 mehr als 400 Mark pro Doppelzentner kostete; Anfang Februar 1923 zahlte man 34- bis 36 500 Mark, immer wieder pro Kilo. Middling Amerika-Baumwolle erhielt man in Bremen den Zentner für 97,2 Mark, im kritischen Jahr 1910 noch immer für 151,7 Mark; am 15. Januar 1923 mußte man pro Kilo (wir wagen gar nicht mehr von Zentnern und Doppelzentnern zu sprechen) 6960 Mark anlegen, am 31. Januar 22832 Mark. Für Wolle, Jute, Seide nennen die Markt-notierungen schon lange verschämt nur die Sterling- und Francpreise, und dabei (wie bei der Jute) finden sie auch gelegentlich den Mut wieder von Doppelzentnern auszugehen. Kaffee kostete 1904 bis 1913 im Hamburger und Bremer

Großhandel pro Doppelzentner 75 bis 161 Mark (alle die früheren Ziffern nach den Jahresdurchschnitten unserer Reichs-statistik). Am 5. Februar setzte der Verein der Kaffeegrößtöster und -händler den Verbraucherpreis für gerösteten Kaffee pro Pfund je nach Qualität auf 17 700 bis 20 160 Mark fest. Für die Wirtschafts- und Kulturgeschichte werden das einst Beispiele unbegreiflicher Abnormitäten des Völkerlebens sein, mit denen die Assignatenwirtschaft der französischen Revolutionszeit in keiner Weise verglichen werden kann.

Informations-mittel Das Internationale Arbeits-amt in Genf hat in seinem Verlag das *Internationale*

Arbeitsjahrbuch von neuem (für 1922) erscheinen lassen, mit sofort ersichtlichen großen Fortschritten gegen das Vorjahr. Die Arbeitgeber- und Arbeiter-organisationen, die Genossenschaften, die Organisationen geistiger Arbeiter, ferner der Kriegsinvaliden und Kriegsteilnehmer, endlich alle für soziale Fragen in Betracht kommenden internationalen und nationalen Regierungsstellen (in diesem Fall auch nach ihrer personalen Zusammensetzung und ihren Aufgaben) werden hier nach Art eines erweiterten Adreß-buchs verzeichnet und kurz charakterisiert.

Von der *Wirtschaftskurve mit Index-zahlen* der Frankfurter Zeitung /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/, der bekannten Zusammenstellung von statistischen Angaben und Berechnungen über Preise, Löhne, Valuten, Bankausweise, Produktions- und Verkehrsergebnisse, Staatsfinanzen, Arbeitsleistungen, Arbeitslosigkeit, begann soeben der 2. Jahrgang zu erscheinen. Zahlreiche, zum Teil farbige Kurven und Schaubilder erleichtern die Orientierung.

Die Ministerialräte im Reichsministerium für Wiederaufbau Julius Ruppel und Albert Cuntze veröffentlichten unter dem Titel *Die Reparations-sachleistungen* /Berlin, Verlag für Politik und Wirtschaft/ einen Kommentar zu dem Wiesbadener, dem Cuntze-Bemelmans- und dem Ruppel-Gillet-Abkommen. Der 1. Teil bietet eine systematische Übersicht, die in 3 Abschnitten die Lieferungsverpflichtungen, die Lieferungsverfahren und die Höhe und Verrechnung der Lieferungen zergliedert; im 2. Teil werden die Texte der den Friedensvertrag ergänzenden Abkommen über die Reparations-sachleistungen abgedruckt und durch Anmerkungen erläutert.

Ohne jede politische Zielsetzung, mit einem reichen statistischen Material ausgerüstet, zergliedert Siegmund Schilder in einem Heft der mit dem Deutschen Auswärtigen Amt in Verbindung stehenden Tagesfragen der Auslandswirtschaft /Leipzig, K. F. Koehler/ Österreichs Wirtschaftsverhältnisse. Als knapp gehaltenes Nachschlagewerk wie als unterrichtliche Übersicht ist das Büchlein gleich wertvoll.

Für weite Kreise des deutschen Handels und der deutschen Industrie als kurzes Handbuch bestimmt ist der Wirtschaftliche Wegweiser für Sowjetrußland /Berlin, Verlag für Politik und Wirtschaft/. Unternehmer, Ingenieure und ähnliche Kreise, die sich in Rußland betätigen wollen, finden hier Angaben über Organisation des Außenhandels, der Industrie, des Binnenhandels, des Verkehrs-, des Geld- und Bankwesens, über Reiseverhältnisse; sogar Entwürfe für Pachtverträge usw. sind mitgeteilt. Aber auch das Kapitel über die Arbeiterfrage ist lesenswert. Um den Interessenten eine Vorstellung von der tatsächlichen russischen Gegenwart zu geben, hat Ernst Fuckner, der Leiter der wirtschaftlichen Beratungsstelle des Osteuropainstituts in Breslau, Rußlands neue Wirtschaftspolitik bearbeitet /Leipzig, B. G. Teubner/. Die mit der Freigebung des Binnenhandels eingeleitete Entwicklung vom Kommunismus zum Kapitalismus ist hier sehr gut geschildert. Mehr ein flott geschriebener Reisebericht ist Fritz Schotthöfers Sowjetrußland im Umbau /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsbuchdruckerei/. Die Stellung des Verfassers ist gegen die bolschewistische Führung der russischen Wirtschaft nicht unfreundlich. Ganz Anklageschriften sind dagegen 2 Hefte des Dietzchen Verlags in Stuttgart: Die Hungersnot in der Ukraine, veröffentlicht vom Zentralkomitee der Ukrainischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und Der Arbeiter und Sowjetrußland, verfaßt von dem Mitglied des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Rußlands Th. Dan.

Von dem zusammenfassenden amtlichen statistischen Quellenwerk über Japan Financial and Economic Annual of Japan /Tokyo, Government Printing Office/ erschien der 21. Jahrgang, die Statistik für 1921 darbietend.

Totenliste

Am 15. Januar starb in Berlin Carl Paul Goerz, der Gründer der weltbekannten Optischen Anstalt C. P. Goerz. Er be-

gann 1886 sein Unternehmen damit, daß er ein Versandhaus von mathematischen Instrumenten einrichtete. Später entstanden die ersten Goerzobjektive, die sich bald so durchsetzten, daß schon am 24. Juni 1901 das 100000. Stück fertiggestellt wurde. Aus bescheidenen Anfängen ist so ein riesiges Werk entstanden, das außer dem Jenaer Zeißwerk kaum eine ebenbürtige Konkurrenz hat.

Am 17. Januar starb in dem schweizerischen Kurort Klosters der Inhaber des Warenhauses Hermann Tietz Oskar Tietz im Alter von 64 Jahren. Er gehörte schon zur 2. Generation dieser Warenhausgründerdynastie, die ihre Unternehmungen in Berlin wie in zahlreichen anderen deutschen Städten betreibt, war aber seit 4 Jahrzehnten ihre treibende Kraft.

Kurze Chronik Die Statistik des deutschen Außenhandels, für die bisher nur die Mengen (nicht die ohnehin recht willkürlichen Wertangaben) veröffentlicht sind, vervollständigt das oben skizzierte Bild des Verfalls und der Entkräftung (bei den Ausfuhrzahlen sind die Lieferungen auf Grund des Friedensvertrags, soweit sie sich aus den Ausfuhranmeldescheinen ersehen ließen, außer Ansatz geblieben). Ein Vergleich mit den Zahlen von 1913, die sich allerdings auf das damalige Wirtschaftsgebiet erstrecken (Einfuhr 728,3, Ausfuhr 737,1 Millionen Doppelzentner), zeigt, daß rein mengenmäßig die Einfuhr auf 63 %, die Ausfuhr auf 29 % der Vorkriegshöhe zurückgegangen ist. Läßt man Steinkohlen sowohl 1913 wie 1922 in Ein- und Ausfuhr ganz außer Betracht, so zeigt sich, daß die Einfuhr gegenüber 1913 um 47 %, die Ausfuhr um 58 % zurückgegangen ist. ◊ Von den 213 Straßenbahnbetrieben Deutschlands waren Anfang Februar 1923 bereits mehr als 33 aus wirtschaftlichen Gründen stillgelegt worden. Die übrigen sind bis auf etwa 50 % der Friedensleistung zurückgegangen. Wie weit die Not dieser Unternehmungen fortgeschritten ist, zeigt die Möglichkeit der Stilllegung sogar bei der Stuttgarter Straßenbahn; der Verkehrsleistung nach steht diese Straßenbahn an 9. Stelle unter den deutschen Bahnen, sie galt als einer der bestgeleiteten Betriebe Deutschlands. ◊ Infolge des Verbots alkoholischer Getränke in Verbindung mit einer starken Ermäßigung des Zuckerpreises im Jahr 1921, die 1922 erst allmählich wieder einer Preiserhöhung wich, ist der Zuckerverbrauch in den Vereinigten Staaten rapid gewachsen. Insgesamt be-

lief sich der amerikanische Inlandsverbrauch für 1922 auf 11,2 Milliarden englische Pfund, was einem Konsum für den Kopf der Bevölkerung von rund 100 Pfund entspricht, gegen 92 Pfund im Jahr zuvor (deutscher Verbrauch: 17 bis 19 Kilo in den Jahren 1908 bis 1913).

Frauenbewegung / Meta Corssen

Uneheliche Mutterschaft Nach langen Auseinandersetzungen hat der deutsche Reichstag ein Initiativgesetz angenommen, das durch einen Zusatz zum Reichsbeamtengesetz bestimmt, daß in der Tatsache der unehelichen Mutterschaft allein kein Grund zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen eine Beamtin liegt. Ursprünglich war von sozialdemokratischer Seite ein dahingehender Antrag eingebracht worden, der, nachdem er im Haushaltsausschuß angenommen worden war, am 6. April im Plenum nach einer ausgedehnten Debatte, an der sich hauptsächlich Frauen beteiligten, mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien abgelehnt wurde. Die Frauen der Demokratischen Partei, die Führerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung, glaubten dem Antrag nicht zustimmen zu können, weil er ihnen die Ehe zu gefährden schien; sie wollten es den Beamtinnen zur Pflicht machen, für dieses Stück der sozialen Kultur, diese Ordnung, die besonders die Frauen schütze, und die in der Verfassung unter den Schutz des Staates gestellt ist, selbst mit persönlichen Opfern sich einzusetzen. Um aber diesen Standpunkt mit dem Grundsatz der gleichen Moral für beide Geschlechter, den die Frauenbewegung stets proklamiert hatte, in Einklang zu bringen, brachten sie einen eigenen Antrag ein, der verlangt, daß der Achtungsparagraph in gerechter Weise auf Mann und Frau angewendet und jeder einzelne Fall geprüft, und daß bei seiner Anwendung auf die uneheliche Mutterschaft der Artikel der Verfassung, der die Mutterschaft unter den Schutz und die Fürsorge des Staates stellt, berücksichtigt werde. (Wegen der Bezugnahme auf diesen Artikel wurde der demokratische Antrag dann von den weiter rechts stehenden Parteien abgelehnt.) Die Vertreterinnen der Frauenbewegung forderten also wirklich, was in dieser Rundschau (1921 II Seite 826 f.) als eine unmögliche Konsequenz der Stellungnahme der Beamtinnenverbände hingestellt wurde: daß auch die uneheliche Vaterschaft zum Disziplinarfall erklärt werde. Im weitern Verlauf der Verhandlungen hat man dann doch zu dem sozialdemokratischen Antrag zurückkehren müssen, so daß am 1. Juli 1922 das Gesetz verabschiedet wurde. Man kann kaum annehmen, daß die Urheberinnen des demokratischen Antrags sich nicht darüber klar gewesen sein sollten, daß dieser, selbst wenn er an-

Literatur

Auf den Verfall der produktiven Kräfte und die kurzsichtige »Aufzehrung der alten Reserven der Volkswirtschaft« führt *Siegfried Strakosch* in der fesselnden Schrift *Der Selbstmord eines Volkes* (Wien, Rikolaverlag/ den unaufhaltsamen Zusammenbruch Deutsch Österreichs (und die Tatsache, die seitdem eingetreten ist: daß das Land unter Kuratel des Völkerbundes gestellt wurde) zurück. Die Polemik gegen die »marxistische« Politik der Übergangszeit geht von ganz falschen Voraussetzungen aus; an der Darlegung der von der Linken seit der Revolution gemachten Fehler wird man leider vieles zutreffend finden müssen: »Gründlichste Einkehr, vollständige Umkehr ist unerlässlich. Will man sich dazu nicht ehrlich entschließen, dann wird das für die großen Massen nicht die Fortdauer sozialer und wirtschaftlicher Errungenschaften bedeuten sondern ganz anderes: den gänzlichen Zusammenbruch und das Herbeiführen einer Gewalt, die das für Österreich Lebenswichtige erzwingt. Ob der Auftakt dazu von oben oder von unten, von innen oder von außen kommt, letzten Endes wird eine Periode schmerzlichen Rückschritts, mühseligster Arbeit, kärglichster Existenzbedingungen eingeleitet werden.« \diamond Der fleißige Beobachter englischen und amerikanischen Wirtschaftslebens *Hermann Levy* schreibt über die Vereinigten Staaten von Amerika als Wirtschaftsmacht (Leipzig, B. G. Teubner/. Die einzelnen Kapitel behandeln das Gebiet und den Naturreichtum, die Bevölkerungsprobleme, die Landwirtschaft und Industrie, vor allem auch das Trustwesen, Außenhandel und Schifffahrt. \diamond Den Aufstieg der Erdölproduktion, den Kampf der verschiedenen internationalen Produktions- und Handelsgruppen, die frühere deutsche Beteiligung an diesen Entwicklungen und die heutige Stellung sowie die künftigen Aussichten des deutschen Kapitals inmitten dieses Ringens macht *Joseph Mendel* in den schon oben erwähnten Tagesfragen der Auslandswirtschaft (Leipzig, K. F. Koehler/ zum Gegenstand sehr eingehender, vor allem statistischer Untersuchungen.

genommen worden wäre, nicht mehr als eine inhaltlose Geste bedeutet hätte, daß die Prüfung des einzelnen Falls eben nur bei Frauen zu dem Resultat, die öffentliche Achtung sei verletzt, führen würde, daß also eine solche Bestimmung unter dem Schleier der Gerechtigkeit nur die alte doppelte Moral um so fester stabilisiert hätte. Wenn in der Begründung des Antrags so entschieden betont wurde, es solle nicht die uneheliche Mutter als solche von vornherein als unwürdig gestempelt werden, so begreift man nicht, weshalb dann doch in dem Antrag ausdrücklich die Anwendung des Achtungsparagraphen auf Fälle unehelicher Mutterschaft gefordert wurde. Um ein wirklich anstößiges und die öffentliche Achtung verletzendes Verhalten der Beamtin im allgemeinen einzudämmen, ist doch eine solche Bestimmung durchaus nicht erforderlich. Tatsächlich stellten sich hier die demokratischen Frauen auf den gleichen Standpunkt wie die konservativen, indem sie mit Gewalt Anschauungen aufrechterhalten wollten, deren Befolgung zu Härte und Ungerechtigkeit gegen ihr eigenes Geschlecht wie gegen die unehelichen Kinder führen muß. Wenn sie sich dabei auf die Verfassung beriefen und den Beamten zur Schirmung der Ehe verpflichteten wollten, so bedeutet diese Auslegung des Artikels 119 eine Fesselung der persönlichen Freiheit des Beamten, die in einer Zeit, wo alles im Wandel begriffen ist, als Absurdität erscheint. Mit dieser Begründung könnte einem Beamten auch verboten werden eine Ehe gesetzlich aufzulösen; denn zweifellos wirken auch häufige Ehescheidungen nicht im Sinn einer Festigung dieser »bisher höchsten Ordnung«. Es ist zwar kein logischer, aber ein gefühlsmäßiger Widerspruch die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung dieser Ordnung mit dem Hinweis darauf zu begründen, daß sie die Frauen schütze, und dann diejenigen Frauen, denen dieser Schutz versagt ist oder die auf ihn verzichten, ins Elend zu stoßen, statt über einen andern Schutz für sie nachzudenken. Auch ohne Disziplinierung bedeutet ein uneheliches Kind eine nicht geringe Belastung und bei den heutigen Anschauungen Ursache mancher Bitternisse, und man sollte glauben, daß die Vorkämpferinnen der Befreiung der Frau anderes zu tun hätten als durch Unterstützung dieser gesellschaftlichen Moralbegriffe, durch Anerkennung des Urteils, daß uneheliche Mutterschaft die »öffentliche Achtung« verletzt, diese Frauen zu allem

andern auch noch schwersten materiellen Nöten auszusetzen, weil sie sich in einem Fall, wo das einfache menschliche Gefühl so deutlich den Weg zeigt (die halben Zugeständnisse, die sie selbst machen, zeugen dafür), an das Dogma von der ausschließlichen Geltung der bürgerlichen Ehe klammern.

Freilich haben sie sich dabei auf Kundgebungen der Beamtinnen selbst stützen können, und nach der Annahme des Gesetzes hat sich die Arbeitsgemeinschaft der Verbände der deutschen Post- und Eisenbahnbeamtinnen, einschließlich der bayrischen und württembergischen, auf einem, aus diesem Anlaß einberufenen außerordentlichen Vertretertag nach gründlicher Aussprache entschieden und einstimmig gegen das Gesetz erklärt und seine sofortige Wiederaufhebung verlangt. Der Verband der Reichspost- und -telegraphenbeamtinnen richtete eine Eingabe an den Reichsrat, und dieser hat daraufhin gegen das Gesetz Einspruch erhoben. Die Verkehrsbeamtinnen empfinden nach ihrer Resolution das Gesetz als Vergewaltigung ihres Berufsstands, sie erblicken in ihm, solange die Besoldungsgesetze die verheiratete Beamtin gegenüber der unverheirateten, die verheiratete beamtete Mutter gegenüber der unehelichen benachteiligen, eine wirtschaftliche Prämie für den Verzicht auf die gesetzmäßige Eheschließung und prophezeien ihm verheerende Wirkungen. Es scheint also, daß diese Frauen den Schutz, den die Ehe der Mutter bietet, nicht sehr hoch einschätzen.

Allen diesen Äußerungen gegenüber mag darauf hingewiesen werden, daß doch auch unter den Beamtinnen selbst Stimmen laut werden, die sich gegen diese Bekundungen einer weiblichen Selbstgerechtigkeit und eines Mangels an Solidaritätsgefühl wenden. In einer Diskussion, die in der Rundschau für Kommunalbeamte am 27. August, 10., 17. und 24. September 1921 geführt wurde, äußern sich auch Frauen gegen die frühere Erklärung des Verbandes der Reichspost- und -telegraphenbeamtinnen (siehe diese Rundschau, 1921 II Seite 619), sie betonen, daß man der Kollegin, die es ohnehin nicht leicht habe, helfen müsse, daß man die Frau, die den Mut zur unehelichen Mutterschaft habe, achten solle. Ella Horn bezeichnet den Beschluß als herzlos und rückständig und protestiert energisch gegen die Vergewaltigung der persönlichen Freiheit, die ihm entsprechende gesetzliche Bestimmungen bedeuteten.

Schwangerschaftsunterbrechung

Eine lebhafte Diskussion bewegt sich seit längerer Zeit um die sozialdemokratischen Anträge, die eine Aufhebung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuchs, in denen die Abtreibung der Leibesfrucht mit Zuchthausstrafen belegt wird, fordern, vor allem um den der Mehrheitssozialisten, der die Straflosigkeit auf die ersten 3 Monate der Schwangerschaft beschränkt und die Hilfe eines approbierten Arztes voraussetzt. Schon vor 2½ Jahren ist die Forderung in dem Artikel Ludwig Quessels Die Straflosigkeit der Abtreibung, in den Sozialistischen Monatsheften 1920 II Seite 655 ff., erhoben und begründet worden. Ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei vom 23. Januar 1922 verlangte die völlige Streichung der Paragraphen und zugleich ausgedehnte Fürsorgemaßnahmen für Mütter und Kinder und für den Fall der Ablehnung das Gesetz, daß jede Schwangere die Unterbrechung durch einen staatlich beamteten Arzt in öffentlichen Anstalten unentgeltlich vornehmen zu lassen berechtigt ist, während es anderen Personen verboten ist den Eingriff zu machen. Die Neue Generation beschäftigt sich ausführlich mit dem Problem. In verschiedenen Abhandlungen wird vom ärztlichen wie vom juristischen Standpunkt eine Umformung der Gesetzesbestimmungen ähnlich wie in dem mehrheitssozialdemokratischen Antrag gefordert. Im Februar 1922 brachte das genannte Organ die Referate, die von Max Hirsch und Helene Stöcker in der Generalversammlung des Deutschen Bundes für Mutterchutz in Berlin, am 28. Oktober 1921, gehalten wurden, und die Resolution, die zugleich mit der grundsätzlichen, an bestimmte Voraussetzungen (Hilfe des Spezialarztes, Festsetzung des Zeitpunkts) geknüpften Aufhebung der Paragraphen die Einrichtung staatlicher Mütterberatungsstellen und eine großzügige soziale Gesetzgebung befürwortet. Die sozialistischen Anträge haben bei den Frauen der arbeitenden Bevölkerung, gegen die sich, wie fast allgemein zugegeben wird, die Strafbestimmungen allein richten, Zustimmung gefunden (siehe den Bericht der Freiheit vom 16. Februar 1921 über eine Wahlversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie, in der ein Vortrag über dieses Thema mit starkem Beifall aufgenommen wurde). Sonst bewahren die Frauen im allgemeinen ziemliche Zurückhaltung der Frage gegenüber; doch läßt die Äußerung einer Frau aus dem Mittelstand in einer Dis-

kussion in der Vossischen Zeitung vom 28. August 1921 erkennen, daß auch hier aus warmen mütterlichen Gefühl heraus die Abänderung der Strafbestimmungen gebilligt wird. Die offizielle Frauenbewegung dagegen verhält sich im Prinzip ablehnend. Der Bund deutscher Frauenvereine hat seine 1908 festgelegte Stellung zu der Frage, nach der Herabsetzung der Strafe, Abschaffung der Zuchthausstrafe und Straflosigkeit für einen ärztlichen Eingriff in Fällen, wo Leben und Gesundheit der Mutter bedroht, oder wo zu erwarten ist, daß das Kind körperlich und geistig schwer belastet ins Leben tritt, und in festgestellten Fällen von Vergewaltigung verlangt, noch nicht geändert. Eine einzelne Stimme, Camilla Jellinek (Die Vernichtung des keimenden Lebens und das Strafgesetz, in der Frauenfrage vom 16. Januar 1921) erkennt in dem von Quessel betonten Gesichtspunkt der persönlichen Freiheit der Frau die eigene Forderung der Frauenbewegung wieder, sonst aber werden von den Führerinnen, besonders den Ärztinnen, meistens Gegengründe geltend gemacht. Die Evangelische Frauenzeitung, das Organ des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes, erläßt einen feierlichen Aufruf zum Schutz des keimenden Lebens. In der Frau vom April 1921 begründet die Ärztin Hilde Adler ausführlich die Ablehnung der sozialistischen Anträge in ihrem Artikel Freigabe der Vernichtung des keimenden Lebens? Sie erkennt die Beweggründe, vor allem die wirtschaftliche Bedrängnis vieler Frauen, bis zu einem gewissen Grad an, glaubt dieser aber durch Ausdehnung der Notstandsbestimmung gerecht werden zu können und will die Bestrafung der Abtreibung grundsätzlich aufrechterhalten, weil die Freigabe eine gesetzliche Billigung der Vernichtung menschlichen Lebens bedeuten, das Rechtsbewußtsein verwirren und eine starke Bevölkerungsverminderung zur Folge haben würde, die unser nationales Interesse verbiete, und überdies einen zügellosen außerehelichen Geschlechtsverkehr begünstige. Eine der Urheberinnen des mehrheitssozialistischen Antrags, Clara Bohm-Schuch, führt in der Gleichheit vom 15. März 1921 aus, daß dem Antrag nicht die Absicht die Vernichtung des keimenden Lebens zu propagieren zugrunde liege. Man will freudige und verantwortungsbewußte Mütter, man will ihnen ihr höchstes und heiligstes Glück nicht durch barbarische Strafandrohungen aufzwingen, das elende Verhältnisse ihnen dann oft zur Qual

machen. Außerdem hat ja das Gesetz die Abtreibungen nicht verhindert. Seit 10 bis 15 Jahren hat in Deutschland die Zahl der Fälle, die zur Verurteilung kamen, um mehr als 100 % zugenommen; sie beläuft sich auf etwa 1100 jährlich; die Zahl aller vorkommenden Abtreibungen aber soll mehr als 1 Million betragen. In der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft führt der Arzt Ernst Hofstaedt, der selbst den Aufhebungsanträgen durchaus ablehnend gegenübersteht, an, daß die Kriminalitätsziffer der Aborte in Berlin auf 66 bis 89 % berechnet werde. Es ist reichlich oberflächlich demgegenüber, wie es auch in dem Adlerschen Artikel geschieht, darauf hinzuweisen, daß man die Strafe für Diebstahl wegen der nicht entdeckten Diebstähle auch nicht aufhebe. Die Zahlen stehen dort in einem ganz andern Verhältnis, weil, wie Camilla Jellinek sehr richtig hervorhebt, immer der Geschädigte an der Verfolgung interessiert ist, und während im allgemeinen Bewußtsein der Diebstahl durchaus als etwas Unrechtes gilt, ist es Tatsache, daß die Unterbrechung der Schwangerschaft in weiten Volkskreisen nicht als Verbrechen empfunden wird. (Wenn Adler sagt, die steigende Zahl der Delikte lasse sich aus dem wirtschaftlichen Druck und dem Schwinden der religiösen und sittlichen Hemmungen erklären, beweise aber nicht ein Mißverhältnis zwischen Strafgesetz und Rechtsempfinden des Volkes, so enthält ja eben der 1. Satz, was der 2. verneint; wenn die sittlichen Hemmungen gegenüber einer Tat in so starkem Maß schwinden, wird sie eben nicht mehr als unsittlich gefühlt.) Das Gesetz bewirkt nur, daß die Abtreibung in unsachgemäßer Weise und daher unter größter Gefahr ausgeführt wird. Es ist durchaus nicht gesagt, daß bei der Freigabe die Abtreibungen zunehmen würden, aber selbst wenn es geschähe: es mutet eigentümlich an die Forderung uneingeschränkter Geburten, der Unantastbarkeit des keimenden Lebens mit dem Staatsinteresse in einer Zeit zu begründen, wo der Staat massenweise entwickeltes Leben vernichtet hat und keineswegs in der Lage ist dem neuen in unbeschränktem Maß die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Hier ist es nicht unsozialistisch zu betonen, daß das menschliche Leben auch einen Selbstzweck hat, und daß es Gebiete des persönlichen Lebens gibt, in die der Staat nicht mit Zuchthausparagrafen eingreifen darf. Wenn der So-

zialismus auch die vorhandenen Kräfte für die Gesamtheit in Anspruch nimmt, so kann er doch nicht verlangen Leben zu schaffen, wo es sich nicht entfalten kann. Und in unserer heutigen Lage ist der Nation nicht mit einer Überzahl wenig leistungsfähiger Menschen gedient. Es ist kein Zufall, daß die Bewegung für Freiwilligkeit der Mutterschaft gerade in Österreich, wo der wirtschaftliche Druck am stärksten ist, so große Dimensionen angenommen hat (worüber die Arbeiterinnenzeitung verschiedentlich berichtete). Johann Ferch, der hier seit langem diese Ideen propagiert hat, betont in seiner Broschüre Kerker oder Zwangsmutterschaft/Wien, Wiener Volksbuchhandlung/ mit Recht, daß es nicht Verantwortungslosigkeit sondern erhöhtes Verantwortungsgefühl bedeute, wenn vor der Geburt der Kinder überlegt wird, was für ein Leben man ihnen verschaffen kann. Es ist festgestellt worden, daß prozentual nicht mehr uneheliche als eheliche Schwangerschaften unterbrochen werden, daß die Ziffer der Unterbrechungen mit zunehmender Dauer der Ehe steigt.

Bei der Befürchtung eines zügellosen Geschlechtsverkehrs, der Züchtung eines Frauentypus, der sich schrankenlos ausleben wolle, ohne Mutter werden zu müssen, in der Adler mit den katholischen und evangelischen Eiferern übereinstimmt, wird offenbar ganz vergessen, wie sehr man sonst von dem Muttertrieb, von der Sehnsucht nach dem Kind bei allen Frauen überzeugt ist. Man könnte fragen, ob solchen Frauen, die nur den Wunsch haben sich schrankenlos auszuleben und nur durch die Furcht vor dem Zuchthaus gehindert werden sich von ihrem Kind zu befreien, Kinder zu wünschen sind, oder richtiger: ob man Kindern eine solche Mutter wünschen soll. Für diejenigen, in denen der Trieb sich schrankenlos auszuleben nicht unbezwinglich ist, und in denen doch auch die Sehnsucht nach dem Kind noch schweigt, wird eine gewisse Hemmung ja außerdem in der mit dem Eingriff immer verbundenen Gefahr, die auch die Antragsteller durchaus zugeben, liegen, und vor allem wird eine Hemmung des Muttergefühls schwinden, wenn man den gesellschaftlichen Makel von der unehelichen Mutter und ihrem Kind nimmt. Heute treibt die Furcht vor Kindern viele Männer zum Prostitutionsverkehr; wo ist da das größere Verantwortungsgefühl? Eine reinere sexuelle Moral wird man nicht durch Kerkerstrafen erzwingen; Camilla Jellinek sagt sehr rich-

tig, daß dort, wo das staatliche Gesetz schweigt, sich die zarten Stimmen der Religion und der Sitte erheben; das gilt für das Verhältnis zum Kind wie für die Beziehungen der Geschlechter. Grundsätzliche Beibehaltung der Gesetzesbestimmungen befürwortet auch Dora Landé in einem an die Ausführungen Camilla Jellineks anknüpfenden Aufsatz mit dem gleichen Titel in der Frauenfrage vom 1. März 1921. Trotzdem erkennt sie die Motive der Aufhebungsanträge an und will in so vielen Fällen eine Unterbrechung der Schwangerschaft gestattet wissen (bei körperlicher Bedrohung der Mutter durch die Geburt in sehr weitem Sinn, bei wirtschaftlicher Bedrängnis der Eltern, die eine vernünftige Aufzucht gefährdet, schließlich in ganz individuell gearteten Fällen, wenn beispielsweise ein Ehepaar sich trennen will, und das Kind die Absicht erschweren würde), daß tatsächlich so ziemlich das selbe Resultat eintreten würde wie bei der Freigabe; denn all diese Gründe würden ja auch dann für die Vornahme des Eingriffs ausschlaggebend sein, und wo soll man die Instanz finden, die feinfühlernd genug wäre in allen diesen Fällen die Berechtigung zu entscheiden? Daß unter gesunden Verhältnissen und Anschauungen, bei denen die Mutterschaft nicht als eine Schande gilt, wirklich viele Frauen aus Bequemlichkeit keine Kinder wollen würden, ist doch wohl nicht anzunehmen. Daß aber durch Straflosigkeit der Abtreibung, wie Dora Landé meint, die Energie zu sozialen Reformen gelähmt würde, ist nicht einzusehen. Das Bestehen des Gesetzes hat soziale Reformen solcher Art nicht gefördert. Man kann viel eher das Gegenteil behaupten: Der Ansporn zu sozialen Umgestaltungen wird größer sein, wenn sie den freien Willen zum Kind stärken.

Prostitution Über die schwerste moralische Krankheitserscheinung des sexuellen Lebens, die Prostitution, ihre Geschichte, Ursachen und Zusammenhänge mit anderen sozialen Erscheinungen, ihre Folgen für die Gesundheit des Volkes, ihre gesetzliche Regelung und die Möglichkeiten und Methoden ihrer Bekämpfung orientiert ein von Anna Pappritz herausgegebenes Sammelwerk Einführung in das Studium der Prostitutionsfrage /Leipzig, J. A. Barth/, in dem die einzelnen Probleme von medizinischer und juristischer Seite und von Frauen aus der Fürsorgearbeit behandelt wurden.

In dem Artikel Alix Westerkamps über die gesetzlichen Bestimmungen wird der Widerspruch in der die Prostitution betreffenden Gesetzgebung auseinandergesetzt, der ja bekanntlich am deutlichsten in dem Kuppeleiparagraphen zutage tritt. Es wird gezeigt, wie auch Umgestaltungsversuche aus den Jahren 1909 bis 1913 im wesentlichen nichts ändern, wie erst der Bundesratsbeschluß zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 2. Februar 1918 den Grundsatz der Straflosigkeit der Prostitution an sich aufstellt und nur die Gefährdung der Allgemeinheit durch Verleitung und durch Ansteckung sowie die kapitalistische Ausbeutung der Prostituierten unter Strafe stellen will; für die Wirkung würde es dabei allerdings noch wesentlich auf die Art der Ausführung ankommen. Diese Änderung in der Stellungnahme der öffentlichen Organe zu der Frage ist hauptsächlich auf die Arbeit der abolitionistischen Bewegung, deren Ziele und Bestrebungen Anna Pappritz in einem Aufsatz behandelt, zurückzuführen; am meisten hat sich ihnen die Gesetzgebung in Dänemark und Norwegen angepaßt. Die Bewegung erstrebt in der von Ärzten bestätigten Erkenntnis, daß die Reglementierung der Prostitution den behaupteten Nutzen der "Sanierung" nicht erreicht, dagegen eine schwere moralische Verwirrung erzeugt, daß eine Bestrafung unangebracht ist, weil sie stets einseitig bliebe (in der Tat steht das Recht einer moralischen Verurteilung der Frauen, die der Prostitution anheimgefallen sind, niemandem zu, weder den Männern, deren Wünschen die Einrichtung dient, noch den "anständigen" Frauen, die durch sie geschützt werden), eine vollständige Beseitigung aller polizeilichen Beaufsichtigung, eine rein sanitäre und fürsorgliche Behandlung des gesamten Problems. Das bedeutet vor allem pflichtmäßige Behandlung der Geschlechtskrankheiten bei beiden Geschlechtern (die durch eine Verordnung der Volksbeauftragten vom 11. Dezember 1918 angeordnet ist und jetzt durch das im Entwurf vorliegende Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten festgelegt werden soll) und Fürsorge für Gefährdete, das heißt im wesentlichen Jugendfürsorge sowie Beschaffung von Arbeit für die, die in ein geordnetes Leben zurückkehren wollen. Gesetzlich verfolgt werden soll nur die Gefährdung anderer. Allerdings enthalten die Strafandrohungen wegen geschlechtlicher Ansteckung, wie Ludwig Quessel in seinem Artikel

Die reichsgesetzliche Regelung der Prostitution, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 I Seite 260 ff., gezeigt hat, die Gefahr in der Praxis zu einer Erneuerung der Kontrolle für die Prostituierten zu werden. Ein erschütterndes Bild des Verzweigungskampfs, den ein Mädchen, das einmal unter Kontrolle geraten war und wieder in geordnete Verhältnisse hineinstrebte, um ihre Existenz führen mußte, gibt ein Brief an die Herausgeberin der Neuen Generation, der im April 1921 dort veröffentlicht ist. Neben dem Kampf gegen die Reglementierung, für deren Beseitigung in der Deutschen Nationalversammlung sämtliche weibliche Abgeordnete eintraten, die der neue Gesetzentwurf prinzipiell aufhebt, fördert man deshalb stark die Fürsorgearbeit von Frauen bei der Polizei, die Schaffung von Pflegeämtern und ähnlichen Einrichtungen, die besonders in Altona sehr fortgeschritten ist, so daß das dortige Pflegeamt der Sittenpolizei schon vieles abgenommen hat. Über diese Arbeit berichtet Irmgard Jaeger. Da die Fürsorge einmal die polizeiliche Überwachung ganz ablösen soll, ist ihr Ausbau sicher von Bedeutung. Aber es ist klar, daß solche Bemühungen immer nur einzelnen helfen können (was an sich nicht unterschätzt werden soll), daß sie eine wirkliche Heilung des sozialen Übels niemals bewirken können. Die Tatsachen, die den Aufsätzen von Katharina Scheven und Clara Thorbecke, Die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen der Prostitution und Die Verwahrlosung der weiblichen Jugend, zugrunde liegen, sprechen eine deutliche Sprache. Wirtschaftliche Not ist die eine große Ursache der Prostitution, nicht nur in dem wörtlichen Sinn, daß die einzelne durch momentanen Hunger in das Gewerbe hineingetrieben wird, sondern auch weiter gefaßt: daß die gesamte Lage breiter Schichten, vor allem das Wohnungselend, die körperlichen und seelischen Voraussetzungen schafft, unter denen lebenshungrige Menschen in die Irre geraten und dem lebendigen Tod verfallen. Ihnen gegenüber bilden die sogenannten geborenen Prostituierten, von denen die Theorie Lombrosos spricht, jedenfalls einen verschwindenden Prozentsatz. Und die zweite, ebenso wesentliche Ursache liegt in der Nachfrage, das heißt in der heutigen Beschaffenheit der männlichen Sexualität. Grundsätzliche Wandlung kann daher nur eine wirtschaftlich-soziale Ausgleichung von der Wurzel aus bringen und eine veränderte innere Einstellung zum Sexualleben, die auf Ach-

tung vor der Persönlichkeit jedes andern Menschen beruht und auf dem Willen zum Verzicht auf Genuß, wo er die leibliche und seelische Gesundheit untergräbt. Der 1917 gegründete Deutsche Ärztebund für Sexualethik, über den ein Aufsatz I. Büschings berichtet, tritt für sexuelle Abstinenz bis zum 24. Lebensjahr ein, was zugleich den Verzicht auf außerehelichen Geschlechtsverkehr bedeuten soll. So wertvoll die Betonung der Unschädlichkeit der Enthaltbarkeit in der Jugend von ärztlicher Seite ist, so würde die Forderung der Reinheit des sexuellen Lebens doch noch mehr Nachdruck erhalten, wenn nicht jeder außereheliche Verkehr mit der Prostitution auf eine Stufe gestellt würde.

In einer ausführlichen Geschichte der Prostitution /Berlin, Potthof/ faßt Wolfgang Sorge die Prostitution als Folge der Männerherrschaft und der Vergewaltigung der weiblichen Sexualität auf und hebt stark ihre Bedingtheit durch wirtschaftlich-soziale Zustände hervor. Die Möglichkeit eines Verschwindens sieht er in dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, als deren Prototyp ihm der Bolschewismus Rußlands (!) erscheint. Sexualreformistische Bestrebungen hält er für zwecklos, da die seelischen Vorgänge einer Beeinflussung nicht zugänglich seien. Der Wert des Buches geht über den einer Materialzusammenstellung nicht erheblich hinaus, die Begriffsbildung ist oft recht willkürlich (wenn zum Beispiel zum Wesen der Prostitution unbedingt ein völliges erotisches Unbeteiligtsein der Frau gehören soll), die historische Darstellung oft unklar und sprunghaft, so bei der Schilderung der Anfänge der Prostitution. Und schließlich wäre dem Gegenstand entsprechend an vielen Stellen ein ernsterer und sachlicherer Ton zu wünschen gewesen. Die bald witzelnde bald mit krasser Deutlichkeit verfahrenende Art der Darstellung, der herablassende Ton der Polemik gegen Gegnerinnen wie Helene Stöcker und Rosa Mayreder macht einem unerfreulichen, peinlichen Eindruck.

Totenliste Am 6. August 1922 starb Katharina Scheven, im Alter von 61 Jahren. Ihre Lebensarbeit war der Durchsetzung der Frauenforderungen auf dem Gebiet der Sittlichkeitsbewegung gewidmet. Sie trat mit Energie und Ausdauer den abolitionistischen Gedanken und hat zu seiner Verbreitung und zu dem Einfluß, den er jetzt in der Gesetzgebung zu erlangen beginnt, viel beigetragen. Im

Jahr 1902 bewirkte sie, nachdem sie in Dresden einen Zweigverein der Abolitionistischen Föderation gegründet hatte, den Zusammenschluß aller deutschen Zweigvereine der Föderation zu einem Verband, den sie dann 20 Jahre geleitet hat. Ihr gelang es in der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten der abolitionistischen Forderung die Oberhand zu verschaffen, sie erreichte als Stadtverordnete in Dresden, daß Neueinschreibungen in die Kontrolllisten nicht stattfanden, daß dagegen das Pflegeamt ausgebaut wurde. Ein tätiger Idealismus machte sie zu einer führenden Gestalt in der deutschen Frauenbewegung.

Kurze Chronik Im deutschen Reichstag ist am 29. Juni 1922 das Gesetz über die Zulassung der Frauen zu den Ämtern und Berufen der *Rechtspflege* angenommen worden, nach dem Frauen die Fähigkeit zum Richteramt erwerben können; auch können sie zu Handelsrichtern, Anwälten, Gerichtsschreibern und Gerichtsvollziehern ernannt werden. ◊ In den *Vorläufigen Reichswirtschaftsrat* ist eine Vertreterin des Gewerkschaftsbundes der Angestellten als 6. weibliches Mitglied berufen worden. ◊ Am 5. Juli hat in *Holland* die erste Parlamentswahl stattgefunden, bei der die Frauen das Wahlrecht ausübten. Die klerikalen Parteien sind durch diese Wahl sehr gestärkt worden. ◊ In *Japan* haben die Frauen jetzt durch Gesetz das Recht erhalten sich zu koalieren und an politischen Versammlungen teilzunehmen. Zuerst machten die Kellnerinnen davon Gebrauch.

Literatur Die Geschichte der Frauenbewegung wird in ihren wesentlichen Zügen beleuchtet in der Schrift *Rita Bardenheuers* Woher und wohin? /Leipzig, Verlag Naturwissenschaften/. Die Frauenbewegung ist dort im Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen Gesamtentwicklung gesehen; es wird gezeigt, wie sie, nach einem kurzen ersten Aufblühen zur Zeit der großen französischen Revolution, in der Mitte des 19. Jahrhunderts, als die wirtschaftlichen Zustände die Voraussetzungen dazu geschaffen hatten, sich in langsamem und stetigem Aufsteigen entwickelte, wie in der Forderung des *Rechts auf Arbeit* die einheitliche Wurzel Frauenbewegung liegt, die sich in verschiedene Richtungen, in der bürgerlichen und der proletarischen, entfaltet.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Wissenschaftslehre In der Gesamtausgabe, die der Mohrsche Verlag in Tübingen von den Werken des mitten aus rüstigstem Schaffen herausgerissenen Soziologen *Max Weber* publiziert, sind jetzt unter dem Titel *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre* diejenigen seiner Arbeiten erschienen, die sich vorwiegend mit Fragen der soziologischen Methodenlehre beschäftigen. Einmal hier, einmal dort, vielfach in Anknüpfung an bestimmte literarische Erscheinungen (an Roscher und Knies, an den Historiker Eduard Meyer, den Juristen Stammler und den Monisten Wilhelm Ostwald) setzt Webers bohrende Betrachtung ein, und sie verfolgt die aufgegriffenen Fragen bis in entfernteste minutiöse Verästelungen. Man hat den Eindruck ungewöhnlich starker Energie des Denkens. Das gibt der Darstellung, obgleich der drängende Strom der Einfälle und das Streben nach immer weiter treibender Nuancierung der Begriffe die Sätze durch Einschachtelungen und Parenthesen oft unverhältnismäßig anschwellen läßt, auch die Übersicht des Gesamtaufbaus erschwert, einen ganz eigenartigen Spannungszug. Weber schreibt für Leser, die sich die Mühe ihm auf diesen vielfach verschlungenen Wegen nachzugehen nicht verdrießen lassen, selbst da nicht, wo die tiefeschürfende Kritik zunächst nur zu negativen Resultaten zu führen scheint. Näher zugehoben freilich führt seine Aufzeigung der Schiefheiten und Trugschlüsse, mit denen die von ihm seziierten Autoren operieren, auch immer positiv fördernde Anregungen und Fingerzeige mit sich. Eine nicht angelesene sondern durchgängig durch Zweifelfragen und eigene rastlose Gedankenarbeit bewirkte philosophische Bildung steht im Hintergrund; gibt seinem Raisonement, auch da, wo er nach seiner eigenen Versicherung nur Bekanntes wiederholt, eigenartiges Gepräge. Entscheidenden Einfluß haben auf Zielsetzung und Ausrichtung seiner Gedankenarbeit offenbar die, seinerzeit auch in dieser Rundschau besprochenen methodologischen Untersuchungen des Freiburger Philosophen Heinrich Rickert ausgeübt; Untersuchungen, die mit früher nie erreichter Schärfe auf eine formale Wesensverschiedenheit der menschlichen Erkenntnisinteressen hinwiesen, um von hier aus einen Grundunterschied der von diesen Erkenntnisinteressen vor-

geschriebenen wissenschaftlichen Methoden zu beleuchten. Zunächst erscheint, wenn man von den Naturwissenschaften, insonderheit von deren exakten Disziplinen, den Ausgang nimmt, als Ziel der wissenschaftlichen Arbeit die Fixierung allgemeiner, wenn möglich mathematisch gefaßter Gesetze, denen die Naturvorgänge durchgängig unterworfen sind. Eine Arbeit, die sich durch wissenschaftliche Klassifikation der Naturvorgänge und -erscheinungen wie durch den Versuch die gefundenen Naturgesetze unter immer allgemeineren Gesichtspunkten in ein widerspruchlos zusammenstimmendes System von Gesetzen zusammenzufassen ergänzt. Die einzelnen in Raum und Zeit individuell gestalteten Naturerscheinungen (zum Beispiel bestimmte Exemplare der und jener Tier- und Pflanzengattung) interessieren da überhaupt nur unter dem Gesichtswinkel, ob sich die durch Generalisation gewonnenen Gesetze und Gattungsmerkmale an ihnen bestätigen; sozusagen nur als Prüfstein für die Richtigkeit der allgemeinen, aus der vergleichenden Betrachtung des Einzelnen erschlossenen Sätze. Aber unser Erkennen- und Verstehenwollen erschöpft sich selbstverständlich nicht in dem Willen das in der Anschauung Gegebene in Klassen nach gewissen Gattungsmerkmalen einzugliedern und die Geltung gewisser allgemeiner Gesetze dafür aufzuzeigen. Ebenso kann auch das einzelne, Einmalige, individuell Konkrete als solches, ganz abgesehen davon, ob sich an ihm gewisse allgemeine Gattungsmerkmale oder Gesetze bestätigen, Gegenstand unseres Erkenntnisinteresses werden. Vor allem in der menschlichen Geschichte. Und hieran wird im Grunde nichts verändert, wenn bei fortschreitender Entwicklung das historische Interesse sich von den "führenden" Persönlichkeiten in wachsendem Maß der Betrachtung der besonderen Zustände zuwendet, unter denen ein ganzes Volk zu bestimmter Zeit gelebt hat, und durch die seine besondere materielle und geistige Kultur jeweils charakterisiert ist. Gewiß kann und wird sich mit solcher geschichtlichen Betrachtungsweise der Gedanke verbinden, daß die in einem so vielgestaltigen Gesamtbild jeweils vereinigten Züge im Verhältnis gegenseitiger Wechselbedingtheit stehen; beispielsweise derart, daß eine tiefgreifende Veränderung der jeweils gegebenen ökonomischen Verhältnisse auch eine Veränderung in anderen Lebenssphären nach sich zieht. Aber dieser Gedanke, der,

weiter ausgesponnen, zu der von der materialistischen Geschichtsauffassung erfaßten Idee einer näher bestimmbar, unter ökonomischen Gesichtspunkten bestimmbar, Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung mit hinüberleitet, läßt das Interesse, das wir an der Erkenntnis der konkreten Zuständigkeit eines bestimmten Volkes in bestimmten Perioden nehmen können, unberührt, vermag dieses in keiner Weise zu verdrängen. Weiter aber, dies Erkenntnisinteresse wie jedes andere Erkenntnisinteresse an je bestimmten konkreten historischen Erscheinungen aus dem end- und uferlosen Verlauf des historischen Geschehens ist letztlich dadurch bedingt, daß bestimmte konkrete historische Erscheinungen uns unter irgendeinem Gesichtswinkel wichtig erscheinen, das heißt zu irgendwelchen menschlich kulturellen Zwecken oder "Werten" in einer Beziehung; in einer "Wertbeziehung", stehen. Ohne eine von solchen Wertgesichtspunkten geleitete Auswahl könnte eine geschichtliche Erfassung, Beschreibung und kausale Erklärung konkreter historischer Erscheinungen kein Interesse für uns haben, ja wäre, da so alle Direktiven fehlen, überhaupt nicht möglich. Geschichtliche Kausalerklärung, die ja nie die unbegrenzte Gesamtheit der Bedingungen, die auf einen bestimmten historischen Vorgang eingewirkt haben, erschöpfend heranziehen kann, charakterisiert sich, unter anderm, dadurch, daß sie die Zwecke und die Ziele, die als treibender Faktor hinter historischen Handlungen einzelner oder historischen Massenbewegungen standen, unserm Verständnis vermitteln will. Diese Interpretation, die von dem wirklichen Verhalten unter den gegebenen Umständen auf die dahinterliegenden Zwecke und Motive zurückschließt, stützt sich natürlich auf allgemeine Erfahrungssätze über die Art und Weise, wie Menschen auf je bestimmte Umstände jeweils zu reagieren pflegen. Aber diese Erfahrungssätze, die in ihrer Unbestimmtheit und Vielseitigkeit in zahllosen Fällen zu ganz verschiedener, ja entgegengesetzter Ausdeutung des Verhaltens führen können, bedürfen der Ergänzung durch ein intuitives Moment, durch eine auf keinerlei Regeln reduzierbare Gabe seelisch-individueller Einfühlung. Solche psychologischen Erfahrungssätze lassen sich überhaupt nicht als "Naturgesetze", die unter genau umschriebenen Bedingungen schlechthin allgemein notwendige Geltung haben, formulieren. Vor allem aber ist, was uns historisch interessiert, nicht

die Frage, ob und inwieweit sich einzelne psychologische Erfahrungssätze in geschichtlichen Einzelfällen bestätigen, sondern die Darstellung und Kausal-erklärung eines konkret bestimmten geschichtlichen Komplexes.

Das schließt nicht aus, daß in der Bewegung des geschichtlich sozialen Lebens eine Reihenfolge typischer sozialer Entwicklungsstufen zutage treten mag, deren Herausschälung und begriffsmäßige Formulierung dann natürlich weitere und besonders wichtige Aufgaben stellt, um deren Lösung sich eine analysierende und klassifizierende, in ihren Zwecken und Methoden von der konkreten Geschichtsschreibung wesentlich unterschiedene Soziologie bemüht. Und ebensowenig schließt das aus, daß gewisse soziale Erscheinungen wie der moderne volkswirtschaftliche Gesamtprozeß des Kapitalismus einer begrifflich systematischen Untersuchung fähig und bedürftig sind, die auf den Nachweis wirklicher innerer Gesetzmäßigkeiten im Ablauf des Prozesses ausgeht.

Die Rickertschen Betrachtungen, die in so aufschlußreicher Weise von einem allgemeinen Standpunkt aus den Wesens- und damit zugleich den Methodenunterschied hervorkehren, der die darstellende Geschichtswissenschaft von den "Gesetzeswissenschaften" trennt, werden von Weber, meist in Polemik wider andere Autoren, fruchtbar fortgesponnen. Es spiegeln sich in seinen Ausführungen zugleich die Fragen und Probleme, die ihm bei seinen eigenen soziologischen Forschungen aufgestoßen sind. Neben den polemischen Aufsätzen stehen andere, die ihr Thema allgemein behandeln, so die Essays über Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, über einige Kategorien der verstehenden Soziologie, über die methodischen Grundlagen der Soziologie, über den Sinn der Wertfreiheit in den sozialen und ökonomischen Wissenschaften und über Stammers Überwindung der materialistischen Geschichtsauffassung. Alle sind im Archiv für Sozialwissenschaft erschienen.

Mit besonderer Schärfe zieht Weber gegen Stammers seinerzeit auch in sozialistischen Kreisen viel beachtetes und in mancher Beziehung interessantes Buch *Wirtschaft und Recht* nach der materialistischen Geschichtsauffassung zu Felde. Stammler nenne sich einen Kantianer und trete mit dem Anspruch auf den Sozialwissenschaften zu einer philosophischen Selbstverständigung über ihre Aufgaben und Methoden zu verhelfen.

In Wahrheit steigere er die Verwirrung durch Voltigieren mit unklar schillernen Begriffen nur noch mehr. Vollends unverständlich sei, wie er, aller Kritik zum Trotz, in der neuen Ausgabe seinen Standpunkt unverändert aufrechterhalte. In der Tat, wenn die Betrachtungsweise des sozialen Lebens, die Stammler hier der von ihm höchst einseitig ausgelegten Marxschen Geschichtsauffassung gegenüberstellt, mehr als ein bloßer juristischer Einfall, als eine willkürliche Fiktion wäre, so wäre damit dem, was sich sonst Sozialwissenschaft nennt, der Boden unter den Füßen weggezogen. Dann müßte die geschichtliche, kausal genetische Darstellungserklärung gesellschaftlicher Gebilde einer juristisch teleologischen Betrachtungsweise Platz machen, die die Gesellschaftsordnungen als "Rechtsordnungen" so und so bestimmter Art letztlich unter dem Gesichtspunkt eines "richtigen Rechts" mit einander vergleicht und sie an diesem höchst nebulösen Maßstab wertet. Eine solche Konstruktion, die Stammers Polemik gegen die Marxsche Geschichtsauffassung letztlich zugrunde liegt, stützt sich auf die ganz abstrakte These, daß jedes Leben in menschlichen Gesellschaften jederzeit zugleich auch äußerlich geregelt, durch Konventional- oder fixierte Rechtsregeln geregelt sein müsse. Aber wenn der Begriff einer gesellschaftlichen Ordnung (Ordnung der Fortpflanzung, der Bedarfsdeckung und Produktion usw.) so immer bereits ein irgendetwas auch rechtlich geregeltes Gewohnheitsrecht für ein menschliches Zusammenleben einschließt, und wenn das Recht, von dieser Seite her betrachtet, also nicht einen bloßen Überbau der Produktionsverhältnisse darstellt sondern ein in der Gestaltung dieser wie aller anderen sozialen Lebenssphären mitenthaltendes unwegdenkbares Moment ist, was beweist das für den Stammerschen Standpunkt? Hat es, weil alle Lebenssphären der Gesellschaft selbstverständlich in ihrer Ordnung zugleich ein »äußeres« (rechtliches) Geregeltsein aufweisen, in ihrer Ordnung immer auch Rechte und Verpflichtungen der Gesellschaftsmitglieder gegen einander statuieren, einen Sinn dem Recht, dessen Satzungen doch offenkundig überall von den im gesellschaftlichen Lebensprozeß sich entwickelnden Bedürfnissen, Interessen, Machtverhältnissen abhängen, innerhalb der Gesellschaftslehre ein theoretisches Supremat zuzuschreiben, zu behaupten, daß das Recht dem ganzen sonstigen Gesamthalt des sozialen Le-

bens als dessen »Form« gegenübersteht und als Form diesen Inhalt, diese Materie bestimmt und regelt? Und welchen Sinn hat es weiter diese Thesen dann schließlich noch mit der Behauptung zu übergipfeln, daß das Thema der Sozialwissenschaft letzthin nicht kausal genetische Erforschung und Darstellung der verschiedenen Gesellschaftsordnungen und ihrer Entwicklungsfolge sondern eine teleologisch formale Betrachtung des Rechts unter dem Gesichtspunkt des »richtigen Rechts« sei? Wie unzulänglich die Stammersche Identifizierung des äußeren Geregeltseins mit dem Recht ist, zeigt, nebenbei bemerkt, die Erinnerung an den modernen volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß, dessen wirklicher Ablauf allerdings eine bestimmte Eigentums- und Rechtsordnung voraussetzt, aber im Rahmen dieser schlechterdings nicht juristisch sondern nur als ein rein ökonomisch durch das Spiel der Eigeninteressen geregelter verstanden werden kann.

Weber geht dem Rattenschwanz von Wirrnissen, die sich hinter Stammlers Schlagwort vom äußern Geregeltsein und seiner Proklamierung einer neuen, von der kausal genetischen Betrachtungsweise losgelösten Methode der Sozialwissenschaft verbergen, auf 70 Seiten ausführlich nach. In hohem Maß instruktiv ist insbesondere die Art, wie er den vieldeutigen Begriff der Regel, mit dem Stammler so unbekümmert hantiert, des nähern unter die Lupe nimmt; wie er die Regel als »Regelmäßigkeit« und als »Norm« in klarer Weise unterscheidet und die fundamentale Rolle beleuchtet, die die Reflexion auf die wahrscheinlichen Maximen der Mitmenschen durchgängig im sozialen Leben spielt. Das eigene Handeln und Verhalten setzt überall die Reflexion auf die das Handeln anderer leitenden Maximen schon voraus; solche Überlegungen sind in die Erfolgsberechnung und damit die Motivierung des eigenen Handelns stets miteingegriffen. Sehr witzig und in gleichem Grad überzeugend wird dieser allgemeine soziologische Sachverhalt wie jener Unterschied von Regelmäßigkeit und Norm in einem Intermezzo über Skatspiel ausgeführt. Indem die Skatspieler sich der Skatregel unterwerfen, haben sie die »Normmaxime, daß nach gewissen Merkmalen bestimmt werden solle, ob 1. jemand "richtig" ... gespielt habe, 2. wer als "Gewinner" gelten solle«, angenommen, und diese Norm kann dann den Gegenstand logisch ganz verschiedener Betrachtungen bilden. Es lassen

sich, so geht die Argumentation mit drolligem Ernst weiter, sowohl »skatpolitische« (etwa auf einem Skatkongreß zu entscheidende) Fragen wie solche der Skatjurisprudenz denken. Die Frage, ob jemand gut oder schlecht gespielt hat, führt dann in das Gebiet der Werturteile. Von der Norm oder Skatregel, die natürlich in gewissem Sinn als »Voraussetzung« jedes wirklichen Skatspiels bezeichnet werden kann, müssen weiter die »Vorstellungen«, die die einzelnen Spieler von ihr haben (Vorstellungen, die ihr Verhalten im Spiel kausal mitbestimmen) unterschieden werden. Andererseits aber dient die Norm, die Skatregel, auch als Merkmal, nach dem ein Beobachter, der ins Lokal tritt, zu entscheiden hätte, ob, was die Leute da an einem Tisch treiben, unter den Begriff des Skats fällt. »Der gedankliche Inhalt der "Norm" ist also maßgebend für die Auslese des "Begriffswesentlichen" aus der Mannigfaltigkeit von Zigarrenrauch, Bierkonsum, auf den Tisch Schlagen, Rasonnements aller Art, in welcher sich ein echter deutscher Skat uns zu präsentieren pflegt, und aus dem zufälligen "Milieu" des konkreten Spieles. Wir "klassifizieren" einen Komplex von Vorgängen dann als "Skat", wenn solche für die Anwendung der Norm als relevant geltenden Vorgänge sich darin finden.« Vom Norminhalt aus, nach dem wir einen bestimmten, jeweils gegebenen Vorgang als Skatspiel erkennen und begreifen, »ersehen wir ... diejenigen Tatsachen und Vorgänge, auf deren kausale Erklärung sich ein eventuelles "historisches Interesse" [an einem gegebenen Skatspiel] konzentrieren würde«. Indes, von solchen Ansatzpunkten aus ginge nun ein solcher kausaler Regressus alsbald weiter. »Er müßte, um den Verlauf des Spiels zu "erklären", zum Beispiel die Veranlagung und Erziehung der Spieler, das Maß der ihre Aufmerksamkeit bedingenden "Frische" im gegebenen Moment, das Maß des Bierkonsums jedes einzelnen in seinem Einfluß auf den Grad der Konstanz seiner "Zweckmäßigkeitmaxime" usw. usw. feststellen. Nur der Ausgangspunkt des Regressus wird durch die "Relevanz" vom Standpunkt der "Norm" aus bestimmt.« Man sieht aus alledem, so resümiert Weber die Lehren seines Beispiels Stammler gegenüber, »wie unbedingt nötig es ist jeweils auf das sorgsamste festzustellen, in welchem Sinn man von der "Bedeutung" der "Regel" als "Voraussetzung" irgendwelchen Erkennens spricht, wie vor allem die stete

Gefahr der hoffnungslosen Konfusion des Empirischen mit dem Normativen auf das Maximum steigen muß, wenn man nicht sorgsam jede Zweideutigkeit des Ausdrucks vermeidet.«

**Wissenschaft
als Beruf**

Diejenigen, die ein Bild von der Persönlichkeit Max Webers gewinnen wollen, ohne ihm darum auf den verschlungenen, oft mühsamen Wegen der Begriffszergliederung zu folgen, seien insbesondere auf seinen in diesem Band wieder abgedruckten, hier schon in der Rundschau Geistige Bewegung (1920 I Seite 533 f.) gewürdigten Vortrag Wissenschaft als Beruf hingewiesen. Auch in dieser Rede hebt Weber mit besonderem Nachdruck die oft von ihm verfochtene Überzeugung hervor: daß der akademische Lehrer, schon darum, weil ihm im Lehrsaal niemand widersprechen darf, und weil der Staat die Propagierung "gefährlicher Standpunkte" auf dem Katheder von vornherein unmöglich macht, sich im Vortrag aller subjektiven Werturteile, jedes Versuchs für seine persönlich bestimmte patriotische, religiöse oder sonstige Stellungnahme zu werben, enthalten solle. Nur ein unparteiisches Darlegen der Gründe, auf die die streitenden Meinungen sich berufen können, und eine ebensolche Darlegung der Konsequenzen, die sich von solchen Standpunkten aus ergeben, käme für die Universitäten in Betracht. Damit wäre der Erziehung zum Selbstdenken und zur »intellektuellen Redlichkeit«, ohne die die Wissenschaft nur eine klingende Schelle ist, am besten gedient. Als Streiter und Bekenner seiner persönlichen Weltanschauung aufzutreten stünden dem Dozenten wie jedem andern die Tribünen der Öffentlichkeit zu Gebot. Jedenfalls hat jene Weberische Forderung mit irgendeiner ins Wissenschaftliche übertragenen L'art pour l'art-Gesinnung, die sich hochmütig vom Leben abschließt, nicht das mindeste zu tun. Im Gegenteil, Weber bekämpft gerade die Überhebung, die die dem Gebiet des wissenschaftlich Beweisbaren gesetzten Grenzen anmaßend jeweils nach Laune durchbrechen zu können meint.

Wie er, der unbarmherzige Erzfeind aller selbstgefälligen Sophistik, immer aus der Tiefe von Selbsterlebtem und Erklämpftem schöpfend, auf eine empfängliche Jugend zu wirken vermochte, und was sie an ihm verloren hat, mögen einige Stellen dieser Rede hier bezeugen: »Eine wirklich endgültige und tüchtige

Leistung ist heute stets: eine spezialistische Leistung.« Es bedarf dazu der Fähigkeit »sich einmal zuzuziehen Scheuklappen anzuziehen«, der Kraft sich wissenschaftlichen Einzelfragen leidenschaftlich hinzugeben. »Ohne diesen seltsamen, von jedem Draußenstehenden belächelten Rausch, diese Leidenschaft . . . hat einer den Beruf zur Wissenschaft nicht und tue etwas anderes. Denn nichts ist für den Menschen als Menschen etwas wert, was er nicht mit Leidenschaft tun kann . . . Nun ist es aber Tatsache: daß mit noch so viel von solcher Leidenschaft, so echt und tief sie sein mag, das Resultat sich noch lange nicht erzwingen läßt. Freilich ist sie eine Vorbedingung des Entscheidenden, der "Eingebung" . . . Nur auf dem Boden ganz harter Arbeit bereitet sich normalerweise der Einfall vor . . . Und die Arbeit ihrerseits kann den Einfall nicht ersetzen oder erzwingen, so wenig wie die Leidenschaft es tut. Beide, vor allem: beide zusammen, locken ihn . . .

Wie dem aber sei: Diesen Hasard, der bei jeder wissenschaftlichen Arbeit mit unterläuft: Kommt die "Eingebung" oder nicht?, auch den muß der wissenschaftliche Arbeiter in Kauf nehmen. Es kann einer ein vorzüglicher Arbeiter sein und doch nie einen eigenen wertvollen Einfall gehabt haben . . . Die Eingebung spielt auf dem Gebiet der Wissenschaft ganz und gar nicht, wie sich der Gelehrtendünkel einbildet, eine größere Rolle als auf dem Gebiet der Bewältigung von Problemen des praktischen Lebens durch einen modernen Unternehmer. Und sie spielt andererseits, was auch oft verkannt wird, keine geringere Rolle als auf dem Gebiet der Kunst. Es ist eine kindliche Vorstellung, daß ein Mathematiker an einem Schreibtisch mit einem Lineal oder mit anderen mechanischen Mitteln oder Rechenmaschinen zu irgendwelchem wissenschaftlich wertvollen Resultat käme; die mathematische Phantasie eines Weierstraß ist natürlich dem Sinn und Resultat nach ganz anders ausgerichtet als die eines Künstlers und qualitativ von ihr grundverschieden. Aber nicht dem psychologischen Vorgang nach. Beide sind: Rausch (im Sinn von Platons *μανία*) und Eingebung . . . "Persönlichkeit" auf wissenschaftlichem Gebiet hat nur der, der rein der Sache dient. Und nicht nur auf wissenschaftlichem Gebiet ist es so. Wir kennen keinen großen Künstler, der je etwas anderes getan hätte als seiner Sache und nur ihr zu dienen . . . Auf dem Gebiet der Wissenschaft aber ist derjenige ganz

gewiß keine "Persönlichkeit", der als Impresario der Sache, der er sich hingeben sollte, mit auf die Bühne tritt, sich durch "Erleben" legitimieren möchte und fragt: Wie beweise ich, daß ich etwas anderes bin als nur ein "Fachmann", wie mache ich es, daß ich, in der Form oder in der Sache, etwas sage, das so noch keiner gesagt hat wie ich? Eine heute massenhaft auftretende Erscheinung, die überall kleinlich wirkt, und die denjenigen herabsetzt, der so fragt, statt daß ihn die innere Hingabe an die Aufgabe und nur an sie auf die Höhe und zu der Würde der Sache emporhobe, der er zu dienen vorgibt. Auch das ist beim Künstler nicht anders.« Nach einigen Worten über die enthusiastischen Erwartungen, die in früheren Zeiten, besonders auch von Platon, auf die Wissenschaft gesetzt wurden, stellt Weber dem als Kontrast die Skepsis der Gegenwart gegenüber: »Wer, außer einigen großen Kindern, wie sie sich gerade in den Naturwissenschaften finden, glaubt heute noch, daß Erkenntnisse der Astronomie oder der Biologie oder der Physik oder Chemie uns etwas über den Sinn der Welt, ja auch nur etwas darüber lehren könnten, auf welchem Weg man einem solchen "Sinn" (wenn es ihn gibt) auf die Spur kommen könnte? Wenn irgendetwas, so sind sie geeignet den Glauben daran, daß es so etwas wie einen "Sinn" der Welt gebe, in der Wurzel absterben zu lassen ... Es ist wie in der alten, noch nicht von ihren Göttern und Dämonen entzauberten Welt, nur in anderm Sinne: Wie der Hellene einmal der Aphrodite opferete, und dann dem Apollon und vor allem jeder den Göttern seiner Stadt, so ist es, entzaubert und entkleidet der mythischen, aber innerlich wahren Plastik jenes Verhaltens, noch heute. Und über diesen Göttern und in ihrem Kampf waltet das Schicksal, aber ganz gewiß keine "Wissenschaft" ... Welcher Mensch wird sich vermessen die Ethik der Bergpredigt, etwa den Satz »Widerstehe nicht dem Übel« oder das Bild von der einen oder der andern Backe "wissenschaftlich widerlegen" zu wollen? Und doch ist klar: Es ist, innerweltlich angesehen, eine Ethik der Würdelosigkeit, die hier gepredigt wird: Man hat zu wählen zwischen der religiösen Würde, die diese Ethik bringt, und der Manneswürde, die etwas ganz anderes predigt: Widerstehe dem Übel, sonst bist du für seine Übergewalt mitverantwortlich. Je nach der letzten Stellungnahme ist für den einzelnen das eine der Teufel und das an-

dere der Gott, und der einzelne hat sich zu entscheiden, welches für ihn der Gott, und welches der Teufel ist. Und so geht es durch alle Ordnungen des Lebens hindurch. Der großartige Rationalismus der ethisch-methodischen Lebensführung, der aus jeder religiösen Prophetie quillt, hatte diese Vielgötterei entthront zugunsten des »Einen, das not tut« und hat dann, angesichts der Realitäten des äußern und innern Lebens, sich zu jenen Kompromissen und Relativierungen genötigt gesehen, die wir alle aus der Geschichte des Christentums kennen. Heute aber ist es religiöser "Alltag". Die alten vielen Götter, entzaubert und daher in Gestalt unpersönlicher Mächte, entsteigen ihren Gräbern, streben nach Gewalt über unser Leben und beginnen unter einander wieder ihren ewigen Kampf. Das aber, was gerade dem modernen Menschen so schwer wird und der jungen Generation am schwersten, ist: einem solchen Alltag gewachsen zu sein. Alles Jagen nach dem "Erlebnis" stammt aus jener Schwäche. Denn Schwäche ist es: dem Schicksal der Zeit nicht in sein ernstes Antlitz blicken zu können . . . Das "Opfer des Intellekts" bringt rechtmäßigerweise nur der Jünger dem Propheten, der Gläubige der Kirche. Noch nie ist aber eine neue Prophetie dadurch entstanden . . ., daß manche moderne Intellektuelle das Bedürfnis haben sich in ihrer Seele sozusagen mit garantiert echten alten Sachen auszumöblieren und sich dabei dann noch daran erinnern, daß dazu auch die Religion gehört hat, die sie nun einmal nicht haben, für die sie nun aber eine Art von spielerisch mit Heiligenbildchen aus aller Herren Länder möblierter Hauskapelle als Ersatz sich aufputzen oder ein Surrogat schaffen in allerhand Arten des Erlebens, denen sie die Würde mystischen Heiligkeitsbesitzes zuschreiben, und mit dem sie — auf dem Büchermarkt hausieren gehen. Das ist einfach Schwindel oder Selbstbetrug.«

Sozialismus Geschichte und Kritik des Sozialismus betitelt sich eine neue Schrift des Freiburger Professors *Robert Liefmann* /Leipzig, Quelle & Meyer/. Die hier gegebene Kritik der sozialistischen Theorien gründet sich, sagt Liefmann im Vorwort, »auf die systematische Erklärung der heutigen Wirtschaftsordnung, die ich in meinen Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre gegeben habe.« Es ist, fügt er hinzu, »von verschiedenen Seiten anerkannt worden,

daß erst mit ihr eine wirkliche Widerlegung der sozialistischen Theorie, insbesondere ihres Kernpunktes: der Mehrwertlehre möglich ist«. So die Ankündigung. Wie weit der Autor den Gegenstand beherrscht, geht neben anderm daraus hervor, daß er unter den französischen und englischen Sozialisten, die er als eine der »4 literarischen Quellen« der Marxschen Lehre anführt, neben Thompson »vor allem Proudhon« nennt: Proudhon, mit dessen bombastischen Konfusionen Marx in seiner glänzenden Schrift *Das Elend der Philosophie* vernichtend abrechnet. Von einem Einblick in die tiefere Problematik der heutigen Wirtschaftsordnung, die Liefmann bei den Ökonomen vermißt, läßt sich auch in den Widerlegungen, mit denen er das Kapital bedenkt, bei noch so scharfem Hinsehen kein Fünkchen verspüren. Als Probe für den Grad der Präzision, deren er sich im Denken und im Ausdruck befließigt, mag folgendes Zitat genügen: »Nur die Bedürfnisse, die Nachfrage, sind für den Preis oder den Tauschwert entscheidend, nach ihnen [also nach den Bedürfnissen!] richten sich auch die Kosten [!], zu denen auch die aufgewendete Arbeitsmühe gehört.« Gelehrte, die in solchen Sätzen orakeln, glauben Marx kritisieren zu können!

Der Wiener Professor *Ludwig Mises* tritt in einem 500 Seiten starken Band *Die Gemeinwirtschaft*, der im Untertitel »Untersuchungen über den Sozialismus« verheißt /Jena, Gustav Fischer/, mit einem Radikalismus, den man heute nicht mehr für möglich halten sollte, für das Grundprinzip der freien Konkurrenz und des wirtschaftlichen Liberalismus ein. Dieser prinzipielle Standpunkt gibt dem flüssig geschriebenen Buch, das den Sozialismus nicht nur in der Sozialdemokratie sondern in allen Parteien, an allen Ecken und Enden der Welt am Werk sieht, ein gewisses Interesse. Nicht auf partikuläre Interessen einzelner Klassen, wie der Unternehmer, sei die Forderung einer rein privatwirtschaftlichen Regelung der Ökonomie zu basieren sondern auf den Nachweis, daß dies Prinzip als solches und in um so höherm Grad, je reiner und unvermischter es verwirklicht wird, das Gemeinwohl fördere. Von einem ernsthaften Versuch eines solchen Nachweises, der über die üblichen Einwände gegen die mit staatlichen Eingriffen verknüpfte Bürokratisierung hinausginge, ist aber nicht die Rede. Das Kunststück, das im Namen des Prinzips zu leisten gewesen wäre: nämlich unter anderm zu

beweisen, daß die gesamte Arbeiterschutzgesetzgebung, die ja gleichfalls dem Prinzip der freien Konkurrenz zuwiderläuft, vom Standpunkt der Gesellschaft aus als schädlich anzusehen sei, hat sich der Autor offenbar selbst nicht zugetraut. Was bleibt dann aber vom Prinzip als solchem noch bestehen? Studien über Marx' Auffassung der Sozialisierung, die den Doktoranden dann zu immer allgemeineren Fragestellungen drängten, gaben *Herbert Sultan* den Anstoß zu seiner Arbeit *Gesellschaft und Staat bei Marx und Friedrich Engels*, die ein »Beitrag zum Sozialisierungsproblem« sein soll /Jena, Gustav Fischer/. Die Erörterungen stehen mit dem, was man sonst Sozialisierung nennt, nur in losem Zusammenhang, zeigen aber eine ungewöhnlich intensive Beschäftigung mit der Marxschen Gedankenwelt. Allerdings vornehmlich der des jungen Marx. Für den ältern, den Marx des Kapitals, der die Entwicklung mehr unter dem Bild organischen Werdens als unter dem des Umschlags sah, dürfte die Interpretation Sultans schwerlich zutreffen.

In gedrängter, von warmer Begeisterung getragener Sprache schildert *Alfred Moeglich* die Weltanschauung des Marxismus /Brandenburg, Sydow & Co./ Auch wo man im einzelnen der Auffassung des Verfassers nicht beistimmt, hat man den Eindruck ernster, von philosophischem Bedürfnis getriebener Versenkung in den Gegenstand. Marx gilt ihm als der Geist, der Realismus und Idealismus vorbildlich organisch mit einander verschmolz.

Einen Beitrag zur Geschichte des sozialdemokratischen Programms bringt *Karl Korsch*, der in einer Broschüre *Karl Marx' Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei* /Berlin, Vereinigung internationaler Verlagsanstalten/ die sehr interessante, vor Jahren in der Neuen Zeit publizierte Marxsche Kritik am Gothaer Programm und einige andere damit in Verbindung stehende Dokumente abdruckt. Der Herausgeber ist ein Bewunderer Lenins, der, wie er sagt, in seinem »klassischen [!] Werke *Staat und Revolution*« die von Marx in jenem Schreiben skizzierten Grundideen »weiter entwickelt« habe. Über den Geist des neuen Programms der Partei spricht die hier bereits in der Rundschau Sozialistische Bewegung (1922 II Seite 1016) gewürdigte Schrift *Paul Kampffmeyers* /Jena, Gustav Fischer/. Mit eindringendstem Verständnis und lebendiger Anschaulichkeit wird

da von einem, der in der Entwicklung selber tätig mitgearbeitet, der Weg skizziert, der von dem Erfurter Programm /1891/ zum Görlitzer Programm /1921/ geführt hat. Eine in diesen Zeiten der Misere doppelt wohlthuende Hoffnungsfreudigkeit durchweht das Ganze. Besonders begrüßt Kampffmeyer in dem neuen Programm die Betonung ethischer Ideen, die den Impulsen der über den bloß ökonomischen Interessenkreis hinaus tretenden jungsozialistischen Bewegung zu verdanken sei.

Schippel Mit Beginn dieses Jahres hat Max Schippel eine ordentliche Professur für Staatswissenschaften, insbesondere für Sozialpolitik, an der Technischen Hochschule in Dresden und die Leitung der neu errichteten Sozialpolitischen Abteilung des Volkswirtschaftlichen Seminars dort übernommen. Die Bedeutung Schippels braucht in den Sozialistischen Monatsheften, zu deren ältesten und treuesten Mitarbeitern er gehört, und in denen seit einem Vierteljahrhundert seine zahlreichen, neue Wegeweisenden Arbeiten erschienen sind, nicht noch eigens dargelegt zu werden. Nur einige kurzen tatsächlichen Angaben seien hier bei dieser Gelegenheit gemacht. Schippel wurde 1859 in Chemnitz geboren. Als Student in Leipzig beteiligte er sich an einer sozialwissenschaftlichen Studentenvereinigung, aus deren Reihen die Partei auch sonst manchen wertvollen Zugang erhielt. Wie so viele spätere Revisionisten, begann er als ausgesprochener Radikaler, aber als Radikaler der Sache nach (bloßer Wortradikalismus lag ihm stets fern). Als solcher übernahm er die Redaktion der vom linken Flügel der Berliner Genossen im Jahr 1883 gegründeten Berliner Volkstribüne, der er ein sehr lebendiges Gepräge gab. Die Volkstribüne war das erste im eigentlichen Sinn marxistische Organ in Deutschland und wurde wirksam durch die kleinen Hefte der gleichfalls von Schippel geleiteten Berliner Arbeiterbibliothek ergänzt. Im Winter 1888-1889 trat er von der Redaktion zurück. 1890 wurde er im Chemnitzer Wahlkreis in den Reichstag gewählt; ebenso bei den folgenden Reichstagswahlen. Im Herbst 1905 legte er sein Mandat nieder, da er sich in der damaligen Reichstagsfraktion, die sich auf den Freihandel festgelegt hatte, eine ersprießliche Tätigkeit nicht versprach. Die Aufsätze, in denen er die Stellung der Partei zum Schutzzoll und zum Militärwesen kritisierte, führten zu

erbitterten Debatten. Seine bis zur jüngsten Gegenwart fortgesetzte Hauptarbeit in den Sozialistischen Monatsheften war der Besprechung handelspolitischer und gewerkschaftlicher Verhältnisse, namentlich auch in England und den Vereinigten Staaten, ferner vor allem den großen Problemen der Weltpolitik und Weltwirtschaft gewidmet. Die Ablehnung jeder Art von Schutzzöllen wie jeder Art von Kolonialpolitik durch die Sozialdemokratie charakterisierte er als eine Nachwirkung der vom Liberalismus übernommenen Ideen, und er kritisierte Programm und Taktik der Partei von diesem Standpunkt aus. Gänzlich frei von jedem Zug der Popularitätshascherei, war er ein in der Partei oft als unbequem empfundener Genosse, dessen Werk aber auch seine erbitterten Gegner Gewicht beimaßen. Seine eindringende und umfassende Sachkunde ist unbestritten. Von seinen größeren, in Buchform herausgegebenen Publikationen seien genannt: Grundzüge der Handelspolitik /1901/, Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch /1902/, Zuckerproduktion und Zuckerprämiën /1902/, Amerika und die Handelsvertragspolitik /1904/. Bis zur innern Umwälzung in Deutschland stand er der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, nach ihr der neugegründeten Sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft vor. Ein großes Stück Parteigeschichte verkörpert sich in Max Schippel, der nun, in seinem 64. Lebensjahr, eine neue Tätigkeit beginnt, zu der er berufen ist wie nur wenige andere.

Kurze Chronik Eine *Sozialakademie*, eine Lehranstalt für Moralphilosophie, Pädagogik, Kunst, Soziologie, Politik und Zeitungswesen, wurde unter dem Namen *Ecole inter-alliée des hautes études sociales* in Paris eröffnet. Dem Kuratorium gehören Léon Bourgeois, Georges Leygues, Charles Richet, Charles Gide, Seignobos und andere an. Ein besonderer Kursus behandelt die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Unter den Vortragenden über diesen Gegenstand befinden sich Gelehrte, die sich nach dem Krieg bereits durch besondere Objektivität in der Beurteilung dieser Dinge und ausgesprochenes Verständigungsgstreben ausgezeichnet haben, wie Aulard, Gide, Lichtenberger. ◊ Ein *Institut für Finanzwissenschaft* nebst einer angegliederten Forschungsstelle für deutsches und internationales Steuerwesen

wird an der Universität Breslau errichtet, womit eine Zentralstelle für die Sammlung des gesamten Quellenmaterials geschaffen ist. ◊ An Stelle des in den Ruhestand tretenden Professors Stieda ist der Ministerialdirektor *Kurt Wiedenfeld* vom Auswärtigen Amt ordentlicher Professor der Nationalökonomie und Mitdirektor des Volkswirtschaftlichen Seminars an der Universität Leipzig geworden. Wiedenfeld hat auf volkswirtschaftlichem Gebiet bereits eine große publizistische Tätigkeit entfaltet. Er schrieb über das moderne Unternehmertum, das Kohlsyndikat, die rheinische Montanindustrie, die Welthäfen Nordwesteuropas, die sibirische Eisenbahn und eine Reihe anderer Gegenstände. ◊ Der Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule in Berlin *Julius Wolf* ist vom Lehramt zurückgetreten. Wolf wurde vor 30 Jahren durch sein Buch Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung, das wegen seiner Polemik gegen den Sozialismus Aufsehen machte, bekannt. Seine akademische Laufbahn begann er in Zürich, dann wurde er Professor an der Breslauer Universität und schließlich Nachfolger Heinrich Herkners an der Berliner Technischen Hochschule.

Literatur

Das 3. Heft der von Karl Diehl herausgegebenen Beiträge zur Geschichte der Nationalökonomie /Jena, Gustav Fischer/ bringt eine eingehende Besprechung des 1833 gestorbenen, mit Owen befreundeten englischen Frühsozialisten *William Thompson* von Marie Hasbach. Thompson ist Naturrechtler und Rationalist und denkt an friedliche Reformen ohne Klassenkampf. Theoretische Zergliederung des ökonomischen lag ihm im allgemeinen fern. Es ist schwer abzuschätzen, inwiefern seine Schriften auf Marx einen besondern Einfluß ausgeübt haben sollen. ◊ Eine Antrittsvorlesung *Theodor Plauts* an der Hamburger Universität behandelt Wesen und Bedeutung des Gildensozialismus /Jena, Gustav Fischer/. Die Bedeutung, die dieser in England gewonnen, werde von deutschen Autoren oft sehr erheblich überschätzt. Wozu die Meinung beigetragen haben mag, daß diese Richtung einen »Sozialismus ohne Klassenkampf mit friedlicher Verständigung« propagiere. Dieses ist aber keineswegs der Fall. Die Anzahl der zahlenden Mitglieder der Bewegung betrug trotz geringer Höhe der Beiträge im Jahr 1921 knapp 600.

Geschichte / Walther Koch

Reformation und Gegenreformation In der von Ludo Moritz Hartmann herausgegebenen Weltgeschichte in gemein-

verständlicher Darstellung /Gotha, F. A. Perthes/ ist nunmehr der von *Kurt Kaser* verfaßte Band über das Zeitalter der Reformation und Gegenreformation von 1517 bis 1660 erschienen. Er leidet darunter, daß er zu kurz gefaßt ist. Die Ursache dieses Fehlers mag in den Schwierigkeiten liegen, mit denen heute die Herausgabe größerer Werke verknüpft ist, aber auf 10 Seiten eine Darstellung der entscheidendsten Zeit der Entwicklung Europas zu bringen ist eben ein Ding der Unmöglichkeit. So kann man sich nicht wundern, wenn gerade die Darstellung des sozialen und wirtschaftlichen Unterbaus der Kultur, die sonst in dieser Sammlung so trefflich gegeben wird, hier einigermaßen vernachlässigt ist.

Die Frage, ob rein religiöse oder ob soziale respektive wirtschaftliche Kräfte zur Reformation geführt haben, wird zwar aufgeworfen, doch nicht so eingehend erörtert wie es gerade in einer Weltgeschichte nötig wäre, die doch auch in Arbeiterkreisen gelesen werden soll. Denn eben hier hätte die Notwendigkeit vorgelegen sich mit den verschiedenen Möglichkeiten einer materialistischen Geschichtsauffassung auseinanderzusetzen, den ökonomischen Gehalt der Ereignisse herauszuheben und die dogmatische Verengung des Marxismus zu entkräften. Eine bloß empirische Schilderung der religiösen Bewegungen der Zeit genügt nicht zur Klärung dieser gerade den heutigen Arbeiter besonders angehenden Frage.

Innerhalb dieser Grenzen nun bietet das Werk allerdings eine Fülle gut lesbaren, flüssig dargestellten Materials. Die Frage zum Beispiel, inwieweit die alte Kirche noch das religiöse Bedürfnis des Volkes befriedigen konnte und inwieweit es sich neue Wege suchen mußte, wird recht eingehend behandelt. Kaser sieht den Ausgangspunkt der Geschehnisse nicht in sozialen und politischen Umwälzungen sondern in den seelischen Erfahrungen Luthers, die in Kürze geschildert sind. Die äußeren Ereignisse, besonders auch die auswärtige Politik, nehmen in diesem Band einen breitem Raum ein als sonst in der Sammlung. Das erklärt sich sicher zum Teil aus der großen Bedeutung, die die Staatsgeschichte im Zeitalter des aufgehenden Absolutismus tatsächlich hatte. Allein man hätte doch eine breitere und

eingehendere Würdigung gerade auch wieder des Problems gewünscht, das uns heute in erster Linie beschäftigt: wie der Frühkapitalismus auf den absolutistischen Staat gewirkt hat und andererseits im Merkantilismus vom Staat beeinflusst wurde. Nur bei der Beurteilung des Calvinismus ist kurz der bekannte Zusammenhang von Kapitalismus und Calvinismus, wie ihn Max Weber gezeichnet hat, gestreift. Einen ungewöhnlich großen Raum nehmen dafür die an sich natürlich auch wichtigen Kämpfe zwischen Habsburg und Frankreich ein. Die einseitige Parteinahme für Luther gegen den Radikalismus der Täufer und der Bauern ist in einem solchen, Volksbildungszwecken gewidmeten Buch ohne eingehende Begründung ganz unstatthaft. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Darstellung des gleichen Themas durch Kautsky, dessen vielgelesene Schriften überhaupt nicht zitiert werden, wäre unerlässlich. Man spürt auch aus der Literaturzusammenstellung, daß die Frage rein fachwissenschaftlich betrachtet ist; allerdings innerhalb dieser Grenzen mit großem Geschick.

Dagegen ist der gesamteuropäische Standpunkt zur vollen Geltung gekommen. Religiöse und politische Bewegungen, zum Beispiel in Skandinavien, werden eingehend dargestellt. Gut ist der Unterschied zwischen dem reformierten und dem lutherischen Glauben auseinandergesetzt. Auch die Lehre Calvins wird in ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung und Ausbreitung eingehend gewürdigt. Calvin hat ja durch seinen Demokratismus, der im Gegensatz zu der Anlehnung Luthers an das landeskirchliche Fürstentum stand, den Westen Europas, ja sogar noch den Westen Deutschlands stark beeinflußt und so entscheidend in die Weltentwicklung eingegriffen. Der spezifisch calvinistische Drang nach Welt Eroberung zur Ehre Gottes hat vor allem auch den britischen Imperialismus in seiner besondern Ausprägung geschaffen. Ganz besonders wird der Abfall der Niederlande in seiner Verflechtung mit dem Kampf des katholischen Romanismus gegen das evangelische Germanentum dargestellt. Auch das niederländische Wirtschaftsleben ist sehr gut geschildert, wie überhaupt der Handelspolitik entsprechend ihrer Bedeutung in damaliger Zeit ein breiter Raum zugemessen ist. Ebenso ist die Entwicklung Englands unter den Tudors ausführlich dargelegt, also die Zeit, in der sich England, wenn auch nur zögernd, von den Traditionen der kontinental gerichteten

mittelalterlichen Politik loslöste, die ihr Ziel in der Unterwerfung Frankreichs gesehen hatte. Heinrich VIII. war nochmals in die kontinentale antifranzösische Eroberungspolitik zurückgefallen und hatte an der Seite des Kaisers Frankreich zu bezwingen gehofft. Maria die Katholische hatte, im Anschluß an das habsburgisch-spanische Machtssystem, am letzten spanisch-französischen Krieg teilgenommen und diesen Schritt mit dem Verlust von Calais bezahlt. Erst Elisabeth verzichtete auf festländische Eroberungen. Auch das Aufblühen der englischen Tuchindustrie, die schließlich die flandrische vernichtete, hebt der Verfasser hervor; ein Zeichen, daß die ökonomischen Faktoren nicht ganz außer acht gelassen sind. In der englischen Kolonialpolitik pflegen wirtschaftliche Motive mit religiösen Worten verbrämt zu werden. So heißt es in einer Eingabe von Kaufleuten an die Königin, die Vorsehung habe »noch Ländereien aufgehoben, damit sie von den Engländern in Besitz genommen werden könnten«. In der Darstellung des Dreißigjährigen Krieges nehmen der Norden und der Osten einen merkwürdig breiten Raum ein. Das Buch als Ganzes ist seiner Anlage und Art nach sehr zu begrüßen; denn es gibt eine bisher noch nicht existierende Zusammenfassung einer großen, entscheidenden Zeitperiode auf Grund der neuen Forschungen. Die Unvollkommenheiten erklären sich daraus, daß die Probleme, die im Volk und für das Volk außerordentliche Bedeutung gewinnen, in der Fachwissenschaft noch nicht die Beachtung gefunden haben, die sie verdienten.

Politische Idee Eine geschichtlich-philosophische Bearbeitung der Probleme der Parteigeschichte und der politischen Theorie ist in einer Zeit, in der sich Begriffe wie der der Wirtschaft grundlegend wandeln, ein Gebot der Stunde. Mancherlei Kräfte sind, von verschiedenen Ausgangspunkten her, am Werk, hier zu sichten, dort die dumpfe und erstarrte politische Atmosphäre zu klären. Eine neue Zeitschrift, das *Archiv für Politik und Geschichte* /Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte/, widmet sich dieser Aufgabe. Sie betont dabei vor allem den Primat der Außenpolitik. Paul Wentzke hebt darin mit großem Recht die »Einheitlichkeit der französischen Außenpolitik vom 14. bis ins 20. Jahrhundert«, ihre Lebenskraft und Ziel-sicherheit hervor: im Gegensatz zu dem großen Haufen derer, die, wie etwa Kjel-

lén, Frankreich für aufgebraucht und lebensunfähig halten. Durch die Herausarbeitung dieser Tatsache hat sich der Verfasser ein großes Verdienst erworben. Es ist in der Tat von entscheidender Bedeutung und für Deutschland obendrein von direktem Lebensinteresse, daß mit der konventionellen Legende vom gealterten Frankreich, wie im Geistigen (siehe darüber den Artikel Behnes Das degenerierte Frankreich und das jugendliche Deutschland, in den Sozialistischen Monatsheften 1919 II Seite 1220 ff.), so namentlich im Politischen endlich und gründlich aufgeräumt wird. Ob die Substanz und das Ziel der französischen Außenpolitik von Wentzke richtig erkannt wurden, das ist freilich eine andere Frage. Besondere Beachtung verdient die in der genannten Zeitschrift veröffentlichte Arbeit Albert Dietrichs, die ihre Entstehung einer Anregung der Arbeitsstätte für sachliche Politik verdankt. Sie deckt das Wesen der Ideologie auf, deren Eigenart es sei als Lock- und Bindemittel für die Massen zu dienen und stellt sie in Gegensatz zur Weltanschauung. »So erscheinen die Ideologien als wichtigste Bewußtseinsklammern für die modernen Parteimassenverbände. Unterschieden werden Ideologien als Spät- und Endprodukte verstandesmäßiger, irrational begründeter oder religiös-kirchlich fundierter Anschauungssysteme.« Der Verfasser kritisiert das Hineinspielen individualistischer Aufklärungsweltanschauung in den modernen Sozialismus. Niemals kämen wir, wie der Liberalismus und ein individualistisch verseuchter Sozialismus glauben, zum Gesamwohl, indem wir unser individuelles Wohl verfolgen. Die Freiheit als Ziel wird am Marxismus abgelehnt. Marxismus und Anarchismus werden auf die gemeinsame Grundlage des anarchischen Naturalismus, auf den atomistischen Mechanismus zurückgeführt. »Man darf heute nicht müde werden diese Grundirrigung der marxistischen Ideologie rücksichtslos ans Licht zu stellen. Denn dieser Dämon einer falsch und leer gedachten Freiheit hat die Seele der Massen verzaubert.« Dietrich zeigt da doch, daß er den tiefen Wesensgehalt der Forschungskraft eines Marx auch nicht im entferntesten erfaßt hat. In seinem Urteil über einen sogenannten Marxismus, der in Schlagworten stecken bleibt, kann man dagegen eine gute Strecke weit mit ihm zusammengehen. Den Versuch der Neukantianer den Marxismus umzudeuten lehnt er ab, dagegen erkennt er dem Revisionismus eine große Bedeutung zu.

»Die andere Bewegung hat eine ganz außerordentliche Vertiefung in den geschichtlichen, soziologischen, ökonomischen und vor allem praktischen Fragen der marxistischen Ideologie gebracht und wird heute zumeist leider von den demagogischen Augenblicksgeräuschen notgedrungen und absichtlich verdeckt. Der Revisionismus ist es gewesen, der die marxistischen Ideologen zu größerer Verantwortlichkeit erzogen hat.« Der materialistischen Geschichtsauffassung wird trotz sonstiger scharfer Ablehnung heuristischer Wert zuerkannt: eine Auffassung, die auch in den Sozialistischen Monatsheften stets vertreten worden ist. Auch Radbruchs und Tillichs Streben den Marxismus »mit moderner dialektischer Bildungsreligiosität weiterzuführen« hält Dietrich für vergeblich. Dagegen bejaht er die altkonservative Staatsidee, wie sie in der Romantik gelebt hat. Dieser organische Konservatismus sei dann durch die Nietzscheanbeitung sowie durch den antisemitischen Nationalismus verdorben worden. Dietrich fordert die Rechtsparteien auf ihre Negierung des heutigen Staats aufzugeben und positiv zum Beispiel auch an der Lösung der Arbeiterfrage teilzunehmen. Gegenüber der Basierung des Liberalismus und Sozialismus auf die Aufklärung gelte es das dem deutschen Geist eigentümliche historische und organische System der Geisteswissenschaften zu entwickeln. Die Richtung des Sozialismus, die auf genossenschaftlichen Aufbau von Wirtschaft und Gesellschaft hinstrebt, und zwar unter geistiger Begründung, hat allen Anlaß sich mit diesen jungkonservativen Strömungen (wie sie in Dietrich eine gute Ausprägung finden) auseinanderzusetzen. Es wird sich zeigen, daß in der gemeinsamen Ablehnung eines aufklärerischen Liberalismus die Plattform für ein tieferes Begreifen der Zukunftsaufgabe zu finden ist.

Wertvolle Beiträge zur politischen Ideenentwicklung des 19. Jahrhunderts enthält die Sammlung *Deutscher Staat und deutsche Parteien*, die Friedrich Meinecke zum 60. Geburtstag von Schülern und Freunden gewidmet wurde (München, R. Oldenbourg). Hans Fränkel stellt in einer Abhandlung das Wesen der deutschen und der amerikanischen Demokratie einander gegenüber. Er legt dabei die Vorträge des Staatssekretärs Charles Evans Hughes zugrunde, die dieser vor amerikanischen Studenten gehalten hat, und die 1922 unter dem Titel *Lebensbedingungen der Demokratie* (Berlin, Verlag für Politik und Wirtschaft/ in

deutscher Übersetzung erschienen sind. Fränkel sieht in der Herausbildung eines genossenschaftlichen Aufbaus der Wirtschaft im Gegensatz zu der amerikanischen Entwicklung zum fachmännischen Bürokratismus die Verwirklichung der Idee einer deutschen organischen Demokratie. Die Idee der Verpflichtung des einzelnen gegenüber der Gesamtheit wird zur deutschen Staatsidee. Die Frage Marxismus und auswärtige Politik wird von Hans Rothfels untersucht. Sehr wichtig ist der Beitrag Alfred Martins Weltanschauliche Motive im altkonservativen Denken; der Verfasser stellt das Erscheinen eines kleinen Buches im Dreimaskenverlag über das gleiche Thema in Aussicht. Die weltanschauliche Grundlage des konservativen Denkens in der Romantik sieht Martin in einem dynamischen Pantheismus, der den politischen Organismus als Lebewesen auffaßt. Die bloße Realpolitik der Bismarckschen Epoche bedeute demgegenüber einen Abfall von dem Boden der Romantik. Die Weltanschauung des alledutschen Imperialismus sei ein politisches Heidentum. »Der Rechtsgedanke wich völlig vor dem dynamischen Machtgedanken. Der staatliche Biologismus feierte seine letzten Triumphe.«

In einem Gegensatz zu der Machtpolitik Bismarcks steht der Württemberger *Karl Chr. Planck*, dessen ausgewählte politische Schriften seine Tochter Mathilde Planck jetzt unter dem Namen *Deutsche Zukunft* herausgab/München, Dreimaskenverlag/. Planck lehnte den Mechanismus des politischen Denkens ab und trat für eine organische Staatsidee, hauptsächlich für eine vertiefte Rechtsidee ein. Eine Politik, die sich aus dem geistig-sittlichen Lebenszusammenhang löse, verliere ihren tiefen Wert. Der Verfasser sieht die Grundlage des Staates im Beruf und in der Mitverantwortlichkeit jedes einzelnen für die Ziele der Gesamtheit. Er fordert an Stelle bloßer Privatwirtschaft und gegenseitiger Übervorteilung ein wirklich organisch aufgebautes Gemeinwesen. In einem wahrhaften Recht müsse zur Wirklichkeit werden, was das Christentum in religiöser und sittlicher Form verkündigte; das wahrhafte Leben in der Gemeinschaft. Die Gemeinschaftsidee vertrat Planck der Bismarckschen Politik gegenüber besonders auch in dem mitteleuropäischen Gedanken, so daß er uns heute als Vorkämpfer des Großdeutstums wichtig wird.

Eine tiefeschürfende Untersuchung zur Dogmengeschichte der unmittelbaren Volksgesetzgebung und damit eines

Grundelements der Demokratie überhaupt gibt *Karl Loewenstein* in seiner Arbeit *Volk und Parlament* nach der Staatstheorie der Französischen Nationalversammlung von 1789. Mit dieser Veröffentlichung beweist der Dreimaskenverlag aufs neue, welch wertvolle Pionierarbeit für einen neuen Staatsaufbau er leistet und wie tief er dabei in das gesamte Geistesleben eindringt.

Von Bedeutung für die Geschichte und Auffassung politischer Ideen ist auch die Neuausgabe der Eröffnungsaufsätze von *Rankes* Historisch-politischer Zeitschrift (mit einer Einleitung von Richard Schmidt) in Reclams Universalbibliothek.

Kurze Chronik Der Verwaltungsausschuß der Wedekindschen Preisstiftung für Deutsche Geschichte stellt diese *Preisauflage*: »Die Entstehung der deutschen Stadtverfassung.« Die Arbeiten sollen bis zum 25. August 1925 an den Direktor des Verwaltungsrats der Stiftung in Göttingen eingeschickt sein. ◊ Der Papst hat für das deutsche Historische Institut in Rom 5 Millionen Mark *gestiftet*, da, wie er dem Generaldirektor der Preußischen Staatsarchive Paul Kehr erklärte, die Tätigkeit der deutschen wissenschaftlichen Institute von ihm besonders geschätzt wird. ◊ Das von Lord Carnarvon entdeckte *Pharaonengrab* bei Luksor war in Gefahr durch Regen zerstört zu werden, da es direkt am Fuß eines ausgetrockneten Wasserlaufs liegt. Man hat die Kammern, die offen waren, versiegelt, um den Zugang zu sperren. Diese Kammern enthalten archäologisch unersetzliche Schätze. ◊ An der Sorbonne ist ein Lehrstuhl für die Geschichte des *Weltkriegs* errichtet und mit dem Konservator der Bibliothek des Weltkriegs Pierre Renouvin besetzt worden. Renouvin hat gemeinsam mit dem elsässischen Historiker Charles Appuhn die kritische Einleitung zur französischen Ausgabe der Geschichtstabellen Wilhelms II. verfaßt. ◊ Der Preis Gobert der Französischen Akademie fiel dem früheren Straßburger Stadtarchivar und jetzigen Professor der elsässischen Geschichte an der Sorbonne *Rodolphe Reuß* zu, und zwar für seine Geschichte Straßburgs seit der Gründung der Stadt bis auf die jetzige Zeit. Der Vater des Preisträgers, der berühmte Alttestamentler Eduard Reuß (dessen Bibelübersetzung der Verlag George Westermann in Braunschweig vor 1½ Jahrzehnten seiner schönen, leider bis jetzt unvollendeten Ausgabe zugrunde gelegt hat (siehe die Rundschau Neu-

erscheinungen, 1912 II Seite 1084)), war seinerzeit von der französischen Hochschule zur deutschen Universität übertreten. Rodolphe Reuß aber bekundete stets eine ausgeprägt französische Gesinnung; 3 seiner Söhne fielen während des Weltkriegs im Dienst Frankreichs.

Literatur

Die Reformation und ihre Wirkungen in Ernestinischen Landen heißt eine vom Oberhofprediger Gustav Scholz aus Gotha herausgegebene Sammlung von Gedenkblättern zur Jubelfeier der *Reformation* /Leipzig, Werner Scholl/. Verschiedene Verfasser behandeln darin die Wirkungen der Reformation auf Kirche und Schule in Gotha, Weimar, Eisenach und Meiningen wie auf die Theologische Fakultät der Universität Jena bis zur Gegenwart. ◊ In Erzählungsform beschreibt das von A. Ziegler übersetzte Buch Prosper Mérimées *Mit Feuer und Schwert* (24. Band der Illustrierten Weltallbibliothek /Karlsruhe, Friedr. Gutsch/) (die Schrecken der *Bartholomäusnacht* (die heute dem durch 4 Jahre Weltkrieg und 5 Jahre Bolschewismus und weißen Terrors gefolterten Geist fast gering erscheinen). ◊ In der Sammlung *Menschen*, die der Verlag Ullstein in Berlin herausgibt, ist ein Band *Wallenstein* von Paul Wiegler erschienen. Aus einer reichhaltigen Zusammenstellung der verschiedenartigsten Urkunden (mit einleitendem und verbindendem Text) schält sich ein Bild dieses Herrscherlebens heraus. In bedeutender Art wird Wallenstein von Alfred Döblin in seinem 2bändigen Roman behandelt /Berlin, S. Fischer/. ◊ Berthold Vallentin gab ein Werk *Napoléon* heraus /Berlin, Georg Bondi/. Der Verfasser erkennt in Napoléon den Angel- und Bewegungspunkt seiner und unserer Zeit, die Persönlichkeit, die den Raum für die Staats- und Kulturbildungen des 19. und 20. Jahrhunderts geschaffen hat, Gestalt und Wesen der großen Erscheinung, nicht ihre Entwicklung, sollen gegeben werden. Im Gegensatz zu den Charakterbildern Napoléons, die, in völliger Verkenntung des Entscheidenden, in einem berechnenden Verstand sein Charakteristikum sehen, will der Verfasser hier »die im Innern dieses Wesens geheimnisvoll waltenden Lebensmächte« heraufbeschwören und in ihrer Einheit zeigen. Der Brennpunkt der Napoléonischen Persönlichkeit sei die Unmittelbarkeit seines schöpferischen Wesens. Somit sei sein Werk absolut widerbürgerlich, heroisch, höchstmenschlich. Dies mag eine An-

deutung dessen geben, was in diesem Buch, das aufmerksam gelesen werden muß, geboten wird. ◊ Tim Klein gibt eine kürzere gemeinverständliche Lebensbeschreibung des *Freiherrn vom Stein* heraus /Berlin, Carl Flemming/. ◊ In der Opalbücherei /Dresden, Carl Reißner/ erschienen die *Memoiren der Gräfin Lichtenau*, der Mätresse des Königs Friedrich Wilhelms II., als ein Sittenbild vom Hof der Hohenzollern. ◊ Der frühere Pressechef des Auswärtigen Amts *Otto Hammann* zeichnet Bilder aus der letzten Kaiserzeit /Berlin, Reimar Hobbing/, in denen die politisch bekannteren Persönlichkeiten des alten Deutschlands wie Holstein, Eulenburg, Bülow, Ballin, Tirpitz, Bethmann Hollweg, Kiderlen-Waechter und Wilhelm II. anschaulich dargestellt werden. Abgesehen von der politischen Tragweite der Neuerscheinung ist auch daraus reichhaltiges Material für die Geschichte der neuesten Zeit zu schöpfen. ◊ Als Ergänzung dazu seien die Aufsätze des bekannten Mitarbeiters der Frankfurter Zeitung *August Stein* erwähnt, die vor kurzem unter dem Titel *Irenaeus* im Verlag der Frankfurter Sozietätsdruckerei erschienen. In lebendigen Schilderungen werden Männer wie Windthorst, Bismarck, Boetticher, Althoff, Bülow, Traeger, auch der frühere Kronprinz vorgeführt. Es folgen Aufsätze über das politische und gesellschaftliche Leben zur Zeit Wilhelms II.

KUNST

Bühnenkunst / Nora Zeppler

Neues Drama 4 Einakter von *Rolf Lauckner* spielte in Berlin das Theater in der Kommandantenstraße, das um einen Spielplan von künstlerischem Wert bemüht ist. Ein sonderbares Grauen liegt über Lauckners Szenen, die wie mit Röntgenstrahlen das traurige Gespenst im Menschen erscheinen lassen. Den Menschen im gleitenden Zustand der Seele, den feindliche und hämische Mächte in einem Augenblick ungewöhnlicher Spannung der Brust hinabschleudern, das lauende Dunkel im kranken Innern, das gibt Lauckners Mitleid mit eindringender Melodie. Gebrochene Existenzen liebt er, die Halbheiten, die Müdigkeit der Kreatur bewegen ihn. Die Regie brachte das zu zwingender Überzeugung. In dem jungen Regisseur und Darsteller Clemens Schubert, der als Schauspieler vor innerer Spannung fast düster und modulationslos ist, lebt eine fanatisch entschlossene Kraft,

eine zwingende Innerlichkeit und starke Phantasie. Er ist mit seinem Ernst eine starke Bereicherung der Berliner Bühne. Aus dem Zusammenspiel, aus den ausgezeichneten Szenenbildern holte er das Dunkle, Groteske, Geisternde hervor, ein Schwelen kam von innen. Am stärksten vielleicht in der Szene der Blinden und der Dirne. Diese wurde von Sonja Bogs hervorragend gespielt. Ein auffallendes Talent, hier, wie als Kind in der Szene mit der toten Mutter, voll jähren Temperaments, gemischt aus nervöser Sinnlichkeit und Melancholie.

Im Berliner Deutschen Theater spielte man *Bertolt Brechts* Trommeln in der Nacht. Die 2 ersten Bilder, die die Heimkehr des totgeglaubten Feldgrauen in die Familie der Braut geben, sind mit wildem Zugriff gestaltet, in einem fast brutalen Naturalismus, der die Menschen und Dinge schonungslos entblößt und vom roten Atem der Revolution durchloht ist; aber dann versendet diese Tragödie in dem selben sogenannten Expressionismus, den wir als Verlegenheitsausweg so vieler Produkte heute kennen. Immerhin behält man aus dem Stück eine Hoffnung auf den Dichter. Die Aufführung, stark in vielen einzelnen Gestalten, verfiel als Gesamtheit jener beliebten Sprech-, vielmehr Schreiwiese, deren schlimmster Übelstand ist, daß sie dem Hörer den Sinn des Gesprochenen vorenthält. Gegen den Schluß hin war alles Wirrnis. Auch Alexander Granachs Gestaltung des Heimkehrers litt davon. Für das Mädchen, das, zwischen zwei Gefühlen hin- und hergerissen, kämpft, hätte wohl eine andere Verkörperung gefunden werden können als die ratlose Blandine Ebingers.

Russische Kleinkunst

Es ist in dieser Rundschau (1922 II Seite 961 f.) über das Wesen des russischen Cabarets gesprochen worden. Eine Sonderstellung innerhalb dieser Kunst nimmt der *Blaue Vogel* ein. Er erhöht das Allgemeincharakteristische dessen, was auch die anderen russischen Kleinkunsth Bühnen dartun, in das Einmalige eines großen Kunstereignisses. Was auch hier am tiefsten erschüttert, ist die Unmittelbarkeit der Berührung mit dem russischen Volk. In allen Dingen, die der *Blaue Vogel* zeigt, ob sie bunt und lustig oder slawisch monoton sind, lebt es; eine ungeheure Welt für sich, ein erdstandenes Volkstum mit wildem, starken Sinnen- tum, tief verbunden durch etwas, das den Europäer durch seine Unwahrscheinlich-

keit fast überwältigt: durch die Seele. Am unmittelbarsten erlebt man es in den Wolgaliedern. Es ist eigentlich ein Nichts, das sich abspielt, ein ganz simples Lied, von ein paar Menschen gesungen, und doch ist es ein durchrüttelndes Ereignis. Vor einem Hintergrund von endloser, öder Traurigkeit, aber überglänzt von sehnsüchtig ahnungsvollem Abendschimmer, steht eine bis ins Letzte naturhafte Gruppe Menschen, die Schultern unter schweren Riemen gekrümmt, beladen von der schweren Mühseligkeit des aussichtslosen Lebens. Sie stehen da, vom Elend stumm gemachte leidende Tiere, ohne Kraft und Bewußtheit. Und dann ringt sich aus der Tiefe des einen, zaghaft, wie ein Wehlaut, ein leises Summen hervor, das schmerzlich emporirrt. Und es formt sich zu Tönen eines Liedes, von wunderbarer Schönheit in seinem Schmerzensklang, und es bemächtigt sich der anderen, die es mitsingen, nein, von ihm mitgesungen, durchsungen werden, sich unter seiner Gewalt aufrichten, nicht länger ein armes Fleisch sondern wollende, gläubige Menschen, Emporblickende. Und der Gesang schwillt an, begeistert, über Sehnsucht und Trauer zur inbrünstigen Sieghaftigkeit der schaffenden Gottnatur, und er verklingt, in sich zurücksinkend, eine weiche Zärtlichkeit von Brudermenschen, in Laute sich auflösend, zurückmündend in müdes Schweigen. Dies ist ganz große Schauspielkunst. Sie haben sie fast durchweg, diese Russen des Blauen Vogels, wie die Männer unter ihnen nicht nur bedeutende Gestalter sondern zum Teil herrliche Sänger von eigenem Wohlklang der Stimme sind. So der Darsteller des jungen Mönchs, der vor den abendlich schweigenden Zwiebeltürmen russischer Kapellen (es ist fast immer Abend bei den Russen) müde an einer Brüstung lehnt und singt. Und was haben diese Russen für ein Temperament, das das scheinbar Unverbundene durch die Stärke seines Eros verbindet. So, wenn die in nach innen gekehrten Gedanken singende Gruppe am Lagerfeuer im Kaukasus nach einem plötzlichen schrillen Pfiff in einen wilden russischen Volkstanz übergeht, toll im Rhythmus, in der Gelenkigkeit und Eleganz der Bewegung, in dem mit letzter Feinheit werbenden Mienenspiel. Und welch einen schlagenden Humor haben sie. Etwa in der Marionettenszene aus dem Bauernleben oder der tollgrelten Barszene, die in geistvoller Karikierung von dem, was in der Lebewelt krecht und fleucht, markante Typen nur mit den Gesichtern

aus einer in witzigen Strichen charakterisierenden bunten Szenerie hervorspringen läßt. Unter ihnen hervorragend der Nigger mit der gutmütigen Brutalität seiner wulstigen Visage. Künstlerisch großartig überall die Plastik der Gestaltung sowie die malerischen Einfälle, zum Beispiel bei den 3 Trommlern, die das alte französische Lied in eine lebensvolle sinnliche Szene auflösen und zugleich das Bänkelhafte des Chansons glücklich durch die Idee treffen den König und die Königin als Kartenkönig und Kartendame zu geben. Prachtvoll in ihrer Phantastik, Stilkunst und russischen Volksart sind durchweg auch die äußeren Szenenbilder und die Kostüme.

Kino Eine besondere Freude sind die *schwedischen* Filme. Was ihren Reiz ausmacht, ist die vollkommene Schlichtheit und Unaufdringlichkeit ihrer Darstellung, die seelische Noblesse, die sie in ihrer ganzen Anlage, in ihren Manuskripten und durch jeden einzelnen Mitspieler kundtun, und mit der sich eine gewisse romantische Zartheit verbindet. So geben sie, ohne erschütternd stürmisch zu sein, seelisch reine Eindrücke. Den Typus dieser schwedischen Filme zeigt Herr Arnes Schatz, der unter der ausgezeichneten Regie von Mauritz Stiller nach Selma Lagerlöfs Erzählung aufgenommen ist. Hier haben wir das schwedische Volk selber, inmitten seiner Landschaft, ein stilles, grüblerisches Bauernvolk, der umgebenden Natur noch innerlichst verhaftet. Ein eigentümliches Grauen ist über diesen Film ausgebreitet, das aus den weiten, weißen Flächen des schwedischen Winters als eine dunkle Einsamkeit aufsteigt. Man glaubt in dieser Stimmung an den Zwang des zweiten Gesichts, der eine alte Frau mitten bei der Mahlzeit überkommt und mit den schlichsten Mitteln zwingend gegeben wird. Ein seltsamer Zug liegt über dem Film. Er konzentriert sich wesentlich auch in der Darstellerin der Elsalil, einem blutjungen Geschöpf von unbeschreiblichem Liebreiz. Wie es einherschreitet, leidet und weint, ganz unbewußt, ist es, in Liebe vergehend, ein offenes Herz. Die selbe hohe Kultur zeigt auch der, gleichfalls unter Stillers Regie herausgebrachte Gesellschaftsfilm Erotikon. Sein Thema, das bekannte von der unbefriedigten Frau, die sich von dem ganz in der Wissenschaft befangenen, etwas derben Gatten ab einem andern zuwendet, ist unbedeutlich. Aber

mit welcher Delikatesse und lächelnden Grazie, mit wie feiner Beobachtung eines wirklichen Sichgebens das als etwas ganz Selbstverständliches abgespielt wird, das ist vom deutschen Gesellschaftsfilm unerreicht, dessen Merkmale meist Großspurigkeit, dickes Auftragen und falsche Sentimentalität sind. Wir haben auch nur ganz wenige Filmdarstellerinnen, die sich mit dieser fesselnden, orchideenhaft schlanken nordischen Schauspielerin Tora Teje messen können, mit ihrer überlegen leichten, geist- und humorvollen Art, der bei feinsten Zurückhaltung ein schimmernd wechselnder Ausdruck zur Verfügung steht. Der Durchschnitt der heutigen *deutschen* Filmproduktion hat dagegen etwas Grobes. Er trägt, bei aller äußern Anlehnung an das Moderne, doch durchaus noch die Merkzeichen der Vorkriegs-epoche: viel großspurige "Aufmachung" und wenig Inhalt. Charakteristisch dafür sind die sogenannten Großfilme, der Stolz unserer Filmindustrie. Ich nehme als Beispiele Katharina II., Das Weib des Pharao, Lady Hamilton, Luise Millerin, Monna Vanna. Sie sind inhaltlich leer und geistlos; darüber täuscht die Montur nicht hinweg, die in der üblichen Aufbringung von Volksmassen, in Häuserbränden, Stadteinstürzen plus sogenannter Psychologie besteht. Rein schauspielerisch wird allerdings manchmal Gutes geboten. Ein wirklich ausgezeichneter Film ist dagegen in seinem 1. Teil Doktor Mabuse der Spieler, der nach dem Roman Norbert Jacques von Lea von Harbou verfaßt und von Fritz Lang inszeniert ist. Hier wurde, innerhalb der gewöhnlichen Wege der Kurbelkunst, ein Höhepunkt erreicht. Denn der Film hat packende Intensität, ein atemloses Tempo des Geschehens, und gibt vor allem eine Reihe phantastisch kühner bildlicher Eindrücke. Famos, wenn in einer nachtdunklen Großstadtstraße mit ihren hellen Lichtern aus Häusern und Schaufenstern zwei Autos mit glühenden Augen einander von fern her verfolgen, immer nähere und größere Ungeheuer werden, wenn ein runder Tisch mit im Kreis sich berührenden, fieberhaft nervösen Händen sichtbar wird. Der 2. Teil fällt gegen den 1. gewaltig ab, er enthält eine Fülle logischer Inhaltsfehler und übersteigert, wie im Film üblich, seine Steigerung so, daß sie matt wird. Schauspielerisch vorzüglich sind Alfred Abel und Aud Egede Nissen, die eine Frau mit traurigem Liebesschicksal ergreifend gestaltet.

Ein Verein *Volkstilmbühne* hat sich unter Unterstützung der Gewerkschaften und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes gegründet. Sein Zweck ist »unter Ausschaltung aller Gewinnabsichten durch Schaffung einer sich selbst verwaltenden Gemeinschaft dem werktätigen Volke Filme vorzuführen, welche den Ansprüchen edler Unterhaltung . . . entsprechen«. Auch eine Filmzeitschrift von künstlerischem Wert soll gegründet werden. Der Verein gab sich einen Verwaltungsausschuß und einen Kunstauschuß, die aus je neun Mitgliedern bestehen werden. Im Verwaltungsausschuß ist die Gewerkschaftskommission, der Afabund, die Lehrgewerkschaft und die Filmgewerkschaft vertreten. Die Gründung ist um so begrüßenswerter, als die mit großen Geldmitteln arbeitende Deuligfilmgesellschaft eine reaktionäre Propaganda treibt, gegen die bisher kein Gegengewicht vorhanden war.

Landesbühnen Eine bei dem schwierigen wirtschaftlichen Stand der Theater für das Theaterleben Deutschlands höchst wichtige Neuformung ist geschaffen worden. Es ist dies die Organisation der sogenannten Landesbühnen. Nach dem Vorgang einer Bayrischen Landesbühne kam auf breiterer Grundlage vor Ostern eine *Preußische Landesbühne* zustande. Diese ist eine gemeinnützige Gesellschaft, deren Gesellschafter der durch das Kultusministerium vertretene preußische Staat, der Verband der deutschen Volksbühnenvereine und der Bühnenvolksbund bilden. Ihr Zweck ist die planmäßige Versorgung der bedürftigen preußischen Orte und Institutionen mit Theatervorstellungen. Das soll durch Gründung möglichst zahlreicher sogenannter Provinzbühnen in allen Bezirken erreicht werden, die, gleichfalls als gemeinnützige Gesellschaften aufgebaut, einerseits möglichst alle Städte sowie Volksbühnen- und andere Theatergemeinden ohne eigene Theaterinstitute, andererseits die in ihrem Bezirk liegenden, vorhandenen städtischen und gemeinnützigen Bühnen (auf deren vollzähligen Anschluß an die Provinzbühne hinarbeiten ist) umfassen sollen. Diesen wird dann ein Spielkreis von, den jeweiligen Provinzbühnen angeschlossenen Orten oder Institutionen ohne Theater zugewiesen werden, dem darauf gegen Deckung der Unkosten von den betreffenden städtischen oder anderen gemeinnützigen Theatern eine gewünschte

Anzahl und Art von Vorstellungen geboten werden soll. Auch Wanderbühnen sind von den Provinzbühnen da zu schaffen, wo die angeschlossenen stehenden Theater für die Versorgung bestimmter Bezirke nicht ausreichen. Der Betrieb wird wirtschaftlich rationalisiert, da leer bleibende Häuser wie Mangel an Aufführungen gleichermaßen unmöglich werden. Die anderen in Deutschland bereits gegründeten Landesbühnen sind in gleichem Sinn und meist auch in der gleichen Weise organisiert. In Köln ist unter dem Namen *Rheinisches Volkstheater* eine Gesellschaft gegründet worden, deren Mitglieder der Bühnenvolksbund und eine dort neu errichtete Freie Volksbühne, die bisherige Rheinische Landesbühne, sowie die Stadt Köln sind. Die beteiligten Theatergemeinden bewahren ihre Selbständigkeit, unterhalten aber gemeinsam eine Bühne und ein Theaterensemble. Zum künstlerischen Leiter des Unternehmens wurde der Direktor der Rheinischen Landesbühne Hermann Schiff /Düsseldorf/ bestimmt.

Totenliste Im Juni 1922 starb in Wien der berühmte Komiker *Karl Blasel*, 90 Jahre alt. Er feierte vor vielen Jahren als Verkörperer der Staberl- und Trottelkomik und als Coupletsänger in Possen und Operetten am Theater an der Wien, im Carltheater und im Josefstädtertheater, denen er zeitweilig auch als Direktor vorstand, Triumphe. Er war der erste Menelaus und Jupiter in den Wiener Offenbacherstaufführungen und wurde von Offenbach selber ganz besonders geschätzt.

Am 15. Dezember starb *Marie Goetze* in Berlin. Sie ist 57 Jahre alt geworden. Als sie von der Opernbühne Abschied nahm, wurde hier einiges über ihr künstlerisches Wesen ausgesagt (siehe diese Rundschau, 1920 II Seite 916). Sie gehörte zu den bedeutenden Persönlichkeiten unter den Sängern, zu den wenigen, die, zu groß zum Startum, sich vielmehr immer dem Werk unterordnen.

Im Januar 1923 starb in Berlin im Alter von 50 Jahren *Heinrich Stümcke*, der als Theatergeschichtsforscher Erhebliches geleistet hat. Er hat Monographien über Corona Schröter, Henriette Sontag, Sophie Schröder sowie eine Anzahl dramaturgischer Schriften publiziert und als Vertreter der Kölnischen Zeitung sowie in der von ihm 1898 gegründeten Zeitschrift *Bühne und Welt* den Stand des Theaters beleuchtet.

Kurze Chronik Der Wiener Bühnenverein hat beschlossen für die beste künstlerische Leistung von Schauspielern, Sängern, Regisseuren oder Kapellmeistern Preise auszusetzen. 2mal jährlich werden durch ein Preisgericht aus Kritikern und Autoren Beträge von 2 Millionen und 1 Million Kronen verteilt werden. \diamond Die Thüringer Gaugruppe des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller hat eine *Neue Bühne* im Weimarer Residenztheater ins Leben gerufen, die jungen Autoren dienen soll. Eröffnet wurde das Institut mit Bernhard Bernsens Schauspiel *Die Befreiten*, einem von kommunistischen Ideen erfüllten Einakter. \diamond In Rom hat eine Anzahl bedeutender Persönlichkeiten aus Politik und Kunst unter Mitgliedschaft von 500 das Institut finanziell stützenden Bürgern im Teatro Eliseo ein *Theater der Italiener* geschaffen. 3000 weitere Mitglieder sind nach Art unserer Volksbühnenmitglieder an dem Unternehmen beteiligt. Die Bühne wird stets 9 Monate lang in Rom und während der 3 übrigen im weitem Italien spielen. Es sollen jährlich 50 Werke aufgeführt werden, darunter 34 italienische. Zu den Darstellern werden Teresa Franchini und Giulietta de Riso zählen. \diamond Die Kammerspiele des von Otto Ockert geleiteten Stettiner Stadttheaters veranstalteten eine deutsche Uraufführung zweier satirischer Komödien von *Prosper Mérimée*. Es ist eine verdienstvolle Tat uns Mérimée als Bühnendichter zu zeigen. Die beiden ausgezeichneten Stücke fanden sehr starken Beifall. \diamond Der Operndirektor des Breslauer Stadttheaters Kapellmeister *Julius Prüwer* verläßt mit Ablauf der Spielzeit Breslau, um in Weimar den Posten des Generalmusikdirektors zu übernehmen. Prüwer war in 30-jähriger Tätigkeit für die künstlerische Entwicklung der Breslauer Oper von hervorragender Bedeutung.

Literatur Über Drama, Mythos, Griechentum, Religion und anderes spricht *Susanna Schmi*-
da-Wöllersdorfer in einer Broschüre *Neue Feste* /Wien, Orionverlag/. Aus den vielfach verschwommenen Ausführungen ist freilich ein fest umschriebener Sinn schwer zu entnehmen. Sie münden in einer Aufforderung zu neuen Festen mit neuen Festspielen und »Menschen in Festgewändern und mit festlichen Seelen«. Wie die neuen Festspiele beschaffen sein sollen, wird aus den Andeutungen der Verfasserin nicht recht klar.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

1922

Das Jahr 1922 hat eine Reihe technischer Leistungen zu verzeichnen, die, wenn nicht alles täuscht, von großer allgemeiner Bedeutung werden dürften. An erster Stelle sind hier die Arbeiten auf dem Gebiet der *Wärmewirtschaft* zu nennen, auf deren grundlegende Bedeutung für den Wiederaufbau von Europa an dieser Stelle wiederholt hingewiesen worden ist. Die Arbeiten der Kohlenforschungsinstitute in Mühlheim und in Breslau sind bis zu einem gewissen Abschluß gekommen. Sie beziehen sich einmal auf den Energietransport, sodann auf die rationelle Ausnutzung der in der Kohle aufgespeicherten Energie. Beide Probleme hängen mit einander zusammen. Bei dem Transport der Kohle zu Schiff oder mit der Eisenbahn werden gewaltige Mengen unverbrennlicher Stoffe nutzlos mitbefördert, und bei der Verbrennung der Kohle als solcher entstehen in unseren Feuerungen, besonders beim Hausbrand, Verluste, die 80% und mehr betragen. Durch Entgasung, mit Gewinnung des Urteers, und Vergasung der Kohle, nachdem ihr die wertvollen Nebenprodukte möglichst restlos entzogen worden sind, werden gleichzeitig das Transportproblem und das Problem der rationellen Verbrennung gelöst. Die Gewinnung von Teerölen mit einem beträchtlichen Gehalt an Leichtbenzinen und schweren Treibölen spielt schon jetzt eine beträchtliche Rolle bei der Versorgung unserer Verbrennungskraftmaschinen mit einheimischen Betriebsstoffen. Hinzukommen muß aber noch ihre wirtschaftliche Ausnutzung im Motor, die nicht allein von der zweckmäßigen Konstruktion des Vergasers und der mit der jeweiligen Leistung der Maschine in genauem Verhältnis stehenden Zuführung in den Arbeitszylinder sondern vor allem auch von der sachgemäßen Bedienung des Motors abhängt. Durch die Verfrachtung von Teerölen und Koks an Stelle der Kohlen wird an Fracht, Laderaum und Energie für die Transportmittel gespart. Weitere, gewaltige Ersparnisse treten ein, wenn auch der Koks noch vollständig vergast wird, so daß nur noch flüssige und gasförmige Brennstoffe transportiert zu werden brauchen. Der Transport von Gasen auf große Entfernungen ist wirtschaftlich aber nur möglich, wenn die Fortleitung unter hohem Druck in sorgfältig ausge-

fürten und dauernd überwachten Druckleitungen geschieht. Hier sind die Erfahrungen, die in den Fernleitungsnetzen unserer Industriegebiete gesammelt worden sind, von großer Wichtigkeit. Ebenso wichtig, und für die Gegenwart von allergrößter Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben, sind die Versuche zur Verbesserung der Rohbraunkohle, die an vielen Stellen Deutschlands in reichlichen Mengen ansteht. Viele Braunkohlenfundstellen Deutschlands wurden vor dem Krieg nicht oder nur rein lokal ausgebeutet, weil die Rohbraunkohle im allgemeinen einen Heizwert von nur 3000 Kalorien und meist noch weniger besitzt, so daß sie vielfach nicht einmal mit gutem, lufttrockenem Torf konkurrieren kann. Dazu weist diese Rohbraunkohle noch einen Wassergehalt von 50 % und darüber auf. Einen Transport auf weitere Strecken hält solche Braunkohle nicht aus, aber sie ist auch zur Brikettierung wenig geeignet. Trotzdem kann auch diese minderwertige Braunkohle veredelt werden, wenn man den hohen Wassergehalt entfernt, und wenn man durch Vorheizung auf etwa 300° die Sauerstoffverbindungen austreibt, die durch ihren Gehalt an H₂O- und CO₂-Gruppen ausgezeichnet sind, durch die sich die Braunkohle wesentlich von der Steinkohle unterscheidet. Hierfür kommen 2 Methoden in Betracht: Nach der einen wird die rohe, nasse Braunkohle, die etwa zur Kesselheizung benutzt werden soll, vom Bunker durch einen Fülltrichter in einen schachtofenartigen Aufbau geleitet, durch den im Gegenstrom die Abgase der Kesselfeuerung hindurchstreichen. Wird die Durchgangszeit der Rohbraunkohle durch den Füllschacht so geregelt, daß sie an keiner Stelle eine höhere Temperatur als 300° annehmen kann, so verliert sie ihren ganzen Wassergehalt, und die abziehenden Gase enthalten fast ausschließlich Kohlendioxyd. Wird die so entwässerte und von den Gasen, die an der Verbrennung nicht teilnehmen, befreite Rohbraunkohle dann direkt dem Kesselrost zugeführt, so ist ihre Wärmeleistung durchaus der besserer Steinkohle entsprechend, indem ihr Heizwert auf mehr als 6000 Kalorien gebracht werden kann. Noch günstigere Resultate werden erzielt, wenn die Rohbraunkohle nach ihrer Trocknung in eine Schwelgasretorte hineingelangt, in der sie allmählich auf etwa 400° gebracht wird. Zieht man die Schwelgase aus verschiedenen Teilen der Retorte ab, die verschiedene Temperaturen aufweisen, so kann man Wasserdampf und Kohlendi-

oxyd entweichen lassen, die wertvollen Schwelgase aber auffangen. Die entgaste Rohbraunkohle gelangt dann aus der Schwefelretorte in einen Generatorraum, in dem sie vollständig vergast, das heißt in Wasserstoff und Kohlenoxyd verwandelt wird. Es werden dann nur die Generatorgase, die einen Heizwert bis zu 3500 Kalorien aufweisen, zu Heizzwecken verwandt. Industriestätten, die unmittelbar an Wasserwegen liegen, machen deshalb heute schon vielfach ausschließlich von der Rohbraunkohle Gebrauch, so einzelne Stahlwerke, Glashütten und Porzellanfabriken Mitteldeutschlands und der Mark Brandenburg.

Bei derartigen Anlagen ist eine rationelle Ausnutzung der Wärme schon dadurch verbürgt, daß sie unter sachkundiger Leitung stehen. Dagegen wird an anderen Stellen, wo noch die alten Heizanlagen und offenen Feuerstellen im Gebrauch sind, nach wie vor unverantwortlicher Raubbau mit unserer Kohle getrieben. Hier hat nun die von dem Verein deutscher Ingenieure ins Leben gerufene Hauptstelle für Wärmewirtschaft durch Aufklärungsarbeit schon recht beachtliche Erfolge zu verzeichnen. Ein ganz besonderes Verdienst hat sich in dieser Richtung die Bayrische Landeskohlenstelle durch ihre mustergültigen Veröffentlichungen für das große Publikum erworben. Leider können in zahlreichen Fällen die wohlgemeinten und zweckmäßigen Anleitungen zur bessern Wärmeausnutzung nicht befolgt werden, denn die große Not unserer Tage zwingt in zahlreichen Fällen geradezu zu ganz unsinniger Wärmevergeudung. Ein trauriges Kapitel in dieser Hinsicht sind die Zentralheizanlagen in unseren großstädtischen Wohnungen. Es ist wohl ganz allgemein bekannt, daß eine Sammelheizung für ein ganzes Gebäude ungleich wirtschaftlicher als Ofenheizung ist. Bei den fast unerschwinglichen Kosten der Sammelheizung für den Hauptteil der großstädtischen Bevölkerung ist dieser aber dazu gezwungen auf die Sammelheizung gänzlich zu verzichten und unter Wiedereinführung der Einzelheizung sich auf die Benutzung nur eines bescheidenen Teils seiner Wohnung zu beschränken. Da die Aufstellung wärmeaufspeichernder Kachelöfen in den meisten Fällen wegen der dazu erforderlichen enormen Kapitalanlage ausgeschlossen erscheint, kommen meist nur höchst primitive eiserne Öfen zur Anwendung, die den Hauptteil der erzeugten Wärme ungenutzt in den Schornstein jagen. Für zahlreiche Wohnungen, in denen der An-

schluß solcher primitiver Öfen an den Schornstein nicht möglich ist, wurde sogar die polizeiliche Erlaubnis erteilt die Ofenrohre direkt durch die Fenster hinauszuleiten. In diesen Fällen findet nunmehr überhaupt keine Wärmeaufspeicherung mehr statt, und die Brennstoffe werden nur zu einem ganz verschwindenden Bruchteil ausgenutzt. Der einzelne Benutzer erzielt dabei allerdings eine geldliche Ersparnis, auf Kosten seiner Gesundheit, seiner Behaglichkeit und seiner Arbeitsfähigkeit; das Ganze aber erleidet einen nicht wieder gutzumachenden Schaden.

In der Richtung der Energieersparnis, die das A und O der Technik sein sollte, wirkt auch eine Erfindung des Ingenieurs Schieferstein, die bei ihrer öffentlichen Vorführung berechtigtes Aufsehen erregt hat. Es handelt sich hier um die *Ausnutzung der Schwingungserscheinungen*, die möglichst zu vermeiden der Ingenieur bedacht war, weil die beim Lauf einer Welle, eines hin- und hergehenden Gestänges usw. auftretenden Schwingungen immer zugleich die Quelle von Energieverlusten und vorzeitigen Zerstörungen sind. Bekannt ist, daß die Erschütterungen einer Kolbendampfmaschine wegen der damit verbundenen Schwingungen den Nietverband der Spanten und Planken lockern, daß eine Lokomotive infolge der nicht vollkommen auszubalancierenden Schwingungen, hervorgefusen durch die hin- und hergehenden Gestänge und den während einer Umdrehung ungleichmäßigen Angriff auf die Kurbelzapfen beinahe mehr hüpf als auf den Schienen rollt. Andererseits aber ist auch bekannt, welche enormen Kräfte man wirksam machen kann, wenn man rhythmische Schwingungen erzeugt. Beim Schaukeln genügt es, wenn man jedesmal beim Durchgang durch den toten Punkt einen ganz minimalen neuen Antrieb gibt. In sehr kurzer Zeit kann man dann ganz gewaltige Ausschläge bewirken. Geschlossene Abteilungen müssen über Brücken "ohne Tritt" marschieren, weil sonst die auftretenden Schwingungen durch rhythmische Verstärkung zur Zerstörung der ganzen Brücke führen können usw. Von diesen Erscheinungen macht Schieferstein Gebrauch. Er zeigt, daß beispielsweise bei landwirtschaftlichen Maschinen gewaltige Ersparnisse erzielt werden können. So gelang es bei Mähmaschinen die erforderlichen Zugkräfte von 105 bis 155 Kilogramm auf 55 herabzusetzen. Durch Ausnutzung der rhythmischen Schwingungen können Uhren gebaut werden, bei denen die kraft-

verzehrende und Materialverschleiß bedingende Ankerhemmung wegfällt. In anderen Fällen, wo heute das Aufschaukeln allmähliche, aber unausbleibliche Zerstörungen bedingt, wie bei den Schiffsmaschinen, kann dieses Aufschaukeln als besondere Energiequelle nutzbar gemacht werden. Durch systematische Benutzung der rhythmischen Schwingungen kann man einen Meißel mit sehr geringem Kraftaufwand doch in so rasche Oszillation bringen, daß er die dicksten Eisenbleche zu zerteilen vermag. Es eröffnen sich weiter Aussichten auf einen oszillierenden Elektromotor kleiner Abmessung aber höchster Leistung usw. Wir stehen hier erst am Anfang einer sehr aussichtsreichen Entwicklungsreihe, deren Bedeutung sofort offenbar wird, wenn auf sie hingewiesen wird. Gerade darin aber besteht die erfinderische Leistung Schiefersteins, daß er offenen Auges die Erscheinung als neue Energiequelle erschlossen hat, an der man bisher gleichgültig oder gar ärgerlich vorbeigegangen ist. Nachträglich ist es dann freilich recht billig zu behaupten, daß diese Idee sehr nahe gelegen habe und deshalb nicht als Erfindung zu werten sei. Auch das Prinzip von der Erhaltung der Energie, das dynamoelektrische Prinzip, die Erkenntnis von der Wesensgleichheit von Lichtschwingungen und elektrischen Schwingungen haben im Grunde recht nahe gelegen. Aber es waren doch nur die ganz großen Finder und Erfinder, die hier auf die hohe Warte gekommen sind.

Vielleicht noch größeres Aufsehen, wenigstens im Laienpublikum, hat die Ausbildung des *sprechenden Films* durch die Ingenieure Vogt, Engl und Masoll gefunden. Hier liegt eine Erfindung vor, die typisch anders geartet ist als die Schiefersteinsche Erfindung. Mit der Aufgabe einen sprechenden Film zu schaffen haben sich bereits zahlreiche Erfinder beschäftigt. Die Fixierung des gesprochenen Wortes in Koinzidenz mit der photographischen Momentaufnahme erschien theoretisch auch ganz einfach, wenn man nur auf der kinematographischen Aufnahmekamera und dem Phonographen systematisch weiter baute. Es standen sogar schon die Mittel zur allgemeinen Benutzung frei die Laute photographisch auf einem Filmstreifen parallel zu den Bildaufnahmen zu fixieren. Man brauchte nur die durch eine schwingende Mikrophonplatte erzeugten Stromschwankungen diejenigen Ströme überlagern zu lassen, die irgendeine elektrische Lichtquelle erregen. Und zur

Wiedergabe standen das lautsprechende Telephon und die Selenzelle zur Verfügung, deren Widerstand sich mit wechselnder Belichtung ändert, so daß wieder Stromschwankungen im Stromkreis des Telephons entstehen. Aber die Trägheit in der Lichterzeugung eines Temperaturstrahlers und die Trägheit der Selenzelle machten jedesmal einen unerwarteten Strich durch die Rechnung. Es scheint deshalb nur der glückliche Griff erforderlich gewesen zu sein die auf Intensitätsschwankungen fast trägeitslos ansprechende Geißlersche Röhre und die photoelektrische Zelle, beide unter Benutzung von Kathodenverstärkerröhren, zu verwenden. Aber es mußten doch eben erst gereifte Erkenntnis, vollständige Beherrschung von Erfahrung und Theorie, sowie, nicht zuletzt, die großen finanziellen Mittel der Lorenzaktiengesellschaft zusammenkommen, um das gestellte Problem zur einwandfreien Lösung zu bringen. Auch hier liegt eine wirkliche und bedeutungsvolle Erfindung vor. Aber man erkennt unschwer ihre innere Wesensverschiedenheit von der Schiefersteinchen.

Zu dem Typus der Erfindungen, die auf Erfahrung, technischer und sachlicher Durchdringung des Problems basiert sind, gehören diejenigen, die im *Flugzeugbau* und im *Automobilismus* gemacht worden sind. Erwähnt seien hier die Erfolge mit motorlosen Flugzeugen, die vorerst allerdings nur als sportliche Leistungen in Betracht kommen. Die Metallflugzeuge von Junker, die Schütteschen Luftschiffe mit Heliumfüllung, das A. Boernersche Ozeanluftschiff sind hier die letzten Leistungen. Im *Automobilismus* müssen das überaus leichte und doch leistungsfähige Elektromobil von Ch. Pr. Steinmetz, das Automobil in Tropfenform von Rumpler, der leichte Fahrradmotor genannt werden.

Große Fortschritte sind im letzten Jahr auf dem Gebiet der *Nachrichtenübermittlung* gemacht worden. Des Baus des Rheinlandkabels wird weiter unten besonders gedacht. Ihm werden voraussichtlich bald weitere mit Pupinspulen ausgerüstete Telephonkabel zwischen den deutschen Hauptstädten folgen. Hand in Hand mit der Verbesserung der Fernleitungen gehen die Arbeiten die Wirtschaftlichkeit der Telephonkabel durch Ausbildung der Mehrfachtelephonie zu erhöhen. Dagegen mußten die Projekte für den Ausbau unserer Fernsprechkämter für Selbstanschluß vorläufig zurückgestellt werden, da die hierfür erforderlichen Mittel nicht bereitgestellt werden

können. Ebenso hat die Funkentelegraphie bedeutende neue Leistungen zu verzeichnen. Vor allem ist hier die Errichtung einer neuen Großfunkstelle Radio-France in Sainte-Assise mit Empfangsanlage in Villecrese zu erwähnen. Sie ist bis jetzt die größte Funkstelle der Welt. Ganz ähnlich wie bei den deutschen Großfunkstellen in Nauen und Königswusterhausen ist auch bei der französischen Anlage die Fernaste in der Hauptstadt untergebracht, und ebenso findet das Fernhören über die Empfangsanlage in der Metropole statt. Die großen Erfolge, die mit Glühkathodensenderöhren in der Funkentelegraphie erzielt worden sind, haben dazu geführt Hochleistungskathodenröhren zu konstruieren. So ist von Langmuir, dem bekannten Vakuumröhrenforscher, eine Kathodenröhre von 20 Kilowatt konstruiert worden. Ein Röhrensender von 6 solchen parallel geschalteten Kathodenröhren ist kürzlich zu Sendeversuchen zwischen der amerikanischen Großfunkstelle Rocky Point und Nauen 16 Stunden lang mit bestem Erfolg im Betrieb gewesen. Bei dieser Hochleistungssenderöhre ist zur Konstruktion überwiegend Metall verwandt worden, um die hoch-evakuierten Röhren dem äußern Luftdruck gegenüber stabiler zu machen. Weiter berichtet Langmuir über einen Röhrensender von 1000 Kilowatt Leistung, der nach Angaben von A. W. Hull von I. H. Payne ausgeführt wurde. Der Wirkungsgrad dieser gewaltigen Röhre beträgt bei einer Anodengleichspannung von 20 000 Volt etwa 70 %. Für die Zwecke der drahtlosen Telegraphie ist dieser Wirkungsgrad ausreichend; um aber die Träume von der drahtlosen Übertragung größerer Energiemengen zu verwirklichen, reichen vorläufig Wirkungsgrad und Leistung nicht aus.

Auch auf dem Gebiet des *Beleuchtungs-wesens* wird von einer gigantischen Leistung aus Amerika berichtet. Während bei der Herstellung von Gasfüllungslampen (früher fälschlich Halbwattlampen genannt) in Deutschland über 10000 Watt nicht hinausgegangen wird, hat kürzlich die General Electric Company in Schenektady eine Gasfüllungslampe von 30 000 Watt hergestellt, die rund 840 000 Lumen Lichtstrom aussendet (entsprechend 66 000 Hefnerkerzen Lichtstärke). Die Lampe ist für 130 Volt Betriebsspannung und 250 Ampère Stromstärke ausgeführt, sie soll hauptsächlich für kinematographische Aufnahmen dienen, bei denen heute allgemein noch Bogenlampen verwandt werden.

Rheinlandkabel Eine der interessantesten elektrotechnischen Leistungen der letzten Zeit ist das etwa 1000 Kilometer lange Rheinlandkabel, das längste Fernsprechkabel Europas. Bei den engen geschäftlichen Beziehungen zwischen Berlin und dem Rheinland genügt schon am Anfang dieses Jahrhunderts die vorhandenen Freileitungen nicht mehr den ständig anwachsenden Ansprüchen, ganz abgesehen davon, daß solche Freileitungen dauernden Störungen durch Witterungseinflüsse unterworfen sind, und daß bei Gewitterneigung die Verbindungen vorübergehend überhaupt unterbrochen werden müssen. Man dachte deshalb schon vor 20 Jahren an den Ersatz der Freileitungen durch Kabelleitungen; aber vor dem Jahr 1910 konnte die Reichspostverwaltung an die Ausführung dieses Plans nicht herantreten, weil man bis dahin noch keine Mittel besaß die spezifischen Störungen, die ein Kabel auf Telefonströme ausübt, zu beseitigen. Wegen der hohen Kapazität einer Kabelleitung werden nämlich durch das Kabel verlaufende Wechselströme stärker gedämpft als in Freileitungen, und zwar die hochfrequenten Wellen der hohen Sprachtöne wieder stärker als die der tieferen Töne. Mit zunehmender Kabelleitlänge wird deshalb die Übertragung der Sprache immer schwächer und undeutlicher. Erst durch die von Pupin angegebenen, um Eisenkerne gewickelten Spulen, die in bestimmten Abständen in die Kabelleitung eingebaut werden, kann der Einfluß der Ladeerscheinungen vollständig paralytisiert werden. Die Frage des Überlandkabels für Fernsprekleitungen ist eingehend von der Firma Siemens & Halske, aber auch von der Telegraphenversuchsanstalt des Reichspostamts studiert worden, so daß der Bau des überaus kostspieligen Kabels mit der Erwartung eines sicheren Erfolgs in Angriff genommen werden konnte. Der Auftrag zur Ausführung des Kabels wurde im Jahr 1911 erteilt. Zunächst wurde die Teilstrecke Berlin-Magdeburg ausgebaut. Das Kabel enthält 52 Doppelleitungen mit eigenartiger Papierisolation, von denen 24 mit 3 Millimeter starken Kupferleitern für eine Reichweite von 800 Kilometer berechnet sind, während die übrigen 28 Doppelleitungen für den Zwischenverkehr auf 450 Kilometer Entfernung dimensioniert sind. Die beiden Doppelleitungen sind jeweils mit einander, und je 2 Doppelleitungen sind dann nochmals mit einander verseilt. Auf diese Weise wird es ermöglicht Störungen durch Nach-

bargespräche auszuschließen, und außerdem kann man die einzelnen Leitungen besser ausnutzen. Indem man nämlich die eine Ader einer Doppelleitung als Hin-, die eine Ader der parallelen Doppelleitung als Rückleitung benutzt, kann man auf 2 Doppelleitungen gleichzeitig 3 Gespräche führen. Man kann demgemäß über die 52 Doppelleitungen gleichzeitig 78 Gespräche abwickeln. Von Hannover an ändert sich der Aufbau des Kabels in verschiedener Weise. Zunächst ist die Zahl der Doppelleitungen vergrößert worden, ohne daß zugleich auch der Gesamtdurchmesser des Kabels anwuchs. Auf der Strecke Hannover-Dortmund liegen 64 Doppeladern, wodurch 91 Sprechkreise ermöglicht wurden. Die beiden Endstrecken von Dortmund nach Köln einerseits und Düsseldorf andererseits haben eine noch größere Zahl von Doppelleitungen, so daß sich insgesamt auf diesen Strecken 207 Sprechkreise bilden lassen. Außerdem aber ist Vorsorge getroffen, daß die Sprechleitungen im Notfall auch als Telegraphierreserve dienen können, ohne die telephonische Übermittlung zu stören.

Das ganze Kabel ist der Hauptsache nach in Zementrohren verlegt, die in einem schmalen Graben eingebettet sind. Vorsorglich ist sofort eine Doppelröhre verlegt worden, so daß nachträglich eine zweite Kabelleitung eingezogen werden kann, was zurzeit geschieht. Durch diese Verlegungsart wird es ermöglicht, daß die Kabel selbst nicht besonders bewehrt zu sein brauchen sondern mit einem einfachen Bleimantel auskommen. Nur bei Flußübergängen und bei der Verlegung in morastigem Boden wurden stark bewehrte Erdkabel als Verbindungsstücke eingeschaltet. Die an der Kabelstrecke vorgesehenen Einsteigeschächte liegen in Abständen von rund 170 Meter. In je 1,7 Kilometer Abstand haben die Schächte größere Abmessungen, weil sie hier die Eisenkästen aufnehmen müssen, in denen die Induktionsspulen untergebracht sind. Für die Verlegung selbst wurden besondere Methoden ausgearbeitet und eigenartige Maschinen gebaut. Um die Kabelstücke bequem in die Rohre einzuziehen zu können, wurde bereits beim Bau des Kanals ein Eisendraht in die Rohre verlegt. Mit Hilfe des Eisendrahts führte man dann das eigentliche Zugseil in das Rohr ein und zog an diesem das Kabel selbst in den Kanal. Zum Aufwinden des Zugseils brauchte man eine kräftige Einziehwinde, die so konstruiert ist, daß sie trotz stärkster Beanspruchung auf der

Landstraße unter allen Witterungsverhältnissen unbedingt zuverlässig arbeitet. Die Verlegung selbst muß unter den größten Vorsichtsmaßregeln erfolgen, zumal die Verbindung der einzelnen Kabelstücke unter einander erheischt peinlich sorgfältige Arbeit und Gewissenhaftigkeit. Nach dem gründlichen Austrocknen der Einsteigeschächte wurden die verlöteten Kabelenden geöffnet und die einzelnen Drahtenden, die durch farbige Kennfäden markiert sind, mit einander verspleißt, indem über die Adern Kupferröhrchen gezogen und mit den Drähten verlötet wurden. Nach dem Löten wurden die Lötstellen mit Papierröhrchen in der Farbe der Kennfäden isoliert. Dann wurden die Verbindungsstellen gut ausgetrocknet, mit Papier- und Gummibändern dicht umwickelt, über die Kabelenden eine Bleimuffe übergeschoben und mit den Kabelmänteln verlötet, und schließlich wurde die Muffe mit Isoliermasse ausgegossen. Bei diesem Verfahren bleibt der Muffenkern ebenso luftdurchlässig wie das Kabel selbst. Hierauf wurde besonderer Wert gelegt, um die Möglichkeit zu haben etwa eindringende Feuchtigkeit, die Stromverluste bedingt und deshalb die Übertragung ebenso schwächt wie die Kapazität, durch Einblasen warmer Luft zu beseitigen.

Während des Baus der ersten Kabelleitung vollzog sich die Entwicklung der Elektronenverstärkeröhren, die es gestatten die Reichweite vorhandener schwächerer Kabelleitungen zu vervielfachen. Trotzdem wurde der Bau mit den stärkeren Kabeladern zu Ende geführt, um die Möglichkeit zu erhalten später die Kabelleitung für den internationalen Übergangsverkehr ausnutzen zu können.

Totenliste Im Januar starb in Dresden der frühere Präsident der Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen und Professor an der Dresdener Technischen Hochschule *Richard Ulbricht*, 73 Jahre alt. Für seine verdienstvollen Arbeiten auf dem Feld des Eisenbahnsignal- und -sicherungswesens, der Elektrotechnik und der Photometrie hatte ihm die Dresdener Hochschule 1910 die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Am 14. Januar starb der Chef der Uhrenfabrik Gebrüder Junghans *Eduard Junghans* in Berlin. Die Uhrenindustrie und die Zeitmeßkunst verdanken ihm nicht wenig. Das Museum für Zeitmeßkunst ist wesentlich durch seine Initiative zustande gekommen.

Kurze Chronik Das für den Betrieb der Gotthardbahn bestimmte *Kraftwerk* von 73 000 Pferdestärken in Amsteg ist Ende November 1922 eingeweiht worden. \diamond Das *Innwerk* der Bayrischen Aluminiumaktiengesellschaft geht seiner Vollendung entgegen. Bei Ausnutzung eines Gefälles von 31 Meter zwischen Töging und Jettenbach können 100 000 Pferdestärken Höchstleistung und 405 Millionen Kilowattstunden Jahresarbeit gewonnen werden. \diamond Mit dem zweiten Ausbau des *Murgwerks* im Schwarzwald ist nunmehr begonnen worden. Der Bodenaushub für die Schwarzenbachtalsperre ist bereits im Gang. \diamond Einen *Flug von 3250 Kilometer* ohne Zwischenlandung haben die amerikanischen Flieger Ready und Kelly am 4. November 1922 zurückgelegt, indem sie von San Diego nach New York flogen. Die bisher größten Leistungen waren 1920 in Frankreich 1915 Kilometer, 1922 in Deutschland 1600 Kilometer. \diamond In Berlin werden jetzt Versuche gemacht den von groben Stücken befreiten Müll zusammen mit den Abwässern durch die Kanalisation nach den städtischen Rieselfeldern zu schaffen. \diamond Mit dem 1. Januar 1923 ist das *metrische System in Rußland* eingeführt worden. Bis es sich im Volk eingelebt hat, wird aber wohl noch ein Jahrhundert vergehen. Wird doch selbst in Deutschland, 50 Jahre nach Einführung dieses Systems, noch vielfach mit Quadratruten, Morgen, Fuß und Zoll gerechnet. \diamond Ein neuer *Lehrstuhl für Braunkohlentechnik* wurde durch die Gesellschaft von Freunden der Aachener Hochschule aus Mitteln der Braunkohlenindustrie an der Technischen Hochschule Aachen errichtet. Die Vorträge finden grobenteils in den Braunkohlengruben selbst statt.

Literatur Ein interessantes und anregendes Büchlein betitelt *Georg Biedenkapp* Erfindern- und Entdeckerschicksale / Köln, Hermann Schaffstein/. Die Behandlung dieses Gegenstandes ist von Wert. Leider mindert der Verfasser durch seine Sucht die zünftige Wissenschaft, Böswilligkeit und Unverstand für das harte Los zahlreicher Laienerfinder und -entdecker verantwortlich zu machen seine Wirkung; denn aus seinen eigenen Darstellungen kann man den unglücklichen Erfindern leicht die gleiche Zahl glücklicherer entgegenstellen, die, obwohl gleichfalls Autodidakten und Nichtfachleute, doch freundwillige Unterstützung und Förderung gefunden haben.